

Hinterland

49/2021 4,50 euro



lobby

so nicht bestellt



der kritische podcast
über abschiebungen

Aus dem *Bon Courage* e.V. in Borna bei Leipzig wird dieser Podcast gesendet. In Gesprächen mit Menschen in Kabul, Hoyerswerda, Lesbos werden grundlegende Fragen zu Abschiebungen beantwortet. Wie können sie verhindert werden? Und was braucht es für eine grenzenlose Welt, eine Welt ohne Abschiebungen?

Hört rein auf <https://so-nicht-bestellt.podigee.io/> und überall da, wo es Podcasts gibt.

Hinterland



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #49
Sommer 2021

IMPRESSUM

Titel: Bundeskanzleramt,
Matthias Weinzierl 2018

Herausgeber:
Bayerischer Flüchtlingsrat
Westendstraße 19, Rgb
80339 München

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Agnes Andrae & Başak Özdemir
Redaktion: Agnes Andrae, Başak Özdemir,
Caroline Mulert, Christine Wolfrum, Elena Stingl,
Florian Schäfer, Hedwig Fuß, Laura Pöhler,
Marianne Walther, Matthias Weinzierl,
Pit Kühnöl, Sebastian Schulke, Tabea Danner
(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de
Gestaltung: Matthias Weinzierl, Agnes Andrae
Druck: deVega Medien GmbH, Eitzenberger,
Media Druck Logistik, Eisele Druck
Anwaltinger Straße 10, 86165 Augsburg
Auflage: 1.600 Stück
Website: Anton Kaun
Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de
Jahresabo: 21,00 Euro
Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

*Eigentumsvorbehalt:
Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie
dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-
Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne
des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht
ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der
Nichtaushändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Be-
scheides zurückzusenden.*

*„Do you want to come up for a coffee?“
 „I don't drink coffee.“
 „I haven't got any.“*

(Brassed Off)

*Liebe Leser*innen, liebe Lobbylose,*

die Rüstungsindustrie hat sie, Sicherheitsunternehmen auch, Kinder oder Geflüchtete eher nicht: eine Stimme, die in der Politik Gehör findet. Dass dabei das Empörungsgefühl anschwillt, ist verständlich.

Lobbys bieten aber auch ein einfaches Feindbild, sie erscheinen als Sinnbild von allem, was in dieser Gesellschaft falsch läuft: von Ungerechtigkeit und Ausbeutung, von Geld und Macht. Es ist leicht, sich zu beschweren, dass Wirtschaftsverbände mit viel Geld Einfluss auf die Politik nehmen. Oftmals ohne dass die Öffentlichkeit davon etwas mitbekommt. Doch auch Umweltverbände und Gewerkschaften betreiben Lobbyarbeit – ebenso der Bayerische Flüchtlingsrat. Nur haben die einen bessere Mittel – respektive mehr Geld – zur Hand als die anderen; zudem werden die Interessen der einen häufiger berücksichtigt als die der anderen. Legitim ist das in der parlamentarischen Demokratie.

Es ist nur eine Frage des Standpunkts, ob man die eine Einflussnahme gut oder die andere schlecht findet. Ein Vorstandsvorsitzender eines Automobilkonzerns findet den Einfluss der Automobillobby wohl eher gut. Zugegeben: Manchmal ist es schwer, einen Standpunkt einzunehmen, in dem zum Beispiel Braunkohleabbau und die damit einhergehende Zerstörung von Umwelt und Dörfern sowie durch fossile Energien befeuerte Klimakatastrophen in irgendeiner Weise „gut“ gefunden werden können. Aber gut, RWE und E.ON sehen das vielleicht anders

...

*Doch da sind wir wieder im Problem der kapitalistischen Logik, die so manch eine*n zu merkwürdigen Standpunkten bringt und zwingt. Und wer sich auf der anderen Seite zu sehr auf den Einfluss von mächtigen Interessensgruppen auf die Politik konzentriert – so intransparent und öffentlichkeitsscheu dieser auch stattfindet – und nicht die systemischen Mechanismen mitberücksichtigt, landet schnell im Fahrwasser verkürzter Kapitalismuskritik und wirrer Verschwörungserzählungen. Der gedankliche Weg von der Lobby ins Hinterzimmer, in dem geheime Mächte angeblich die Geschicke der Welt leiten, ist ein kurzer.*

Ja, Industrie-Lobbys können ein Problem in der Demokratie sein – doch das eigentliche Problem bleibt der Kapitalismus. Das ist so wahr wie trivial. Wie aber eine Welt ohne Kapitalismus aussehen könnte, damit befassen wir uns im nächsten Heft, der Jubiläumsausgabe mit dem schönen Titel „Utopie“. Es kann nur besser werden.

*Bis dahin:
 Hört nicht auf, eure Stimme zu erheben!
 Eure Lobbyist*innen von der
 Hinterland-Redaktion*

Esel*innen gesucht!*



*

*Auf unserer Esel*innen-Farm im Hinterland ist noch jede Menge Platz für weitere flauschige, süße, sture, schlaue Tiere. Zum Arbeiten, für Spaß oder einfach zum Liebhaben. Neben langem Grübeln und Reden, ist ein Kaltgetränk am Abend stets ein treuer Begleiter. Wir Hinterland-Grautiere sind ein kontaktfreudiger und unternehmenslustiger Haufen von echten Gesellschaftstieren – zudem sind wir äußerst entspannte Zeitgenoss*innen! Komm in unseren Stall, schreib uns eine E-Mail an redaktion@hinterland-magazin.de und werde Teil unserer Westend-Farm.*

6	zitiert & kommentiert Von Hubert Heinhold	34	Black Lives Still Matter! Die BLM-Bewegung heute Von Black Community Foundation Augsburg	60	Kein Herz für Kinder <i>Kinder haben keine Lobby</i> Von Sebastian Schulke	78	Schlimmer geht immer <i>Über die drohende Gefahr durch das neue Polizeiaufgabengesetz</i> Von Laura Pöhler
b o s n i e n				l e t t e r s f r o m r i t s o n a			
7	Wer im Camp Lipa lebt, hat keine Lobby! <i>Über die unerträglichen Lebensumstände der Geflüchteten im Lager</i> Von Ute Rückert	39	Mehr Durchblick <i>Die Arbeit von</i> Transparency International Interview mit Dr. Michael Heisel Von Katharina Grote und Agnes Andrae	67	Die Sprache der Extremen Rechten <i>Ihre Strategien und was man ihnen entgegensetzen kann</i> Von Tobias Holl	84	To the world politicians <i>a letter waiting for an answer</i> Von Parwana Amiri
14	„Wir stürzen offenen Auges in eine humanitäre Katastrophe!“ <i>Zlatan Kovačević, Leiter von SOS Bihać berichtet über die aktuelle Situation</i> Ein Interview von Ute Rückert	44	Lobbyburg Europa <i>Frontex: Traum für die Sicherheitsbranche, Albtraum für Demokratien</i> Von Myriam Douo, Luisa Izuzquiza, Margarida Silva übersetzt von Elena Stingl	73	It's the racket, stupid! <i>Ein Einordnungsversuch des Lobbybegriffs auf Basis der Racket-Theorie</i> Von Florian Feichtmeier	86	SAID Von Matthias Weinzierl
l o b b y				n a c h g e r u f e n			
18	Der Fehler liegt im System <i>Warum Lobbykritik auf Abwege führt</i> Von Peter Bierl	50	Mit Sicherheit keine gute Idee <i>Sicherheitsdienstleistungsgesetz: Grenzenlose Befugnisse für private Sicherheitsdienste</i> Interview mit Anne-Marlen Engler und Walter Schlecht Von Katharina Grote und Agnes Andrae				
25	Comédie Française <i>Reisen ins Vorzimmer der Macht</i> Ausschnitt aus der Graphic Novel von Mathieu Sapin	55	Gefährliches Ringen um mehr Macht <i>Lobbyismus im kommerziellen Wach- und Sicherheitsgewerbe</i> Von Volker Fick				
29	Wer spricht hier für wen? <i>Hamado Dipama über sein vielfältiges Engagement für andere</i> Interview von Marianne Walther und Matthias Weinzierl						

Adbusting meets Hinterland

Adbusting meets Hinterland

Die Adbuster*innen von Dies irae (lat. Tag des Zorns) kritisieren mit ihren Plakat-Interventionen immer wieder die kommerzielle Nutzung des öffentlichen Raums durch Außenwerbung. Dabei werden Werbevittrinen mit einem einfachen Universalschlüssel aus dem Baumarkt geöffnet und Plakate ausgetauscht. Statt Konsumbotschaften werden gesellschaftsrelevante Impulse in der Stadt sichtbar. Durch die professionelle Anbringung, wirken die Interventionen wie autorisierte Werbeplakate, wobei die politischen Inhalte häufig für Irritationen auf der Straße sorgen.

Wir freuen uns sehr, dass wir in dieser Hinterland Ausgabe eine beeindruckende Serie von ihrer sehr unterschiedlichen Arbeiten abdrucken dürfen und hoffen, ihr habt mindestens so viel Spaß damit, wie wir ...

*„Der Senat kann daher nicht umhin, die Rechtsetzung ...
erneut zu beanstanden ...“*

(RandNr.74)

*„Für ein von vorneherein mit ... dem allgemeinen Wohnungsmarkt
nicht vergleichbares Leistungsangebot will er ... mehr als das Doppelte
... in Rechnung stellen ... Wollte ... er ... seine Unterkünfte ... vermie-
ten, so käme er ... wohl unweigerlich mit dem Straftatbestand des Miet-
wuchers ... möglicherweise sogar dem des Betruges ... in Konflikt ...
Vorbehaltlich einer näheren staatsanwaltschaftlichen Prüfung dürfte
der objektive Tatbestand des Leistungswucher ... erfüllt sein.“*

(RandNr.87)

*„... von anerkannten weitgehend mittellosen Flüchtlingen entgegen den
Anforderungen des Sozialstaatsgebot ... unter Verstoß gegen das Äqui-
valenzprinzip ..., den Gleichheitssatz ... und die Diskriminierungsver-
bote ... widerrechtlich erhobene Gebühren nicht zurückzuerstatten,
müsste ... das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden in
grober Weise verletzen.“*

(RandNr.80)

Bayrischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss v. 14.04.2021-12 N 20.2529

Von Hubert Heinhold



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
von Pro Asyl.

Bayern ist Lagerland. Geflüchtete müssen kraft Gesetzes oder nach Anerkennung aufgrund der Wohnungsnot und des 3-jährigen Umzugsverbots in Unterkünften leben. Der Freistaat kassiert dabei kräftig ab; in wucherischer Weise meint der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH). Mit deutlichen Worten kassierte er die Regelung der Benutzungsgebühren für die staatlichen Flüchtlingsunterkünfte als mit Art.3 Abs.1 S.1 und Art 3 S.1 des Grundgesetzes für unvereinbar. Gleichzeitig stellte er klar, dass das zu Unrecht – möglicherweise auf strafbare Weise – eingenommene Geld zurückzuerstatten sei. Schön, könnte man denken, was braucht bei solchen Richter*innen eine Asyllobby, die dritte Gewalt schützt die kleinen Leute vor der Politik und der Verwaltung. Anderntags liest man von einem Richter am VG Gießen, Andreas Höfer, der ein NPD Wahlplakat „Migration tötet“ als „die Realität teilweise darstellend“ billigt, weil ihm „Fälle bekannt sind, in denen Asylbewerber zu Mördern wurden“ und weil er die Einwanderung „naturgemäß als eine Gefahr für kulturelle Werte“, für „die deutsche Kultur und Rechtsordnung sowie menschliches Leben“ ansehe; und der sich nicht

für befangen hält, in Asylsachen zu urteilen – gebilligt von seinen Kolleg*innen. Erst das Bundesverfassungsgericht (B.v.1.7.2021 2 BvR 890/20) stößt sich daran.

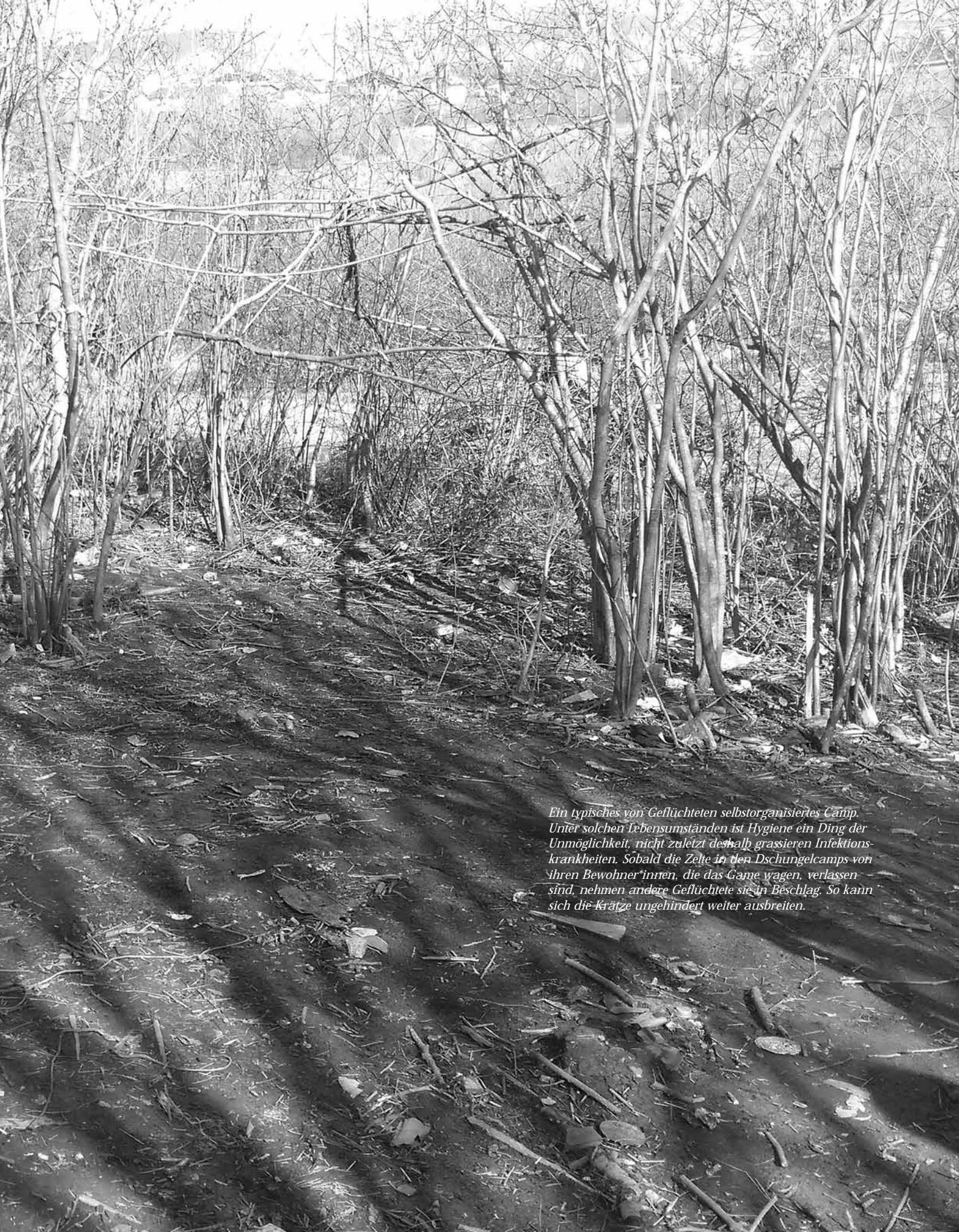
Die Erfahrung lehrt, dass Vorurteile auch bei den Gerichten beheimatet sind. Es ist viel Überzeugungsarbeit nötig, die „herrschende Meinung“ genannte Routine des Gehorsams gegen Obergerichte oder die Obrigkeit und den Panzer des Besserwissens zu durchbrechen. Kritik von außen, Berichte unabhängiger Organisationen, der verfassungspatriotisch geprägte Enthusiasmus von Menschenrechts- oder Umweltgruppen sind Teil der für den Rechtsstaat und die Demokratie unbedingt nötigen Lobbyarbeit.

Auch in Bayern. Die Regierung von Unterfranken lehnt ohne Anstandsgefühl Anträge auf Rückerstattung der vereinnahmten Wuchergebühren ab. Allein der Beschluss des BayVGH reiche nicht aus; die früheren Bescheide seien nicht „schlechthin unerträglich“. Und von der Einleitung eines Strafverfahrens hat man auch nichts gehört.<

The Game, so nennen Menschen im Transit den Versuch, über die kroatische Grenze nach Europa zu gelangen. Obwohl sie dunkel gekleidet sind, werden die meisten von ihnen aufgespürt und zurückgeschoben. Beraubt, ausgehungert, durstig und oftmals gefoltert stranden sie früher oder später wieder in Camp Lipa.







Ein typisches von Geflüchteten selbstorganisiertes Camp. Unter solchen Lebensumständen ist Hygiene ein Ding der Unmöglichkeit, nicht zuletzt deshalb grassieren Infektionskrankheiten. Sobald die Zelte in den Dschungelcamps von ihren Bewohner*innen, die das Game wagen, verlassen sind, nehmen andere Geflüchtete sie in Beschlag. So kann sich die Krätze ungehindert weiter ausbreiten.



*Medizinische Mitarbeiter von
SOS Bihać auf dem Weg in
eines der Dschungelcamps,
die meist nur zu Fuß zu
erreichen sind.*



Nach dem Brand von Camp Lipa am 23.12.2020 fehlte es an allem. Bei beißender Kälte nehmen Geflüchtete barfuß in Pantoffeln Decken und Trinkwasser entgegen.



Ein Sanitäter von SOS Bihać behandelt im Krankenwagen die verletzte Hand eines Geflüchteten.

Wer im Camp Lipa lebt, hat keine Lobby!

Die Bewohner*innen des bosnischen Geflüchteten-Camps *Lipa* sowie die Einwohner*innen der nahe gelegenen Stadt Bihać und des Umlands befinden sich in einer verzweifelten Situation: Die Kapazitäten der einst nur als Provisorium errichteten Unterkunft reichen bei weitem nicht aus. Nun sollen andere bosnische Lager geschlossen und tausende Bewohner*innen nach *Lipa* umgesiedelt werden.
Von Ute Rückert

Zu Beginn der Covid-19-Pandemie war *Lipa* als provisorische Unterkunft geplant, Ende 2020 sollte sie ein angemessen ausgestattetes Lager offiziell ersetzen. Entsprechend mangelhafte sanitäre Zustände herrschen hier. Hinzu kommt, dass zwei Erdbeben die örtliche Poliklinik so stark beschädigten, dass sie einzustürzen droht. Zusammen mit anderen gemeinnützigen Organisationen brachte *HERMINE e. V.* die Kosten für einen Behandlungscontainer auf. Das Krankenhaus versorgt nicht nur die Geflüchteten in dem überfüllten Camp nahe Bihać, sondern auch die Bewohner*innen des Kantons Una-Sana in Bosnien und Herzegowina, einer Region, die sich seit dem Bosnienkrieg 1992 bis 1995 wirtschaftlich nicht mehr erholt hat.

Wenn die Zufluchtsstätte bereits überfüllt ist

Ende Dezember 2020 brannte das Camp vollständig nieder. Eine Evakuierung fand aber nicht statt. Im Februar 2021 nahmen die Erkrankungen an Krätze drastisch zu und sind bis heute nicht in Schach zu halten. Inzwischen haben sich Geflüchtete auch mit Tuberkulose und mit dem Corona-Virus infiziert. Das ist auch für die Helfer*innen vor Ort riskant.

Nun informiert der Minister für Sicherheit der Kantonregierung von Una-Sana, Nermin Kljajic, darüber, dass Camps dicht gemacht werden. Die Rede ist von der Schließung des weiter im Norden gelegenen Camps *Miral*, der Standort Bira wurde schon im Herbst 2020 geschlossen. Das Lager *Sedra*, in dem vor allem Familien mit Kindern und unbegleitete minderjährige Geflüchtete untergebracht waren, wurde zum größten Teil geräumt und nimmt keine neuen Bewohner*innen mehr auf. Selbstorganisierte sogenannte Dschungelcamps löst die bosnische Polizei auf. Geflüchtete werden systematisch sich selbst überlassen. Viele der erneut obdachlos gewordenen Menschen suchen im Camp *Lipa* Unterschlupf. Diesem droht die achtfache Belegung der Kapazitätsgrenze, also bald rund 8.000 Menschen. „Die alten Gebäude in der Stadt sind voll. Geflüchtete gründen weitere Camps im Umland. Immer mehr Menschen kommen neu an. Der dadurch entstehende Druck ist unvorstellbar“, erklärt Zlatan Kovačević, Leiter von *SOS Bihać* (siehe Interview Seite 14).

Die kroatischen Grenzschützer*innen wollen verhindern, dass sich die Menschen der Grenze nähern. Beinahe täglich machen sich dennoch hunderte Flüchtende auf den Weg in eine vermeintlich bessere Zukunft.

Ute Rückert ist
freiberufliche
Redakteurin und seit
Januar 2021 aktives
Mitglied von
HERMINE e.V.

Riskantes ‚Spiel‘ für Menschen,
die nichts mehr zu verlieren haben

„The Game“, das Spiel – nennen sarkastisch die Verzweifelten den Versuch, die bosnisch-kroatische Grenze zu passieren. Sie wollen die Möglichkeit bekommen, ihr Recht auf Asyl geltend zu machen. Doch diese Grenze gehört zu den am besten gesicherten Außengrenzen Europas. Die meisten Menschen, die das „Game“ wagen, werden Opfer eines sich ständig wiederholenden Rechtsbruches der EU sowie ihrer Mitgliedstaaten. Laut internationalem Recht hat jeder Mensch das Recht, Asyl zu beantragen. Doch Grenzbehörden setzen sich täglich darüber hinweg. Sie drängen Flüchtende gewaltsam zurück oder schieben sie, wenn sie die Grenze passiert haben, kollektiv ab – ohne vorheriges Asylverfahren. Beteiligt an diesem rechtswidrigen Verfahren ist unter anderem die Grenzschutzagentur *Frontex*, Polizist*innen der Mitgliedstaaten der gesamten EU, und damit auch Deutschland.

Immer wieder berichten Geflüchtete von psychischer Folter und Gewalt durch Grenzschützer*innen. Ein aus Syrien stammender Mann berichtete *HERMINE e.V.*, dass ihn ein Grenzschützer gebeten hatte, die Brille abzunehmen. Nachdem er der Bitte nachgekommen war, brach ihm der Polizist mit einem Schlag ins Gesicht die Nase. Kein Einzelfall. Genaue Zahlen zu den Verletzten, die sich in dem unwegsamen und menschenfeindlichen Grenzgebiet aufhalten, sind nicht bekannt. Auch die Toten zählt niemand.

2019 erhielt der Verein den 25. Würzburger Friedenspreis.<



HERMINE e.V.
berichtet kontinuierlich aus Bihać

Facebook
facebook.com/hermine.global/

Instagram
instagram.com/hermine.global/

Spendenkonto
HERMINE e.V. -
IBAN DE84 4306 0967 1106 0420 00
BIC: GENODEM1GLS -
GLS Gemeinschaftsbank eG
Verwendungszweck: SOS Bihać

Paypal
paypal@hermine.global
paypal.me/hermineglobal

Betterplace
betterplace.org/de/organisations/27139-hermine-e-v

„Wir stürzen offenen Auges in eine humanitäre Katastrophe!“

Das sagt Zlatan Kovačević, der Leiter von *SOS Bihać*, einer Hilfsorganisation, die Geflüchtete und Einwohner*innen an der Grenze Bosnien und Herzegowina zu Kroatien unterstützt. Die lokalen Helfer*innen verteilen Lebensmittel, Schlafsäcke und Kleidung und bieten medizinische Grundversorgung an. Sie setzen sich dafür ein, dass die Schwächsten in unserer Gesellschaft eine Chance auf ein lebenswertes Leben erhalten. Ein Interview von Ute Rückert

Herr Kovačević, wie viele Menschen leben derzeit im Camp Lipa?

Rund 800 Personen. Die Zahl fluktuiert stark. Von einem Tag auf den andern können es 300 mehr oder weniger sein, da das von der *Internationalen Organisation für Migration* (IOM) betriebene Lager offen ist. Ausgelegt ist das Camp, das als Provisorium während der Corona-Pandemie geplant war, für 1.000 Menschen. Eine sichere Wasser- und Stromversorgung fehlt. Am 23. Dezember 2020 brannte es ab.

Wie war das mit dem Brand?

Zusammen mit europäischen Organisationen hatten wir alles für den Winter vorbereitet, Schlafsäcke und Zelte besorgt. Dann kam der Brand. Noch ist nicht abschließend geklärt, ob ihn jemand gelegt hat. Alle Organisationen verließen das Camp. Am Tag danach fiel Schnee. Die IOM kam zurück und verfrachtete die Geflüchteten in Busse und behielt sie dort, während die Organisation die wenigen im Camp verbliebenen Zelte auch noch abbaute. 20 Stunden später wurden die Menschen irgendwo aus dem

Bus geworfen und mussten wieder von vorne anfangen. Das ist europäische Politik!

Später wurde die IOM, die in Bosnien das Monopol für den Transport von Geflüchteten und den Bau von Flüchtlingscamps innehat, beauftragt, genau gegenüber des Lagers ein neues für 1.500 Bewohner zu bauen. Es sollte im Frühling 2021 fertig sein, das klappte aber nicht. Neuer geplanter Termin ist nun Ende August 2021. Allein 50 Prozent der Container belegt dann die Bürokratie; die andere Hälfte ist für 1200

männliche Einzelpersonen, 100 Frauen und Kinder sowie 200 Personen in Familien vorgesehen. Eindeutig zu wenig! In der Region leben rund 2.000 Geflüchtete in illegalen Dschungelcamps und verlassenen Häusern. Dazu kommen die ehemaligen Bewohner der umliegenden Lager, die gerade geschlossen werden. Wir stürzen offenen Auges in eine humanitäre Katastrophe!

Woher kommen die Bewohner*innen eigentlich?

Es sind männliche, meist jüngere Einzelpersonen aus Ländern wie Syrien, Pakistan, Marokko. Wir untersuchen die ankommenden Geflüchteten auf Tuberkulose, Krätze und andere Erkrankungen und geben den Gesunden einen Ausweis, der die Untersuchung bestätigt. Das tun wir auch für unsere Bevölkerung, um die Angst zu mindern, sich mit Krankheiten anzustecken. Wir statten die neuen Bewohner mit allem Notwendigen aus: Schlafsack, Essen, Getränke. Ein Paar Schuhe kostet 30 Euro, deshalb geben wir nur dann welche aus, wenn unbedingt nötig oder wenn wir eine Spendenlieferung bekommen: *HERMINE e.V.* sendete unlängst 1.000 gebrauchte Sportschuhe.

Welche Auswirkungen hat aktuell Covid-19? Gibt es Impfstoff?

Da die Menschen sehr eng zusammenleben, testen wir jeden Neuankömmling. Wer erkrankt ist, wird isoliert. Für die Camp-Bewohner besteht keine Aussicht auf Impfstoff. Aber auch wir, die Mitarbeiter von *SOS Bihać*, die bei medizinischen Behandlungen keinen Abstand von unseren Patienten halten können, werden nicht geimpft.

Wie funktioniert die medizinische Versorgung generell?

Die *Dänische Flüchtlingshilfe* (DRC) arbeitete immer nur bis 16 Uhr. Frei nach dem Motto: Hast du danach einen schweren Unfall, dann stirbst du eben! Deswegen wurde die Organisation gefeuert. Unser Notdienst hat 24 Stunden Bereitschaft. Wenn nötig, überweisen wir die Hilfesuchenden in das regionale Krankenhaus. Bei einem Erdbeben im Frühjahr 2021 wurde es jedoch so stark beschädigt, dass wir es nur noch zu 25 Prozent nutzen können. Operiert wird in dem Container, den *HERMINE e.V.* für uns besorgt hat. Der Verein hat auch Spenden für ein Sanitätsfahrzeug gesammelt, aber das reicht nicht für eine Bevölkerung von 55.000 Personen plus 8.000 Geflüchtete, die in der Region leben. Vorgestern ist ein Kind im Fluss ertrunken; die Helfer konnten nicht rechtzeitig zur Stelle sein.

Gibt es in Camp Lipa psychologische Betreuung für die Geflüchteten?

Nein! Ich schaffe es nicht, andere Organisationen kümmern sich nicht darum, obwohl es dringend nötig wäre. Die Menschen sind traumatisiert, wurden geschlagen, gefoltert, erleiden Panikattacken. Wir haben drei spezielle Container, in die wir stark belastete Menschen bringen können, damit sie Ruhe finden. Das ist alles.

Vor ein paar Tagen wurde ein junger Mann ins Krankenhaus gebracht, da er stark selbstmordgefährdet war. Kurz darauf wurde er entlassen – und nahm sich das Leben. Zwei Polizisten wollten prüfen, ob es wirklich Suizid war, aber die Geflüchteten wollten sie nicht ins Camp lassen. Es kam zu Ausschreitungen. Jetzt wurden

Polizei und Security-Personal abgezogen. Wir haben die IOM gebeten, zehn Polizisten zu beschäftigen, ohne Erfolg.

Wie kam man auf die Idee, das Lager ausgerechnet im ehemaligen Kriegsgebiet zu errichten? Sind in der Region die Folgen des Krieges noch spürbar?

Ich leide selbst unter Kriegsverletzungen, aber meine Arbeit bei *SOS Bihać* gibt mir Kraft und hilft mir gesund zu werden!

Ungefähr 30 km von Bihać entfernt liegt das vom Krieg zerstörte Dorf Lipa. Hier dürfen wir nichts bauen, da es ungeklärte serbische Besitzrechte gibt. Unsere Wirtschaft liegt am Boden. In der Region befinden sich verstreut immer noch viele Minen. Dennoch hat die EU entschieden, dass das Lager hier gebaut werden soll, da der Ort auf der Balkanroute liegt, auf der Geflüchtete von der Türkei nach Europa gelangen möchten. Es waren nicht unsere örtlichen Behörden, die diese Entscheidung getroffen haben.

Wie ist das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den Camp-Bewohnern?

Anfangs war es ganz schlecht. Vor einem Jahr kamen 8.000 Geflüchtete, und irgendjemand brachte das Gerücht in Umlauf, sie seien alle bewaffnet. Wir haben ihnen geholfen und wurden dafür von der Bevölkerung bekämpft. Nachdem wir massiv Aufklärungsarbeit betrieben hatten, besserte sich das Verhältnis, aber von Entspannung kann keine Rede sein.

Die IOM kauft Schlafsäcke für 200 Euro in Schweden. Hier gäbe es deutlich billiger, und die Wirtschaft in unserer vom Bosnienkrieg

gebeutelten Region würde profitieren. Das Brot bezieht die Organisation aus Sarajewo und lässt es hierher karren. Unsere Bäcker gehen leer aus. Milch wird im 150 km entfernten Banja Luka gekauft. Wir erfahren keine Solidarität aus Sarajewo. Inzwischen haben schon 20.000 Bosnier die Region verlassen. Schulen schließen. Statt eine Win-Win-Situation hier vor Ort zu erzeugen, verdienen sich andere eine goldene Nase an den Geflüchteten – die Region, die sie beherbergt, geht leer aus und fürchtet sich davor, dass Krankheiten eingeschleppt werden und sich ihre Versorgung zugunsten der Geflüchteten verschlechtert.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen?

Organisationen wie das *Rote Kreuz* oder *Save the Children* werden finanziell unterstützt, aber meiner Ansicht nach arbeiten sie nicht transparent und kontrollieren auch nicht oder nur teilweise, wofür sie die ihnen anvertrauten Gelder ausgeben. Für *SOS Bihać* kann ich alles belegen und die Verwendung eines jeden Cents nachweisen. Oft sitze ich mit Politikern zusammen, die mir erzählen, dass beispielsweise das *Rote Kreuz* gezielt Geldbeträge für die Anschaffung von Fahrzeugen erhalten hat. Wo dieses Geld versickerte, weiß niemand. Da die Politik keinen Nachweis verlangt, fliegt die Veruntreuung nicht auf.

Die anderen Organisationen verteilen Hilfsgüter an drei festgelegten Plätzen. Das war's! Wir fahren Patrouillen auf den bevorzugten Routen Richtung Grenze und stoßen dabei immer wieder auf Geflüchtete, die erschöpft, hungrig, dehydriert oder verletzt sind. So fanden wir

unlängst wieder eine bewusstlose schwangere Frau, die sicher niemand sonst entdeckt hätte. Wir wissen, wo wir die Menschen finden und kämpfen für ihre Rechte.

Bekommen Sie Unterstützung von der EU oder einzelnen EU-Staaten?

Wir erhalten weder Unterstützung vom Staat Bosnien und Herzegowina noch von der EU. Wir arbeiten perfekt mit wenig Geld, genau gesagt 15.000 Euro im Monat. Die ehrenamtlichen Helfer bekommen nichts, die Mediziner erhalten eine Aufwandsentschädigung von 450 Euro, von Lohn kann man da nicht reden. Die IOM verweigert uns Unterstützung mit der Begründung, dass unsere Organisation zu klein sei. Wir sollen ganz Bosnien betreuen, dann erhalten wir Geld. Die erforderlichen Kapazitäten haben wir aber nicht.

Uns unterstützen vor allem kleine Hilfsorganisationen wie das *Aachener Netzwerk e.V.* oder *Help. HERMINE e.V.* hat uns einen Krankenwagen und den OP-Container geliefert, sammelt Geld für uns und arbeitet hier vor Ort mit.

In den Medien hört man immer wieder von Pushbacks auf dem Mittelmeer. Ist die Region Lipa ebenfalls betroffen?

Die Geflüchteten versuchen von hier aus, durch den Dschungel die Grenze zu Kroatien zu überwinden und dann weiter nach Italien zu gelangen, um dort Asyl zu beantragen. Die sarkastische Bezeichnung dafür lautet „Game“. Kroatische Polizisten versuchen das zu verhindern, indem sie die Menschen wie Tiere jagen und einfangen. Sie verprügeln sie, stehlen ihre Wertsachen und im Winter auch ihre Schuhe und Jacken und drängen sie an der

Grenze oder sogar nach dem Grenzübertritt zurück. Das nennt sich Pushback, aus dem Englischen für zurückschieben. Früher oder später landen die Geflüchteten wieder in der Region Bihać. Die Zahlen sprechen für sich: 2018 lebten hier rund 19.000 Geflüchtete, 2019 waren es schon 21.000 und 2020 sogar 56.000. Wobei natürlich auch Neuankömmlinge eingerechnet sind.

Wie muss man sich diesen Dschungel vorstellen?

Es sind zum Teil bewaldete Gebiete, in denen es keine ausgebauten Wege gibt, eher Trampelpfade. Dafür aber Giftschlangen. Vor drei Tagen wurden Somalier von Schlangen gebissen, wir haben sie bewusstlos gefunden. Wären wir nicht vorbeigekommen, würden sie vermutlich nicht mehr leben.

Im Dschungel gibt es auch illegale Camps, da die Plätze in den offiziellen Lagern nicht ausreichen. Wir reden hier von einfachen Zelten. Wenn die Polizisten sie finden, verbrennen sie die. Die Menschen werden nach Lipa zurückgeschickt, wo sie keinen Platz finden und dann eben wieder in den Dschungel gehen. Einfach trostlos!

Welche Rolle spielt die Europäische Grenzschutzagentur Frontex?

Ihre offizielle Aufgabe ist die Luftraumüberwachung. Gleichzeitig soll sie für die Einhaltung der Menschenrechte sorgen. Soweit die Theorie! Gängige Praxis jedoch ist, dass Frontex-Beamten die nationale kroatische Grenzpolizei bei der Überwachung der Grenze mit militarisierten Geländefahrzeugen unterstützen. Sie spüren die Menschen im Transit auf und benachrichtigen die Grenzpolizisten.

ten, die die Geflüchteten dann unter Gewaltanwendung zurückschieben, oder *Frontex* legt gar selbst mit Hand an. Das Problem bei der Beweislage ist, dass die *Frontex*-Mitarbeiter meist nicht als solche zu erkennen sind. Und sie achten darauf, dass es keine Video-, Ton- oder Fotoaufnahmen von ihren illegalen Einsätzen gibt. Es existiert nur vereinzelt Beweismaterial von Augenzeug*innen, die *Frontex* klar benennen können. Aktuell beschäftigt sich ein Untersuchungsausschuss mit der Verwicklung von *Frontex* in illegale Pushbacks an europäischen Außengrenzen.

Welche Perspektiven haben die Geflüchteten in Lipa?

Keine, und sie haben auch keine Lobby in politischen Kreisen oder

bei großen Hilfsorganisationen. Da geht es nur um Publicity und Prestige. Letztendlich interessiert es aber niemanden, ob die Gelder wirklich den Bedürftigen zugutekommen.

Was müsste sich langfristig ändern?

Wir brauchen eine neue Flüchtlingspolitik. Wenn wir so weitermachen, ist das Fiasko vorprogrammiert. Europa zahlt an Hilfsorganisationen, die viel Geld einstreichen, ohne Leistung zu erbringen, es sei denn die Presse ist vor Ort. Diese wiederum ist nur an Themen interessiert, die die Sensationslust ihrer Leser befriedigen, wenn etwa ein dreijähriges Kind auf der Flucht im Mittelmeer ertrinkt. Dafür hätten sie gern die exklusiven Verwertungsrechte.

Wie lautet Ihr Appell an Politiker und die EU?

Sie haben keine Ahnung, was hier abgeht. Hätten sie wirklich Interesse, müssten sie ja nur kontrollieren, was mit den bewilligten Hilfgeldern passiert. Wenn die finanzkräftigen Organisationen ihren Job hier machen würden, wäre *SOS Bihać* arbeitslos.

Wie können Leser*innen helfen?

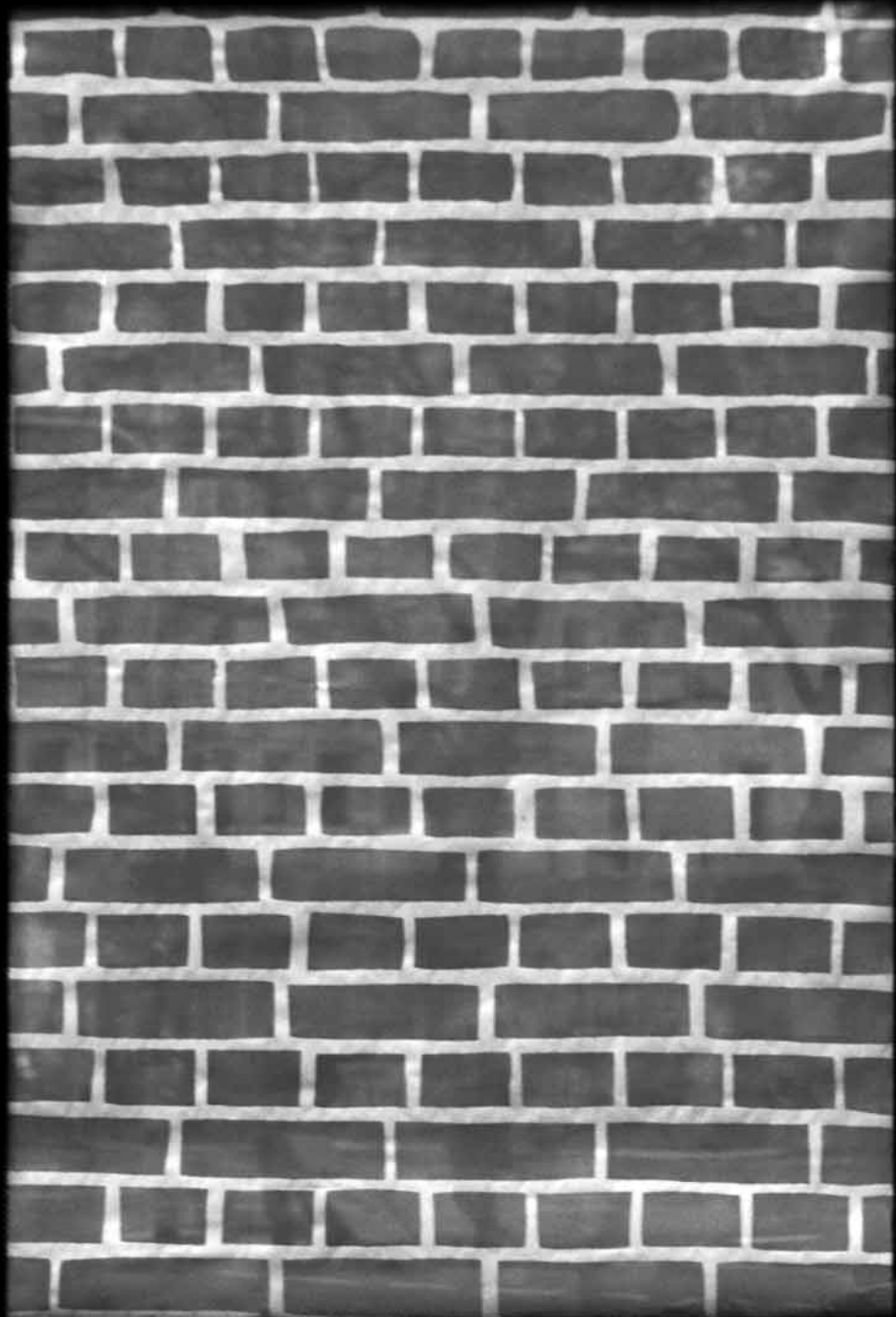
Wir brauchen Schuhe, Kleidung, medizinische Hilfsgüter sowie Geld für Benzin, Ärzte und größere Anschaffungen wie Sanitäts- oder Feuerwehrfahrzeuge ... <

Zlatan Kovačević könnte noch so viel mehr berichten, muss aber zum nächsten Einsatz. Es ist Sonntag, 11 Uhr morgens.

Der Leiter von *SOS Bihać* Zlatan Kovačević (links) mit Mitgliedern seines Teams vor dem Sanitätscontainer.



JCDecaux



Der Fehler liegt im System

In der Bundesrepublik wird immer wieder über den Einfluss der Verbände debattiert. Unter dem Stichwort des Lobbyismus geht es um die Frage, ob bestimmte Gruppen politische Entscheidungsprozesse in einem Ausmaß prägen, der dem „Gemeinwohl“ schadet. Warum eine solche Lobbykritik die Linke auf Abwege führt, erklärt Peter Bierl.

Für die Linke der Bundesrepublik war Lobbykritik lange kein Thema, sofern sie begriffen hatte, dass der Staat ohnehin dem Kapital dient.

Inzwischen kämpfen Linke, Umweltfreund*innen und Feminist*innen gegen die Agrarlobby, die Autolobby, die Atomlobby, die Chemielobby, die Rüstungslobby oder eine Sexlobby, die Prostitution fördert. Dabei verdrängt der Lobbyismus-Vorwurf ebenso wie das Lamento über Neoliberalismus und Globalisierung die grundsätzliche Kritik an Staat und Kapital. Unterstellt wird, ohne Lobbyismus würden Politiker*innen bessere Entscheidungen fällen. Fluchtpunkt solcher Illusionen ist der nationale Sozialstaat, der die Klassen versöhnt.

In diesem Beitrag sollen zunächst die Debatten über den Lobbyismus und die Positionen der Beteiligten skizziert werden. Es handelt sich um einen Streit innerhalb des bürgerlichen Lagers, im Wesentlichen zwischen sozialdemokratisch-liberalen Anhängern der Pluralismus-Theorie und konservativ-völkischen Verfechtern eines unabänderlichen Gemeinwohls. Letztere beziehen sich emphatisch auf den Begriff des Volkes und befürworten Volksabstimmungen, weil diese angeblich das Gemeinwohl gegenüber Partikularinteressen zur Geltung bringen. Im Anschluss an eine Kritik des Gemeinwohlbegriffs folgt mein Plädoyer, von der Realität einer Klassengesellschaft auszugehen, den Staat als ideellen Gesamtkapitalisten zu kritisieren und die untaugliche Lobbykritik aufzugeben.

„Pflege der politischen Landschaft“ – Lobbykritik in der Bundesrepublik

Der Begriff der Lobby bezeichnet ursprünglich einen Raum vor dem Parlamentssaal, die Vorhalle. Dort konnten Abgeordnete direkt angesprochen werden. Daraus ergab sich im übertragenen Sinn der Begriff für die Einflussnahme von Interessenvertreter*innen auf den politischen Entscheidungsprozess. Der britische Politikwissenschaftler Samuel E. Finer (1958) definierte Lobby als „Gesamtheit aller Organisationen, sofern sie irgendwann damit beschäftigt sind, die Politik der öffentlichen Körperschaften in ihrer Richtung zu beeinflussen, wobei sie im Unterschied zu den Parteien niemals versuchen, das Land direkt zu regieren.“ Sein deutscher Kollege Theodor Eschenburg fragte in der Adenauer-Ära, ob eine „Herrschaft der Verbände“ (1956) drohe, die es abzuwehren gelte. Eschenburg war in Tübingen erster Inhaber eines Lehrstuhls für Politikwissenschaft in Deutschland. Im Mai 1933 war er der SS bei- und angeblich nach drei Monaten wieder ausgetreten. Eschenburg war beteiligt an als Arierungen bezeichnetem Raub jüdischen Eigentums und verteidigte in der Bundesrepublik die NS-Betätigung des Chefs des Kanzleramts, Hans Globke, der die Nürnberger Rassengesetze mitverfasst hatte. In den USA begann die Debatte wesentlich früher. Dort wurden mehrfach Gesetze verabschiedet, um den Lobbyismus zu regulieren und einzudämmen, etwa der Regulation Act von 1946, die immer wieder verschärft wurden.

Die deutsche Debatte flammte unter Bezugnahme auf Eschenburg in den 1970er Jahren wieder auf. Der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim (1977) warnte vor den „immer virulenter werdenden Gefahren des Verbändestaats“. Als Gegengewicht führte von Arnim die „wert- und erkenntnisorientierten“ Institutionen wie Wissenschaft und Rechtsprechung, den Bundespräsidenten, die Bundesbank und das Bundesverfassungsgericht an und plädierte für Expertengremien wie den Rat der fünf Wirtschaftswesen. Arnim steht inzwischen der konservativen ÖDP nahe und schrieb auch für die extrem rechte Zeitschrift *Junge Freiheit*.

Lobbyisten seien „der Staat im Staat“

Mit der Flick-Affäre der 1980er Jahre gerieten die Parteien stärker ins Visier der Debatte um den Lobbyismus. Im Auftrag des Konzernchefs Friedrich Karl Flick hatte dessen Manager Eberhard von Brauchitsch Spenden an die Parteien verteilt, zur „Pflege der politischen Landschaft“, wie er es nannte. Es folgte die CDU-Affäre um Spenden und Schwarzgeld, die 1999 mit dem Rücktritt von Helmut

Kohl vom Parteivorsitz endete. Insbesondere konservative Wissenschaftler*innen wie der Soziologe Erwin K. Scheuch, ein vormaliger CDU-Funktionär, rechneten nun mit den Parteien ab. Von Arnim bezeichnete die Berufspolitiker*innen mit ihren Eigeninteressen als Hauptbedrohung des Gemeinwohls.

In der aktuellen Debatte sind die Töne mitunter arg alarmistisch, etwa auf dem Watchblog *Nachdenkseiten*, wo Lobbykritik zur Kernkompetenz zählt und Sarah Wagenknecht und Albrecht Müller über „Bedrohungen unserer Demokratie“ räsonieren. Manch reißerischer Buchtitel wie etwa „Die Lobby-Republik“ des Stern-Reporters Hans-Martin Tillack (2015), mag dem Verlagsmarketing geschuldet sein, während der Inhalt durchaus informativ ist. Günter Grass hingegen verstieg sich in einer Rede vor der SPD-Bundestagsfraktion 2008 zu der Auffassung, die Lobbyisten seien „der Staat im Staat“ und verkörperten „den ärgsten Feind der Demokratie“, sodass man ihnen Hausverbot im Bundestag erteilen müsste.

Der Gemeinwohlbegriff

Kritik am Lobbyismus und den Parteien basiert häufig auf der Annahme, der Staat sei eine über den Partikularinteressen schwebende Instanz, die lediglich einem ominösen Gemeinwohl verpflichtet sei. Dieser Begriff ist zentral etwa bei von Arnim, der das Gemeinwohl in Gefahr wähnt. Gemeint ist damit eine schon existierende Größe, das Wohl aller, Bezugsgröße ist das Volk. Sowohl der Begriff des Gemeinwohls als auch seine Grundlage, der Begriff des Volkes, blenden die Realität sozialer Spaltungen aus.

Diese Sichtweise findet sich in Deutschland etwa bei Georg Friedrich Hegel und dem frühen Karl Marx, der davon aber bald geheilt war. In westlichen Ländern gelangten Philosophen wie Jean-Jacques Rousseau mit

Alle 17 Minuten
ruft ein Polizist Daten
von Helene Fischer ab*



POLIZEI HESSEN

1. PLATZ

Testsieger der
Kategorien:

illegale Datenabfrage
&
Zusammenstellen
von Feindeslisten

Im Test:
16 Landespolizeien
und ein BKA

Polizeiship

*Helenes Daten wurden von der hessischen Polizei in nur einer Nacht 83 mal abgerufen. Die Gefahr missbräuchlicher Abfragen war durch Fälle mit rechtsextremistischem Hintergrund öffentlich geworden: Viele Politiker*innen und Menschen die ihre Stimme gegen Rechts erheben bekamen Drohschreiben vom Nationalsozialistischen Untergrund 2.0.

www.ogy.de/polizeiship

Die Frankfurter Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız erhielt an ihre Privatadresse rechtsextreme Drohbriefe. Ihre Daten waren unmittelbar davor von einem Dienstcomputer in Frankfurt abgerufen worden. Auf dem Handy der Beamtin, die zum Zeitpunkt der Abfrage an dem Rechner eingeloggt war, hatten die Ermittler eine Chatgruppe entdeckt, in der sich sechs Polizisten vom ersten Revier rassistische und neonazistische Nachrichten geschickt haben sollen.

#polizeiproblem

seiner Vorstellung vom *volonté générale*, dem Volkswillen, zu ähnlichen Positionen. Der oben bereits zitierte Finer argumentierte hingegen, Lobbys würden zwei demokratische Grundrechte in Anspruch nehmen, am politischen Prozess beteiligt zu sein und mit Beschwerden Gehör zu finden. Ergänzen ließen sich die Organisations- und Meinungsfreiheit. In der Lobbykritik von links wird im Regelfall ausgeblendet, dass auch Gewerkschaften oder Umweltverbände Lobbyismus betreiben, was völlig legitim ist.

In Deutschland ist der Begriff des Gemeinwohls durch den völkischen Nationalismus geprägt: Das Gemeinwohl geht aus dem Volk als ethnisch und sozial homogener Einheit von Blut und Boden hervor, welches der Staat vollstrecken soll.

Die Ideologie der

Volksgemeinschaft ist in der deutschen

Geschichte tief verankert. Die

Nationalsozialisten prägten die

Parole „Gemeinnutz geht vor

Eigennutz“. Damit sollten alle Volks-

genoss*innen für eine Leistungsgesellschaft mobilisiert werden, die sozialen Ausgleich versprach, aber die Struktur von Kapital und Lohnarbeit nicht antastete.

Einen anderen, nicht-völkischen Gemeinwohl-Begriff entwickelte der Sozialdemokrat Ernst Fraenkel, der die NS-Zeit im amerikanischen Exil verbracht hatte. Der Jurist und Politikwissenschaftler kritisierte Positionen wie jene der „Herrschaft der Verbände“ von Eschenburg und sprach davon, dass in Deutschland die „Verbandsprüderie“ die „Parteienprüderie“ abgelöst habe. So etwas wie Gemeinwohl kann Fraenkel zufolge nur als Ergebnis von Auseinandersetzungen verschiedener Gruppen und ihrer Interessen zustande kommen, wofür Fraenkel jedoch das Eingreifen des Staates für notwendig hielt.

Fraenkel gilt als einer der Begründer des Pluralismus, der in den 1960er und 1970er-Jahren als „demokratisches Glaubensbekenntnis“ westlicher Industriestaaten angesehen wurde. Diese Theorie geht vom Offensichtlichen aus, dass in der Gesellschaft einander widersprechende Interessen und Perspektiven existieren. Sie alle sind legitim und organisieren sich, um für ihre Interessen in einem demokratischen System zu streiten.

Soweit der sozialdemokratisch-liberale Ansatz. Der linke Politikwissenschaftler Johannes Agnoli hingegen wies daraufhin, dass die Akzeptanz der Pluralismustheorie auf materiellen Voraussetzungen gründete. Ein hohes Wirtschaftswachstum erlaubte materielle Zugeständnisse an die Arbeiter*innen ohne die Profite des Kapitals zu schmälern. Auch viele Lohnabhängige konnten sich schließlich Konsumgüter wie Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernseher, Autos und einen Urlaub leisten, weswegen zeitgenössische Soziologen von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft oder Konsumgesellschaft sprachen. Der Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit wurde damit nicht aufgehoben, aber durch einen Kompromiss weitgehend still gestellt. Statt von Klassenkampf

sprachen Gewerkschaften von Sozialpartnerschaft.

Das Gemeinwohl entpuppt sich schlicht als das Wohl der herrschenden Klasse

Die materielle Grundlage schwand, als die Wachstumsraten sanken. Es folgte verschärfter Klassenkampf von oben, Angriffe auf Löhne und

Sozialleistungen, Arbeitshetze und Überstunden, und autoritäre Diskurse, die wieder stärker auf nationale Formierung anstelle pluralistischen Aushandelns zielten. Dazu gehört neben der Renaissance von Begriffen wie Nation, Patriotismus und Heimat bis in die Reihen der Grünen und Linken die Ideologie des Gemeinwohls in ihrer rechten Ausprägung. So unterstellt der Staatsrechtler von Arnim, dass Bürger*innen sich eher am Gemeinwohl orientieren als Politiker*innen. Der Pluralismus richtet sich seiner Ansicht nach als Vertretung von Partikularinteressen gegen das Gemeinwohl.

Deutlich wird, dass von Arnim die Interessen der herrschenden Klasse vertritt. So behauptet von Arnim, der Kapitalismus – er zieht den Ausdruck Marktwirtschaft vor – stelle jene Wirtschaftsweise dar, die dem Gemeinwohl am besten diene. Angesichts der existenziellen Abhängigkeit und Unsicherheit von Lohnabhängigen, von Armut und Erwerbslosigkeit, ganz zu schweigen vom Elend im globalen Süden, entpuppt sich das Gemeinwohl ganz schlicht als das Wohl der herrschenden Klasse, die Produktionsmittel, Fabriken und Büros, Maschinen und Rohstoffe, Grund und Boden besitzt, während mehr als drei Viertel der Bevölkerung ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um

zu leben. Von Arnim hält es für zulässig, die Tarifautonomie einzuschränken, sofern „allgemeine Interessen untergepflegt werden“, und erklärt das Streikrecht im öffentlichen Dienst für unpassend.

Plebiszite versus „Lobbyrepublik“

Als Ergänzung zum repräsentativen System favorisiert er außerdem Volksabstimmungen. Sinkende Staatsausgaben und eine geringere öffentliche Verschuldung wertet er als Beleg für die Vorzüge und damit die Gemeinwohlorientierung des Plebiszits.

Volksabstimmungen wurden aus anthroposophischen Kreisen schon lange gefordert, etwa von Joseph Beuys, und fanden darüber Eingang bei den Grünen. Organisationen wie der anthroposophische *Omnibus für Direkte Demokratie e. V.* sowie der Verein *Mehr Demokratie e. V.* setzen sich bis heute dafür ein. Dem Kuratorium von *Mehr Demokratie* gehören neben von Arnim prominente Politiker*innen von FDP, SPD und Grünen an. In einer Publikation wird vor einer „Lobbyrepublik“ gewarnt. In Bayern setzte *Mehr Demokratie* unterstützt von SPD, Grünen und ÖDP den Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene 1995 durch.

Dabei sind Plebiszite nicht grundsätzlich abzulehnen, aber auch keine Wunderwaffe für linke oder umweltfreundliche Politik. Sie können von Konservativen und Rechten genauso genutzt werden. Die AfD hat die Forderung von Anfang an in ihren Programmen übernommen. In der Schweiz fand 2009 ein Plebiszit gegen den Bau von Minaretten eine Mehrheit – ganz sicher nicht aus religionskritischer Perspektive.

Bedenklich ist die Beliebtheit des Begriffs Gemeinwohl bis hinein in eine Linke, die etwa von Gemeinwohloökonomie schwärmt, einem Kapitalismus mit ökologischer und sozialer Buchhaltung. Attacken auf Banken, Börsen und große Konzerne oder die Parole „99 gegen ein Prozent“ verweisen auf die Vorstellung, das Volk stünde gegen eine winzige Elite. Dabei basiert bürgerliche Herrschaft darauf, dass Teile des Mittelstandes und manche Lohnabhängige profitieren, die Prozesse der Kapitalverwertung geraten aus dem Blick. Lobbykritik suggeriert dabei, Missstände seien

bloß auf ungebührliche Einflussnahme auf politische Entscheidungen zurückzuführen, die sonst menschenfreundlichere Resultate zeitigen würden. Eine solche Sicht geht an der Realität vorbei.

Der Staat muss für eine langfristig erfolgreiche Akkumulation des nationalen Kapitals sorgen. Die Kooperation mit Verbänden ist dabei nützlich, was in der politikwissenschaftlichen Literatur reflektiert wird: Zwar wird vor einseitiger Durchsetzung von Verbandsinteressen gewarnt, andererseits eine Symbiose zwischen Politik, Bürokratie und Lobby als notwendig für das Funktionieren der Demokratie erachtet. Dabei muss man sich vor Augen halten, was die bürgerliche Politikwissenschaft mit Demokratie meint, nämlich das

repräsentative liberale System, nicht die Selbstbestimmung aller Menschen über wesentliche Lebens- und Arbeitsbedingungen. Diese sind durch die kapitalistische Verfasstheit der

Gemeinwohloökonomie schwärmt von einem Kapitalismus mit ökologischer und sozialer Buchhaltung

Gesellschaft – dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln – der demokratischen Entscheidungsfindung entzogen und stehen bei Wahlen nicht zur Disposition.

Dass die Interessen von Lohnabhängigen oder Umwelt- und Klimaschutz nachrangig sind, liegt in der Natur des Staates als Staat des Kapitals begründet und nicht am Lobbyismus. Als ideeller Gesamtkapitalist schädigt der Staat bei Bedarf auch Einzelkapitale, wie die Corona-Krise zeigt. So konnte der *Deutsche Hotel- und Gaststättenverband* (DeHoGa) seinerzeit mithilfe von FDP und CSU die Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf sieben Prozent durchsetzen. In der Pandemie hatte die *DeHoGa* hingegen schlechtere Karten. Automobilkonzerne, Flugzeugbau, Maschinenbau oder Chemie waren für den Exportweltmeister wichtiger. Gastronom*innen saßen im Lockdown, während Industrielle weiter produzieren lassen konnten – trotz Masseninfektionen wie bei Airbus in Hamburg.

Politischer Normalbetrieb

Es stimmt schon, dass einige tausend Lobbyist*innen allein in Berlin versuchen, Politiker*innen und

Peter Bierl ist Journalist und Verdi-Mitglied. Von ihm sind zuletzt erschienen *„Die Legende von den Strippenziehern. Verschwörungsdenken im Zeitalter des Wassermanns“* (2021), *„Die Revolution ist großartig. Was Rosa Luxemburg uns heute noch zu sagen hat“* (2020) und *„Keine Heimat nirgendwo. Eine linke Kritik der Heimatliebe“* (2020).

Ministerialbürokratie im Sinn ihrer Auftraggeber*innen zu beeinflussen. Die Rede ist von „Verbandsinseln“ in Ministerien, etwa für Landwirtschaft, oder vom „Drehtüreffekt“, wenn ehemalige Minister wie Dirk Niebel (FDP) zu *Rheinmetall* und Matthias Wissmann (CDU) zum *Verband der Automobilindustrie* oder Gunda Röstel, Bundesvorstandssprecherin der Grünen, zur *Gelsenwasser AG*, damals ein Tochterunternehmen des Atomkonzerns *E.ON*, wechseln. Die Autoindustrie legte bei Angela Merkel (CDU) wie Gerhard Schröder (SPD) mit Erfolg ihr Veto ein, als die EU die Grenzwerte für Schadstoffe erhöhen wollte.

Falsche Personalisierung auf Strippenzieher*innen hinter den Kulissen

Die Kritik ist nicht verkehrt, aber Lobbykritik läuft immer Gefahr, die obrigkeitshörige Vorstellung zu befördern, es gäbe so etwas wie Gemeinwohl, dem ein neutraler Staat verpflichtet wäre. Durch falsche Personalisierung auf Strippenzieher*innen hinter den Kulissen ist Lobbykritik darüber hinaus anschlussfähig für antisemitische Vorstellungen, die Rede von der zionistischen Lobby gehört zu ihrem Standardrepertoire. Leo Löwenthal und Norbert Guterman haben bereits in „*Prophets of Deceit*“ (1949) darauf hingewiesen, dass der faschistische Agitator von der Wallstreet spricht, aber nicht die Kapitalverwertung beleuchtet, sondern über finstere Machenschaften räsoniert. Dieses Framing lässt sich bis heute feststellen. Das rechte Magazin *Compact* hat daraus ein Geschäftsmodell gemacht, indem es über eine Homo- oder eine Asyl-Lobby herzieht.

Es spricht nichts dagegen, Einflussnahme und Manipulation in konkreten Fällen scharf zu kritisieren und dabei auch mal persönlich zu werden. Wenn Abgaswerte gefälscht werden, geht es um Leib und Leben, die Verantwortlichen handeln kriminell. Aber die Verwendung des Begriffs Lobby torpediert in politischen Debatten die grundsätzliche Kritik an Staat und Kapital, deshalb sollte man darauf verzichten. Bestechung, Korruption oder Vetternwirtschaft sind keine Auswüchse, sondern gehören zum politischen Normalbetrieb in einer Konkurrenzgesellschaft.<

Prolog

Mittwoch, 3. Mai 2017.

Ein paar Tage vor der Präsidentschaftsstichwahl erhielt ich die Akkreditierung, das TV-Duell (aufseiten MACRONS) backstage mitzuverfolgen.

Das Ganze findet jenseits der Ringautobahn in den Fernsehstudios der PLAINE SAINT-DENIS statt.

Das erste Mal, dass ich direkt am Flüchtlingscamp an der PORTE DE LA CHAPELLE (auch „CRACK-HÜGEL“ genannt) vorbeifahre.

Die Polizei hat das ganze Viertel dichtgemacht. Um reinzukommen, muss man sich ausweisen.

Das Taxi darf nur bis zur Straßenecke ranfahren.

DIE STUNDE DER WAHRHEIT.

ABER WIE SOLL ICH DENN JETZT NACH HAUSE KOMMEN?

Personalausweis

Wie die Faust aufs Auge ...

Prompt, als wir mit den Arbeiten zu unserer Lobby-Ausgabe angefangen haben, wurde Mathieu Sapins „Comédie Française“ auf Deutsch veröffentlicht. Was für ein Glücksfall für uns! Schonungslos und mit viel Selbstironie dokumentiert Mathieu Sapin zeichnerisch seine eigenen Annäherungsversuche zur Macht, also in diesem Fall zum frisch gewählten Präsidenten Emmanuel Macron. Diese oft meist erfolglosen Versuche vergleicht er gekonnt mit der Laufbahn Jean Racines, der im 17. Jahrhundert davon träumt, zum Hofberichterstatler des Sonnenkönigs Ludwigs XIV. zu werden. Mathieu Sapin hinterfragt die Verbindung von Kunst und Macht mit Humor, Finesse und Biss. Dieses Buch passt sprichwörtlich wie die Faust aufs Auge in ein Heft, dass sich die Lobby, eben dieses Vorzimmer der Macht zum Thema vorgeknöpft hat. Wir sind froh, dass wir mit der freundlichen Genehmigung des Berliner Reprodukt Verlages euch einen kleinen Happen Mathieu Sapin präsentieren dürfen, und hoffen ihr bekommt Appetit auf mehr ...



celio® - Krawatte



19h 55. Auf der Bühne lauscht Emmanuel MACRON aufmerksam den Hinweisen und stellt ein paar Fragen. Wie ein Musterschüler:





Er sitzt mit Marielle DE SARNEZ in der Garderobe nebenan.



Als ich an MACRONS Garderobe ankomme, sind alle schon da und gratulieren ihm.



Das Gedränge ist enorm. MACRON kann der Menge nur über die Feuerleiter entkommen.

Alexandre BENALLA ist wahrscheinlich irgendwo da drin, aber damals kannte ihn noch keiner.



Comédie Française – Reisen ins Wohnzimmer der Macht

Mathieu Sapin
aus dem Französischen von Silv Bannenberg,
Handlettering von Olav Korth
ISBN 978-3-95640-254-8,
168 Seiten,
Reprodukt Verlag

Wer spricht hier für wen?

Hamado Dipama, 47 Jahre, flüchtete 2002 aus Burkina Faso nach Deutschland. Mittlerweile ist er im erweiterten Vorstand des Migrationsbeirats von München tätig und dort in einem Ausschuss verantwortlich, in einem weiteren mitverantwortlich, sowie in verschiedenen Organisationen aktiv, beispielsweise als Referent für Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit im Projekt *MigrAktiv* von AGABY. Schon immer hat er sich für andere eingesetzt, für sie gesprochen, bis heute: der geborene Klassensprecher also. Marianne Walther und Matthias Weinzierl haben ihn interviewt.

Wie fing es an, dass du immer, wohin du auch gekommen bist, eine führende Rolle spielst?

Das hat bei mir schon im Gymnasium mit 15 Jahren angefangen, tatsächlich als Klassensprecher und lief so weiter als ich an die Uni in Ouagadougou kam. Zunächst ging es darum, unsere Situation als Schüler*innen, später Student*innen zu verbessern, also alles was Bildung betraf. Weltweit hatten wir die niedrigsten Bildungschancen, nur zwölf Prozent aller Kinder überhaupt bekamen die Chance, eine Schule zu besuchen. Wir arbeiteten damals eng mit der Organisation *Association Nationale des étudiants burkinabè* (ANEB) zusammen.

Wie sah diese Arbeit aus?

Wir haben für die mittellosen Student*innen gekämpft, die nicht das Geld hatten wie die Kinder der Beamten, der Minister und Direktoren, die in Villen lebten. Dagegen wohnten wir in kleinen Minizimmern von sechs Quadratmetern an der Uni. Wir wollten die

gleichen Voraussetzungen, die gleichen Rechte für alle. Mit dem Diktator Blaise Compaoré als Präsident des Landes kamen wir in diesem Kampf nicht weiter. Als die zukünftige Führung des Landes, als die wir uns gesehen haben, wollten wir sofort die schlechten Bedingungen ändern, anstatt zuzuschauen, wie alles den Bach runter geht. Deswegen haben wir uns auch in die politische Situation des Landes allgemein eingemischt. Damals gründeten sich auch namenlose Untergrundorganisationen, unterstützt von ansässigen Untergrundorganisationen wie die *Parti Communiste Revolutionnaire Voltaïque* (PCRV).

Und was passierte dann?

Viele dieser engagierten Menschen verschwanden plötzlich, wie Dabo Boukary, ein Medizinstudent, den das Militär aus der Vorlesung holte. Es war der letzte Tag, an dem man ihn gesehen und gehört hatte. Nicht einmal seine Familie weiß, was mit ihm passiert ist. Eine Entführung vor aller Augen. Die Repressionen nahmen zu. Es

genügte bereits, wenn Professor*innen in einer Gewerkschaft engagiert waren, dass die Polizei sie festnahm und ermordete. Eine unerträgliche Situation. Eines nachts verschafften sich Uniformierte Zugang zu meiner Wohnung. Zum Glück war ich nicht zu Hause. Ein Nachbar informierte mich und ich tauchte zunächst bei einem Bekannten unter. Dieser Nachbar hat mir das Leben gerettet. Wir hatten gerade eine Kampagne geplant. Tags darauf hörte ich im Radio, dass mein Mitstreiter, ein Journalistikstudent, in seinem Zimmer umgebracht worden war. Es hieß, es sei ein Einbruch gewesen. Mir war klar, dass es keinen Einbrecher gegeben hatte. Es war wie bei Norbert Zongo 1998. Man fand den Journalisten mit drei Begleitern tot in seinem ausgebrannten Wagen. Er recherchierte gerade den Tod von David Quédraogo, dem Chauffeur eines Bruders des Diktators Blaise Compaoré.

Du hattest dich versteckt und dann entschieden nach Europa zu gehen?

Nein. Zu dem Zeitpunkt habe ich erst einmal festgestellt, dass ich nicht mehr in Burkina Faso bleiben kann. Wohin? Ich hatte keine Ahnung, jedoch politische Kontakte. Und so fuhr mich jemand mit dem Auto über die Grenze ins Nachbarland Mali. Von dort aus organisierte ich nach mehr als einem Monat meinen Flug nach Europa, genauer nach Frankreich. 2002 kam ich in München an.

Wie ging es hier weiter?

Als ich hier eintraf, erwartete mich das Lagerleben im Abseits der Gesellschaft, damals draußen in Riem. Sechs lange Jahre an verschiedenen Orten. Baracken ohne Nachbar*innen. Hier konnte niemand mit Einheimischen ins Gespräch kommen.

Kam eigentlich im Lager wieder der Klassensprecher hervor?

Ja. Eindeutig.

Bitte ein Beispiel.

Auch ausführlicher?

Ja unbedingt!

In Deutschland kennt man Stromausfälle nicht wirklich. Aber ich lernte sie hier im Lager in Riem sehr oft kennen. Keine Woche ohne Stromausfall. Am häufigsten passierte das am Wochenende. Fiel freitagnachts der Strom aus, dann gab es erst wieder am Montag welchen. Die Leute haben gefroren. Das kann doch nicht sein. Nach einem erneuten Stromausfall bin ich am Montag ins Büro der Regierung von Oberbayern im Lager gegangen und habe gesagt: ‚Es muss eine Lösung

gefunden werden.‘ Sie antworteten: ‚Es gibt keine Lösung. Es ist halt so.‘ ‚Okay‘, sagte ich. Dann bin ich zurückgegangen und habe andere Geflüchtete organisiert. Das hat keine Stunde gedauert. Mit rund 20 Menschen hinter mir liefen wir zurück ins Büro. Ich habe geklopft, sie haben geöffnet. Dann sind wir alle 20 in den Raum gekommen. Sie haben Angst gekriegt. Da habe ich gesagt: ‚Sie haben gesagt, es gibt keine Lösung. Wir sind hier. Wenn wir keine Lösung bekommen, gehen wir hier nicht raus. Sie müssen uns eine Lösung anbieten. Was wir mehrmals am Wochenende erlebt haben, das wollen wir nie wieder.‘ ‚Ja, okay‘, meinten sie. Ich sollte es aber schaffen, dass alle anderen rausgehen, dann werden sie mit mir darüber reden. Meine Antwort: ‚Nein. Ich war alleine hier und ihr habt gesagt, es gibt keine Lösung. Jetzt, wenn es eine Lösung geben wird, dann wird es sie vor allen geben. Nicht nur mit mir allein.‘ Die anderen waren auch sehr sauer und wirklich unterstützend dabei. Schließlich betraf es alle. Dann haben sie mir ein Papier hingeschoben, das ich unterschreiben sollte. Dazu händigten sie mir einen Schlüssel für den Stromkasten aus. Ab da wussten alle im Lager, dass der Schlüssel bei mir ist oder bei einer anderen Familie. Es ist immer jemand da. Seitdem ließ sich jeder Stromausfall schnell beheben.

Wann und wie bist du wieder politisch aktiv geworden?

Ich vermisste den Anschluss an eine Organisation oder Initiative, in der ich mich engagieren konnte. Deswegen habe ich mich so gefreut, Anfang 2004 die *Karawane* in München kennenzulernen. Sie setzt sich für die Rechte Geflüchteter und Migrant*innen ein und ist eine offene, antirassistische, politische Gruppe. Ich war so

glücklich, so glücklich, mich sofort einbringen zu können.

Nicht allein bei der *Karawane* bist du aktiv, sondern in vielen weiteren Organisationen und Gruppen ...

... Ja. Aber bevor wir davon sprechen, möchte ich noch darüber reden, wie mich die Bilder im Fernsehen, die Tragödien auf dem Mittelmeer packten, nachts alleine im Bett und ich hatte so viele Fragen im Kopf ohne Antworten. Warum müssen wir das erleben? Und wir, die wir irgendwie glücklich waren, es geschafft zu haben bis hierherzukommen, müssen in diesen Orten zu dritt oder zu viert in einem Zimmer von etwa 11 m² leben, in schwierigen Situationen. Was können wir tun? Zumindest uns über das Thema miteinander auseinandersetzen. Da fiel mir ein: Es gab schon eine Bewegung in der Diaspora und in Afrika, die für ein ganz anderes Afrika gekämpft hatte, die die Unabhängigkeitsbewegung vorantrieb – der Panafricanismus, diese Sehnsucht der Menschen Afrikas nach Freiheit und Würde nach all der Entmündigung. Deswegen habe ich 2006 den *Arbeitskreis Panafricanismus München e.V.* initiiert. Das war nicht einfach. In Deutschland war das Thema total unbekannt.

Wofür steht euer *Arbeitskreis Panafricanismus München e.V.*?

Der *Arbeitskreis Panafricanismus München e.V.* soll die Völkerverständigung fördern und ist ein Forum für intellektuelle, kulturelle und soziale Interaktionen für Afrikaner*innen, Menschen afrikanischer Herkunft, sowie Schwarze Menschen allgemein. Der Verein setzt sich für den Abbau von Rassismus und Diskriminierung in jeglicher Form und für Gleichberechtigung ein.

*Hamado Dipama, 47 Jahre alt kam 2002
nach München und setzt sich seit vielen
Jahren für andere Menschen ein.*



Die Idee war, unter anderem einen Kongress mit klarem Konzept abzuhalten, nämlich, dass wir unsere eigene Geschichte neu schreiben. Unsere eigene Situation selbst erzählen. Man hat genug für uns geredet, man hat immer für uns geschrieben, gemacht. Ab jetzt machen wir alles selbst. Wir wollten den Spieß umdrehen. Einen Rollenwechsel. Zum Kongress sollten Referent*innen, Expert*innen aus unserer Community, aus der Schwarzen Community, weltweit kommen. Ein weißer Mensch kommt auf das Podium vielleicht nur für Grußworte. Der damalige Oberbürgermeister von München, Christian Ude, hat ab dem ersten Kongress 2007 immer die Schirmherrschaft übernommen. Inhaltlich, thematisch mussten jedoch wir alles liefern. Es gab viele Anmeldungen von Universitätsprofessor*innen, Student*innen deutschlandweit. Ja, sie konnten kommen, aber nicht aufs Podium, sondern zum Hören und von uns lernen. Der Kongress war für alle offen, auch wenn das die globale panafrikanische Bewegung damals anders sah und wir deshalb Kämpfe ausfechten mussten.

Damals konnte ich glücklicherweise Uche Akpulu als Referenten gewinnen, der einer der Mitgründer und aktiver Aktivist des Vereins blieb. Übrigens, er und ich waren die ersten Geflüchteten, die als Sprecher in den *Bayerischen Flüchtlingsrat* 2007 gewählt wurden ...

... Jetzt erzähl' doch bitte erst mal die Erfolgsgeschichte eures Kongresses zu Ende.

Als Austragungsort wählte ich das Goethe-Institut. Damals haben meine Freunde von der *Karawane* gesagt: 'Hamado, sei bitte vernünftig mit dem, was du machst. Burkina Faso, Thomas Sankara,

Panafrikanismus sind hier fast unbekannt. Und du nimmst einen Raum für 300 Leute. Stell' dir vor, du stehst im Goethe-Institut, in der Zentrale dort und es kommen weniger als 50. Das ist nicht schön. Warum nimmst du nicht einen Raum im *EineWeltHaus*? 'Danke für den Rat', sagte ich, 'das ist wirklich sehr nett, aber ich vertraue auf meine Mobilisierungskraft.' Ich mach das dort, wie ich es entschieden habe. Es kamen fast 600 Teilnehmer*innen. Das Goethe-Institut war voll, die Atmosphäre top, kämpferisch. Und seitdem ist der Panafrikanismus Kongress so geblieben. 2017 fand der fünfte und bislang letzte Kongress im Gasteig in München statt.

Dann folgte deine Wahl in den Ausländerbeirat, seit 2016 heißt er Migrationsbeirat.

Das war 2010. Zwei starke Frauen vom *Bayerischen Flüchtlingsrat* sprachen mich und Uche an, dass wir uns zur Wahl stellen. Haben wir gemacht und sind sofort gewählt worden. Inzwischen bin ich seit elf Jahren dabei. Als Einziger bin ich mit einer Duldung in dieses Gremium gekommen. Anfangs gab es im Ausländerbeirat eine gewisse Klientel, die mehr zu sagen hatte. Das entsprach nicht dem, was auf dem Papier stand: nämlich alle Münchner*innen mit ausländischen Pässen zu vertreten. Ich glaube sagen zu können, dass wir beide dazu beigetragen haben, diese damals vorhandene Struktur positiv zu verändern.

Für wen sprichst du dort?

Gleich als ich gewählt wurde kam ich in wichtige Ausschüsse, etwa den politischen Ausschuss 4, Ausschuss für Ausländer, Ausländerrecht, gegen Rassismus und Diskriminierung und für Humane Flüchtlingspolitik. Dann der

Ausschuss 5 für die Zuschussvergabe. Wir hatten damals einen jährlichen Etat von 120.000 € für Migrant*innenprojekte. Macht ist leider, wo Kohle ist. Heute ist das Budget für alle da, auch für die afrikanische Community. Seit damals, beispielsweise, erhielt der Panafrikanische Kongress Förderung. Da hineinzukommen war nicht einfach. Und im Jahr darauf wurde ich in die *AGABY* gewählt.

Was ist das nun wieder für eine Organisation?

Das ist der Dachverband der Integrationsbeiräte im Freistaat Bayern. Unser Name *AGABY* steht für *Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns*.

Dort bin ich auch auf die Bundesebene von *AGABY* gewählt worden, bis heute. Schließlich müssen die Belange der Migrant*innen die Bundesebene erreichen, um gehört zu werden.

Hast du das Gefühl, dass die Interessen, die du vertrittst, tatsächlich gehört werden?

Ja, denke schon. Denn ich engagiere mich, weil ich überzeugt von dem bin, wen und was ich vertrete. Das verschafft mir Gehör. Und noch ein Punkt ist wichtig, der mit Rassismus und Diskriminierung zusammenhängt, die unsere Gesellschaft prägen. Als Schwarzer Mensch und so wie ich bin, werde ich oft unterschätzt. Das liebe ich sehr. Am Ende ist das mein Vorteil.

Gibt es auch dafür Beispiele?

Ja. In Augsburg wollte ein Vermieter eine Ein-Zimmer-Wohnung nur an 'Deutsche' abgeben. Meine Anrufe bei ihm blieben erfolglos. Deshalb klagte ich in einem

Zivilverfahren wegen des Verstoßes gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Das Amtsgericht Augsburg gab mir Recht. Der Vermieter musste 1000 Euro Entschädigung zahlen. Zudem verurteilte das Gericht ihn wegen einer möglichen Wiederholungsgefahr dazu, solche Herangehensweisen künftig zu unterlassen. Auch initiierte ich Tests an Münchner Clubtüren, und wir stellten fest, dass es für Schwarze Menschen und People of Color schwerer ist, hineingelassen zu werden. Auch da zog ich vor Gericht. Zweimal siegte ich, einmal verlor ich und dreimal gab es einen Vergleich.

Anliegen und Interessen anderer zu vertreten ist mir wichtig! Posten allein interessieren mich nicht, etwa auch der, den ich im Rundfunk habe. Es geht immer um Inhalte. Da sehe ich auch, okay, wenn ich da reinkomme, kann ich noch was dazu beitragen, was die globale Gerechtigkeit anbelangt. Da ich hundert Prozent geben will und mich nicht verzetteln will, muss ich jedoch auch Posten abgeben.

Hast du das inzwischen geschafft?

Zumindest habe ich es geschafft, den *Arbeitskreis Panafrikanismus* abzugeben.

Und wie gut vertrittst du eigentlich dich selbst?

Offensichtlich brauche ich das nicht. So hatte ich meinen damaligen Status der ‚Duldung‘ oft nicht im Hinterkopf. Erst, wenn ich vor der Polizei stand oder zur Ausländerbehörde gehen musste, fiel mir mein unsicherer Bleibestatus wieder ein. Aber auch da zeigte ich mich nicht als Opfer, sondern hatte häufiger Auseinandersetzungen, beispielsweise mit Beamten oder der Sachbearbeiter*in. Jahrelang

ignorierte ich wohl unbewusst meinen Duldungsstatus. Hatte ihn verdrängt. Nicht einmal dem *Bayerischen Flüchtlingsrat*, bei dem ich arbeite, war mein unsicherer Status „ausreisepflichtig“ bewusst. Neun Jahre lang lebte ich so in Deutschland, obwohl ich schon bald nach der Einreise hart arbeitete, Geld verdiente, Steuern zahlte und voll in die Gesellschaft integriert war. Eines Tages stand ich mit Tobias Klaus und einer dritten Person vom *Bayerischen Flüchtlingsrat* am Flughafen. Wir haben damals die Abschiebung von Geflüchteten verhindert und mussten uns bei dort anwesenden Polizist*innen ausweisen. Danach sagte Tobias: ‚Du bist verrückt. Du hilfst anderen Leuten, die Aufenthaltserlaubnis zu bekommen und von deinem eigenen Fall redest du nicht. Verrückt.‘ Dann setzte er sich bei der Härtefallkommission dafür ein, dass ich meine Aufenthaltserlaubnis erhielt – das war Ende 2010. Heute habe ich die Möglichkeit, für andere Geflüchtete Anträge bei der Härtefallkommission einzureichen und sie bekommen ihr Bleiberecht!<





ism is
dick
energy

NCE!

FCK
ICE

Black Lives Still Matter!

Der gewaltsame Tod des Schwarzen US-Amerikaners George Floyd im Mai 2020 hat weltweit Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt ausgelöst. Zu den prominentesten Stimmen gehört dabei die internationale Bewegung *Black Lives Matter*. Von *Black Community Foundation Augsburg*

Millionen Menschen erfahren jeden Tag Diskriminierung wegen äußerlicher Merkmale oder ihrer ethnischen Herkunft. Ein Fall hat die ganze Welt besonders erschüttert. George Floyds Tod am 25. Mai 2020. Ein Polizist kniete 9:29 Minuten auf dem Nacken von Floyd bis er später an den Folgen stirbt. Floyd hatte kurz zuvor mit einem 20-Dollar-Schein in einem Laden bezahlt, den die Angestellten für Falschgeld hielten. Daraufhin riefen sie die Polizei, die Floyd kontrollierten. Am Ende starb er. Dieser Vorfall ist nur ein Beispielfall von systemischem Rassismus – und doch war er zutiefst verstörend. So verstörend, dass sich auf der ganzen Welt Menschen mobilisierten, um für mehr Gerechtigkeit und antirassistische Strukturen zu kämpfen. Für George Floyd, für Breonna Taylor, für Oury Jalloh, für alle von Rassismus betroffenen Menschen.

Rassismus ist nichts Neues. Von modernem Rassismus kann bereits im ausgehenden Mittelalter gesprochen werden. Diskriminierungen und Verfolgung aufgrund religiöser Zugehörigkeit gingen Hand in Hand mit Diskriminierung und Verfolgung, die phänotypisch begründet wurden. Mit den Jahrzehnten erstritten sich die vom Rassismus betroffenen Menschen immer mehr und mehr Rechte. Fundamentale Bürger*innen- und Menschenrechte, die den Unterdrückenden schon lange zustanden. Auch heute noch werden Black, Indigenous and People of Color (BIPoC) faktisch systematisch diskriminiert – teilweise mit tödlichen Folgen. Deswegen demonstrierten 2020 Millionen Menschen auf der ganzen Welt. Bis zu 26 Millionen Menschen sollen sich an Protestaktionen gegen Rassismus beteiligt haben.

In Folge dieser Demonstrationen polarisierte auf Social-Media-Plattformen ein Hashtag, den es schon seit 2013 gibt und der die Forderungen Schwarzer Menschen gut zusammenfasst: #BlackLivesMatter, Schwarze Leben zählen. Dass Schwarze Leben zählen, ist ein Fakt: menschliche Würde ist unantastbar. In der gesellschaftlichen Realität ist diese Tatsache allerdings noch nicht angekommen. Mit #BlackLivesMatter sind Forderungen nach Sichtbarkeit, Schutz sowie nach der Durchsetzung antirassistischer Maßnahmen auf gesellschaftlicher und politischer Ebene verbunden.

Black lives matter, Schwarze Leben zählen

Entstanden ist der #BlackLivesMatter nachdem der 17-Jährige schwarze US-Amerikaner Trayvon Martin von einem Nachbarschaftswachmann erschossen wurde. Dieser berief sich im Nachhinein auf Notwehr. BLM orientierte sich unter anderem an der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, der auch Martin Luther King angehörte. Die Bewegung formierte sich anfangs vor allem online. Seit August 2014 stellt BLM eine der sichtbarsten und bestentwickeltesten Gruppen in den USA dar und organisierte mehr als eintausend Demonstrationen. Die Organisation war seitdem durchgehend aktiv und erlangte durch ihre Demonstrationen rund um die Ermordung von George Floyd weltweite Aufmerksamkeit.

Aus der *Black-Lives-Matter*-Bewegung haben sich zahlreiche Organisationen und Vereine gebildet, die sich heute gegen Rassismus jeglicher Art einsetzen.

Auch in Deutschland formierte sich unter anderem auch die *Black Community Foundation*. Die *Black Community Foundation* ist ein Zusammenschluss von BIPOC und Weißen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Antirassismus in der Gesellschaft zu fördern. Die Organisation ist deutschlandweit in verschiedenen Großstädten vertreten und organisiert Demonstrationen.

In Augsburg sind wir, wie die anderen Ortsgruppen auch, durch die Causa Floyd entstanden. Innerhalb weniger Tage haben verschiedene Aktivist*innen - BIPOC und nicht-BIPOC - eine Demonstration auf die Beine gestellt, zu der 3.000 Menschen gekommen sind. Neben Demonstrationen arbeiteten und arbeiten wir mit der Stadt und anderen Organisationen zusammen, um gegen Rassismus vorzugehen. Wir planen Podiumsdiskussionen, Themenabende zu Rassismus und was man dagegen tun kann. Wir arbeiten teilweise mit der Stadtverwaltung zusammen, um eine diverse Stadtatmosphäre zu schaffen.

Aktuell scheint es ruhiger geworden zu sein um die *Black Community Foundation* und die BLM-Bewegung. Aber der Schein trügt. Auch wenn nicht mehr 3.000 Menschen zu unseren Demos in Augsburg kommen, sind wir nicht verstummt. Corona bedeutet für unsere aktivistische Arbeit natürlich einen Einschnitt. Aktivismus lebt vom persönlichen Kontakt und vom Austausch. Trotzdem haben wir uns nicht unterkriegen lassen und arbeiten digital weiter. Über Videokonferenzen bieten wir Workshops an, tauschen uns mit anderen Vereinen aus und koordinieren die interne Arbeit - Das alles soll so bald als möglich in Präsenz weitergeführt werden. Dabei bleiben wir unserem Ziel treu: Antirassismus betreiben. Im Mai dieses Jahres konnten wir wieder eine Demonstration veranstalten.

Weltweite Proteste zeigen Wirkung

Und die weltweiten Proteste zeigten Wirkung. Immer wieder konnten sich Polizeibeamt*innen, die BIPOC schwer verletzt oder getötet haben, einer effektiven Strafverfolgung entziehen. Nicht so in der Causa Floyd: Der Mörder von George Floyd, der Polizeibeamte Derek Chauvin, wurde am 20 April 2021 wegen Mord zweiten Grades, Mord dritten Grades und Totschlag zweiten Grades verurteilt. Allein für den ersten Anklagepunkt drohten ihm bis zu 40 Jahre Haft.

Ende Juli hat das Gericht das Strafmaß verkündet. Die Verteidigung forderte eine Bewährungsstrafe, die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von 30 Jahren. Schlussendlich wurde Chauvin zu einer Freiheitsstrafe von 22,5 Jahren verurteilt.

Das Urteil ist kritisch zu betrachten. Zwar war Chauvin nicht vorbestraft, jedoch hat er in seiner Funktion als Polizeibeamter bei einer Routinekontrolle einen Mann getötet, der mehrmals signalisierte, dass er nicht mehr atmen könne. Der Anlass des Polizeieinsatzes und der Tod von George Floyd stehen in einem unverhältnismäßigen Verhältnis. Der Richter stellte eine besondere Grausamkeit der Tat aus den genannten Gründen fest. Ferner ist kritisch zu betrachten, dass in den USA Schwarze und andere von Rassismus betroffene Verurteilte wegen vergleichbarer oder sogar milderer Straftaten eine härtere Freiheitsstrafe erfahren. Systemischer Rassismus ist nicht mit einem einzigen Gerichtsurteil überwunden.

Es ist zu erwarten, dass Chauvin bei guter Führung schon nach 15 Jahren das Gefängnis verlassen könnte - und das bei einem angedrohten Höchstmaß von 40 Jahren. Chauvin ist der erste weiße Polizeibeamte im



Foto: Finja Pollen

Bundesstaat Minnesota, der im Zusammenhang mit dem Tod eines Schwarzen Bürgers angeklagt und verurteilt wurde. Dies stellt sicherlich einen Teilerfolg der BLM-Bewegung dar, zeigt aber auch, dass noch vieles getan werden muss, um Stabilität und Gerechtigkeit herzustellen.

Auch andernorts erzielten die Demonstrierenden Erfolge. In New York wurde der Polizei der Etat gekürzt, mehr als 100 US-amerikanische Städte verboten den Einsatz von Würgetechniken, zahlreiche Kommunen verpflichteten Polizist*innen einzuschreiten, wenn Kolleg*innen unangemessene Gewalt anwenden. Selbstverständliche Schritte, aber doch Maßnahmen, die erst erkämpft werden mussten.



Foto: Finja Pollen

Die Demonstrationen zeigen Erfolge, die sogar wissenschaftlich messbar sind. Nach einer Studie der *University of Massachusetts* gibt es seit 2014 in den Gemeinden, in denen BLM-Proteste veranstaltet wurden, 15 bis 20 Prozent weniger Todesfälle, die von Polizist*innen verursacht wurden.

Rassismus ist nichts Neues – und schon gar nicht in Deutschland. BiPoC werden häufiger im Zug oder am Flughafen kontrolliert, beleidigt und Ziel von Polizeigewalt. Die *Black Community Foundation* entwickelte sich aus dem Bedürfnis heraus, dem entgegenzuwirken. Als Silent Protests veranstalteten wir die ersten Demonstrationen. Reden, künstlerische Beiträge, Erfahrungsberichte und Schweigeminuten, 9:29 Minuten, für George Floyd. So sahen bundesweit alle Silent Protests aus. Das Thema polarisierte – damals wie heute. Hunderttausende Menschen strömten in Deutschland auf die Straße, um für mehr Gerechtigkeit und gegen Rassismus zu demonstrieren.

Was haben wir erreicht?

Wir haben vor allem Aufmerksamkeit bekommen: Die Menschen hörten uns zu. Ganz normale Bürger*innen, Prominente und Politiker*innen auf allen Ebenen. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich im Juni 2020 öffentlich zur Causa Floyd: „Rassismus ist etwas Schreckliches“. Auch in der zivilen Bevölkerung bekam das Thema mehr Aufmerksamkeit. Mehr Leute beschäftigten sich mit Rassismus, viele engagieren sich heute noch antirassistisch. Antirassistische Anliegen finden heute viel mehr und schneller Gehör.

Die Menschen waren also nicht umsonst auf den Straßen und haben für ihre Rechte gekämpft. Auf der ganzen Welt, auch hier in Deutschland, konnten

positive Entwicklungen verzeichnet werden. Wir sind aber noch lange nicht am Ende angelangt. Wir haben gerade den ersten Schritt gemacht, um eine gerechtere Welt zu schaffen. Gerechter für unsere Kinder, für unsere Freund*innen, für Familienmitglieder. Wir, die *Black Community Foundation* und alle anderen antirassistischen Vereine, werden dafür kämpfen, dass Rassismus nicht mehr an der Tagesordnung ist. Wir demonstrieren, wir reden mit Akteur*innen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, wir bringen uns aktiv im Tagesgeschehen ein. Wir sind nicht leise, wir sind laut. Rassismus ist nichts Neues – und es liegt an uns, Rassismus zu etwas Altem zu machen.<

*Die Black Community Foundation Augsburg hat sich aus den deutschlandweiten Silent Protests 2020 gebildet. Die Gruppe widmet sich antirassistischer Arbeit, indem sie Demonstrationen und Workshops organisiert und mit verschiedenen Akteur*innen aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zusammenarbeitet.*

**Frag' nicht, was
Dein Land für
Dich tun kann,
sondern wie Dein
Autokonzern Staatshilfe
abgreift und gleichzeitig
Dividende ausschütten
kann.**



Die Automafia.



Mehr Durchblick

„Mehr Transparenz wagen!“, so lautet der Slogan von *Transparency International Deutschland* zur Bundestagswahl 2021. Dr. Michael Heisel, der Leiter der Regionalgruppe Bayern, erläutert, wie Korruption verhindert werden kann, welche Lobbyarbeit seine Organisation selbst betreibt und dass es bei Lobbyismus einen großen Graubereich zwischen einem Essen im Landtag und einer Reise nach Brasilien gibt. Ein Interview von Katharina Grote und Agnes Andrae

Wie ist *Transparency International* organisiert?

Transparency International ist als internationale Organisation zurzeit in etwa 100 Ländern der Welt tätig, also in der Hälfte aller Länder. Jedes Land hat sein nationales Chapter, also seine eigene Abteilung. Das deutsche Chapter, das größte von *Transparency International*, gliedert sich in Arbeits- und Regionalgruppen. Die Arbeitsgruppen widmen sich Themen in bestimmten Bereichen, beispielsweise Sport, Medizin oder Wirtschaft. Die Regionalgruppen betreuen Gebiete. Jedes Mitglied von *Transparency Deutschland* ist Mitglied in einer Regionalgruppe. Darüber hinaus versuchen wir als Leiter der Regionalgruppen unsere Mitglieder in die Arbeitsgruppen weiterzuleiten oder zu vermitteln, die am ehesten ihren Interessen entsprechen. Bei einem Arzt beispielsweise stellt man Kontakte zur Arbeitsgruppe Medizin her. Das Chapter in Deutschland hat derzeit etwa 1300 Mitglieder. In Berlin gibt es zehn Angestellte im Büro, aber insgesamt ist *Transparency Deutschland* fast ausschließlich ehrenamtlich organisiert.

Transparency International gibt es seit 1993. Warum hat sich die Organisation damals gegründet?

Das ist gleichzeitig eine schöne und unschöne Geschichte. Der Gründer von *Transparency International*, Peter Eigen, war Direktor bei der Weltbank und zuständig für Westafrika, mit Sitz in Nigeria. Seine damalige Frau, eine Ärztin, behandelte nahezu ehrenamtlich Menschen in Nigeria. Er erzählte ihr, was für tolle Programme die Weltbank für Nigeria entwickelt hat. Da meinte sie: „Schön, bei meinen Patienten kommt davon aber nichts an.“ Dem ging er nach und versuchte, die Politik der Weltbank so zu ändern, dass sie auch in die Innenpolitik der Länder eingreift. Insbesondere mit dem Hinweis darauf, dass durch Korruption viele mögliche Erfolge dieser guten Projekte verloren gehen. Ihm gelang es damals noch nicht, die Weltbankpolitik zu ändern. Erst im Nachhinein klappte das. Peter Eigen verließ die Weltbank und gründete 1993 *Transparency International*, um weltweit gegen Korruption vorgehen zu können.

Hat sich konkret mittlerweile etwas geändert?

Ja. Korruption findet wesentlich im Dunklen statt. Deshalb war Korruption nicht auf dem Radar. Wenig wurde darüber publiziert oder geforscht. Deswegen konnte man auch nicht sagen, wie Korruption im Vergleich der Länder untereinander gestaltet ist: Spielt sie überall dieselbe Rolle? Da gab *Transparency International* Universitäten den Auftrag, den sogenannten *Corruption Perceptions Index* zu entwickeln. Damit versuchen wir Korruption zu quantifizieren. Jetzt können wir zum Beispiel sagen: Im Südsudan spielt sie eine wesentlich größere Rolle als in Schweden. Die Folge davon war, dass sowohl die Staaten als auch die Wirtschaft auf diesen Index reagierten. Exportversicherungen sind zum Beispiel für Länder, in denen Korruption eine größere Rolle spielt, sehr viel teurer, als für Länder, in denen sie eine geringe Rolle spielt. Somit konnte zumindest – wenn auch nicht exakt – eine Quantifizierung von Korruption erreicht werden. Mittlerweile gibt es zahlreiche Untergliederungen des *Corruption Perceptions Index*, etwa für bestimmte Branchen. Im Prinzip

läuft es immer gleich: Es wird versucht, dieses schwammige Phänomen Korruption greifbar zu machen. Inzwischen gibt es eine Menge Forschung zu diesem Thema. Als besonders spannend gilt dabei die experimentelle Ethik.

Was genau steckt hinter experimenteller Ethik?

Experimentelle Ethik versucht zu zeigen, wie Menschen auf korrumpierende Angriffe in konkreten Situationen reagieren. Die Probanden dürfen nicht wissen, um was es geht. Das hilft uns herauszufinden, wie die psychologischen Voraussetzungen sind, um korrupt zu werden. Daneben gibt es natürlich auch andere Voraussetzungen. Staatliche Regulierungen können sehr dazu beitragen, Korruption zu erhöhen oder zu senken. Wir versuchen strukturelle Schwächen zu erkennen und dann auch zu bearbeiten. So liefern wir in Deutschland konkret Vorschläge zu Gesetzesentwürfen, aber dabei bleibt es nicht. Wir versuchen schon auch festzustellen, wo Schwachstellen in bestimmten Ländern bestehen. *Transparency International* verglich etwa im Auftrag der EU die Mitgliedsländer und die Schweiz darin, wie diese Länder in Bezug auf Korruptionsbekämpfung aufgestellt sind. Mit dem Ziel, dass man innerhalb der EU die besten Beispiele aus der Praxis finden und in anderen Ländern übernehmen kann.

Können Sie ein Beispiel nennen, gerade bezüglich Deutschland?

Das Lobbyregister ist so ein Beispiel. Da lag Deutschland ziemlich hinten dran. Inzwischen ändert sich hier einiges, zum Beispiel in Bayern durch die Maskenaffäre. Die CSU/CDU hat erkannt, dass etwas getan werden muss. Im Dezember vorigen Jahres

hatten wir anlässlich des Anti-Korruptionstages eine Podiumsdiskussion, an der die CSU, die FDP und die Freien Wähler teilnahmen. Damals war die CSU noch ziemlich skeptisch gegenüber einem Lobbyregister. Da haben sie sich seither doch sehr gedreht. Das jetzt von CSU und Freien Wählern entworfene Lobbyregistergesetz hat schon sehr viele Forderungen übernommen, die in anderen Staaten bereits üblich sind. Die EU selbst hat sehr gute Gesetze zur Transparenz im Lobbyismus. Lobbyismus an sich ist nichts Schlechtes. Lobby bedeutet, dass die Interessen von einzelnen Gruppen berücksichtigt und vertreten werden. Jetzt geht es darum, dass das transparent geschieht: Wer spricht mit wem, wieviel und welche Mittel setzt wer dafür ein? In den einzelnen Bundesländern fallen die Regelungen noch sehr unterschiedlich aus.

Deutschland hat das größte Chapter weltweit. Besteht hier besonders großer Bedarf?

Ich hoffe eher, dass sich Menschen in Deutschland mehr für das Thema interessieren, diesen Zwiespalt zu analysieren: Was ist ein Freundschaftsdienst und was ist derselbe Dienst auf korrupte Weise? Ein Beispiel macht das klar. In einer kleinen Gemeinde bittet der Bürgermeister seinen Freund, den einzigen Dachdeckermeister in der Gegend, ein Loch im Dach zu flicken. Der macht das ohne Rechnung und sagt: ‚Kein Problem, das mache ich dir so, das ist ‘ne Sache von einer Viertelstunde‘. Das wäre ein Freundschaftsdienst. Wenn der Dachdeckermeister aber sagt: ‚Das mache ich dir ohne Rechnung. Wenn aber das ganze Dach mal neu gedeckt werden muss, will ich den Auftrag haben.‘ Das wäre wiederum Korruption. Dazwischen gibt es ein riesiges

Graufeld, in dem niemand eindeutig sagen kann, das ist richtig oder falsch.

Aber wo fängt Korruption an, gerade in der Politik? Gibt es hier klare Definitionen?

Nein, die gibt es nicht. Die Definition von Korruption, die *Transparency* verwendet lautet: Korruption ist der Missbrauch anvertrauter Macht zum eigenen Vorteil oder Nutzen. Im Einzelfall hilft das nicht immer weiter. Da muss jeder schauen: Würde ich das Verhalten eines Lobbyvertreters noch als legitim betrachten oder geht das schon zu weit? Die experimentelle Ethik zeigt auch, dass Obergrenzen bei Geschenken nicht helfen. Es geht darum, ob Geschenke angenommen werden. Ob die jetzt fünf Euro wert sind oder 50, ist nicht entscheidend. Ein Beispiel: Wenn ein Lobbyist mit einem Abgeordneten in der Kantine im Landtag ein Gespräch führt und das Essen bezahlt, das ist vielleicht noch okay. Wenn dagegen Arbeitnehmervertreter auf Einladung von VW nach Brasilien geflogen werden, um deren Wohlfühlen zu erreichen, geht das klar zu weit. Aber wo zieht man die Grenze? Wenn ein Lobbyist und ein Abgeordneter in ein Sterne-Lokal gehen, wo das Essen das Zehnfache von dem in der Kantine des Landtags kostet, wird das noch akzeptiert oder nicht? Hier sind Regeln mit Wertangaben in Euro hilfreich, aber sie lösen das Problem der Annahme von Geschenken nicht.

Fordert *Transparency International*, dass keine Geschenke angenommen werden dürfen, in welcher Form auch immer?

Unser Ansatz ist ein anderer. Wir wollen Transparenz. Liegt die vor, führt das zu einem anderen

Verhalten. Denn jeder kann es nachvollziehen – die Medien können darüber berichten und die Wählerinnen und Wähler es bei ihrer Wahlentscheidung berücksichtigen. Es bleibt dann meist im Rahmen dessen, was erwartet wird. Die großen Abweichungen, wie Kantine des Landtags versus Brasilienreise, sind dann nicht mehr zu befürchten.

Was für Forderungen habt ihr jetzt im Zuge der Bundestagswahlen?

Wir haben einen Katalog mit 21 Forderungen. Es geht immer um Transparenz. Ein Schwerpunkt dabei ist Transparenz im Lobbyismus, ein weiterer der Hinweisgeberschutz. Weil Korruption im Dunklen abläuft, ist es wichtig, Hinweisgeber beziehungsweise Whistleblower zu haben, die aufzeigen, da läuft etwas schief. Die brauchen Unterstützung. Stellt jemand zum Beispiel in einer Firma fest, da läuft Korruption, gilt immer als erstes zu schauen, ob sich das Problem innerhalb der Firma lösen lässt. Deswegen treten wir für Ombudsmänner, beispielsweise Anwälte, ein, die jeder als neutrale Personen ansprechen kann und die Anzeigen entgegennehmen. Dadurch müssen diejenigen, die Missstände anprangern, nicht sofort selbst auftreten. Der Ombudsmann muss dem Vorgang neutral nachgehen, ohne dass der Hinweisgeber mit Nachteilen zu rechnen hat. Solche Nachteile können weitaus weiter gehen, als die Karriere zu gefährden. Sie erinnern sich sicher an die Journalistin Daphne Caruana Galizia in Malta, die deswegen umgebracht wurde. Und als jüngstes Beispiel der Journalist Peter de Vries aus den Niederlanden. Oder der Whistleblower Edward Snowden, der seit seinen Enthüllungen nicht mehr in die USA zurückreisen kann. Deswegen

muss es einen Hinweisgeberschutz geben. Auch das geht von der EU aus, die in dieser Hinsicht sehr viel besser ausgerüstet ist. Die Vorgaben der EU müssen jetzt ins nationale Recht umgesetzt werden. Deutschland hat bisher damit gezögert und will nur Hinweisgeberschutz zu Missständen ins Gesetz schreiben, die die EU betreffen. Hier setzt sich *Transparency Deutschland* dafür ein, dass der Schutz möglichst umfassend gestaltet wird also, dass etwa auch Hinweisgeber zu Missständen in Firmen oder zu sexuellen Übergriffen geschützt werden.

Wie sieht eure Lobbyarbeit in der Politik aus?

Unsere Mitglieder entwerfen beispielsweise auch Gesetzesentwürfe und tragen diese an die Politik heran. Eine fundierte Meinung von außen finden Abgeordnete gut und können ihre Entwürfe mit unseren vergleichen, um zu einem bestmöglichen Ergebnis zu kommen.

Es geht also darum, dass Politiker*innen durch euch eine kritische Meinung von außen bekommen?

Wir versuchen eine nachvollziehbare und neutrale Position einzunehmen, die vom Sachstand und nicht von Ideologien ausgeht. Unsere einzige Ideologie, in dem Sinne, ist, dass alles so transparent und offen wie möglich gemacht werden soll. Dabei wissen wir auch, dass Transparenz ihre Grenzen hat. Zum Beispiel bei Betriebsgeheimnissen. Da sind wir nicht blauäugig und sagen nicht, dass alles komplett offen sein soll.

Wie hat sich Lobbyismus in den vergangenen Jahren verändert?

Änderungen gibt es hier ständig. Ein gravierender Unterschied ist, dass Sponsoring immer wichtiger geworden ist. Umso mehr, je mehr Lobbyismus reglementiert wurde.

Was heißt Sponsoring in dem Kontext?

Zum Beispiel die Bandenwerbung bei den Fußballmeisterschaften. Hier bestehen sehr wenig Regeln. Bei der Europameisterschaft war *Qatar Airways* sehr stark vertreten. Und die nächsten Weltmeisterschaften sollen in Qatar stattfinden. Sicher kein Zufall. So etwas gibt es auf allen Ebenen. Bei Parteiveranstaltungen in München zum Beispiel treten lokale Industrien als Sponsoren auf. Eine Brauerei liefert das Bier. Das Schild der Brauerei ist dann ganz groß auf einem Thementag zu sehen, bei dem es um juristische Probleme geht. Im Lobbying selbst ist ein Beispiel die Maskenaffäre. Zunehmend beobachtet die Öffentlichkeit solche Vorgänge. Hier ist es besser, wenn das jemand von vornherein ganz offen darlegt und etwa sagt: ‚Ja, ich vertrete meine Interessen gegenüber der Politik, weil ich eine fundierte Meinung hierzu habe.‘ Ein weiteres Beispiel ist der Dieselskandal und die Autoindustrie. Lobbyismus wird gebraucht, weil Politiker*innen die Sachkenntnis aus dem täglichen Leben benötigen. Etwa wieviel Ausstoß an Stickstoffoxiden (NOx) bei der Verbrennung eines Dieselaautos idealerweise möglich sind, kann ein Chemieprofessor beantworten. Wie nah man in der Praxis an das Ideal herankommt, muss die Autoindustrie beantworten. Hier gibt es Unterschiede bei den einzelnen Herstellern. Hier müssen sinnvolle Forderungen gefunden werden, eventuell durch Vergleiche mit internationalen Erfahrungen.

Die Autoindustrie ist ein gängiges Negativbeispiel, denken wir an Lobbyismus. Wie steht es etwa mit den Interessen von Fahrradfahrer*innen? Welche Mechanismen gibt es bei euch, um mehr Diversität aus der Gesellschaft an die Politik heranzutragen?

Genau dafür soll so ein Lobbyregister dienen. Um zu zeigen, dass die Autoindustrie zum Beispiel in einem Jahr 3000 Stunden mit Abgeordneten reden konnte und andere durften das keine einzige Stunde. Ist das transparent, lässt sich sagen: ‚So geht das nicht. Ihr könnt nicht nur wirtschaftliche Interessen betrachten. Menschen sind nicht nur Wirtschaftsfaktoren, auch andere Aspekte sind wichtig.‘ Beim Beispiel der Fahrradlobby: Der Bau von Fahrradstrecken kostet nur einen Bruchteil in den Städten im Vergleich zum Bau von Autostraßen. Ein weiteres Beispiel: die Autobahnen. Die Belastung einer Straße wächst mit der dritten Potenz der gefahrenen Geschwindigkeit. Führt die Politik eine Geschwindigkeitsbegrenzung ein, kosten Autobahnen viel weniger. Damit kann man gegenrechnen: Entsteht durch schnelles Fahren so viel Gewinn, dass die höheren Kosten für den Autobahnbau gerechtfertigt sind? Wo mache ich hier den Schnitt und sage, hier müssen sinnvollerweise die Interessen der Autoindustrie reduziert und die der langsameren Verkehrsteilnehmer beachtet werden?

Gibt es Bereiche, die sehr sensibel und anfällig für Korruption sind?

Ja. Korruption tritt vor allem da auf, wo wenige Leute über viel Geld entscheiden. Zum Beispiel die Einkaufsabteilungen großer Firmen, da gilt der Siemens-Skandal als ein Beispiel. Deutschland ist nicht das Heilewettland. Hier gibt

es sehr wohl Korruption.

Was erschwert weiterhin eure Arbeit, gibt es da immerwährende Mechanismen, gegen die ihr ankämpfen müsst?

Nicht nur die Bevölkerung reagiert, sondern auch die Gegenseite. Immer wieder gibt es Versuche, neue Räume zu schaffen, in denen man allein ist und korrupt handeln kann. Das versuchen wir herauszufinden. Sponsoring ist so ein Beispiel für so einen neuen Raum, einen neuen Mechanismus, in dem probiert wird, Regelungen zu entkommen. Im Moment ist der Kampf um Geldwäsche sehr präsent. Deutschland ist ein idealer Geldwäscheplatz. Schätzungsweise werden im Jahr an die 100 Milliarden Euro allein im Immobiliensektor an Geld aus illegalen Machenschaften gewaschen. In Deutschland bemühen sich wirtschaftsnahe Parteien, die Kontrollen so gering wie möglich zu halten. Deswegen bleibt die Steuerfahndung unterbesetzt. Jeder Beamte, der zusätzlich eingestellt wird, bringt aber zwei Millionen Euro im Jahr, kostet hingegen nur zweihunderttausend Euro. Hier kann man sich schon fragen: Warum wird die Abteilung Steuerfahndung nicht verstärkt? Das führte zu Wirecard und zu Cum-Ex.

Wie finanziert ihr euch eigentlich?

Im Wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen, Förderbeiträgen und Spenden. Es gibt persönliche Mitgliedsbeiträge von Einzelpersonen, aber auch korporative Mitglieder, wie Kommunen oder Firmen. Deren Beitrag ist gedeckelt mit derzeit 6000 Euro im Jahr. Eine weitere Einnahmequelle: Bußgelder. Die haben im Vorjahr rund 20 Prozent unserer Einnahmen ausgemacht. Sprechen Richterinnen und Richter

Bußgelder aus, muss ein Empfänger bestimmt werden. Ist jemand korrupt gewesen und wird verurteilt, finden es Richter oft passend, wenn wir das Bußgeld bekommen.

Wie können Menschen sich bei euch engagieren?

Willkommen sind alle mit ihrer jeweiligen Expertise. Interessierte können sich an die Regionalgruppen wenden und – wie bereits gesagt – dann schauen wir gemeinsam, in welchem Bereich und Umfang jemand etwas mitgestalten kann.

Zuletzt: Wie kamen Sie zu *Transparency International*?

Von Beruf bin ich Ingenieur, Verfahrenstechniker und die meiste Zeit im Umweltschutz tätig. Erst in einer sehr großen deutschen Firma, dann habe ich im Jahr 2000 meine eigene kleine Firma gegründet. Ein paar Jahre später kam ich zu *Transparency International*. Aus gutem Grund: Damals in der großen Firma meinte ich, bei uns komme Korruption nicht vor. Passiv ja, insofern als sie weltweit operierte. Da kommt man mit Ländern in Kontakt, in denen Korruption – sagen wir mal – endemisch ist. Unsere Firma hält sich raus, so gut es geht. Dachte ich. Bis ich das Gegenteil erfuhr und noch dazu bei einem Projekt von mir. Damals machte mich das fassungslos und hilflos und ich fragte mich: Wie kann ich verhindern, dass ich in Zukunft wieder so blauäugig und hilflos in so eine Situation gerate. Deshalb stieg ich bei *Transparency Deutschland* ein, um mitzumachen.<

„DEN
FRIEDENSNOBELPREIS
GEBEN WIR ZURÜCK.“

Ursula von der Leyen, nachdem sie eingesehen hat,
dass die Abschottungspolitik der EU Menschen tötet.

DIES
IRAE

#seebrücke



Lobbyburg Europa

Von der Entstehung eines grenzindustriellen Komplexes

Die EU-Grenzschutzagentur *Frontex* wird mit Budget, Personal und Befugnissen von immer massiverem Umfang ausgestattet. Die entsprechende Industrie erhält so einen privilegierten Zugang zu diesem Bereich. Zementiert wird damit eine Vorstellung von Grenzkontrolle, die vor allem mit Schusswaffen und biometrischer Überwachung operiert, was sich erheblich auf die Einhaltung von Menschenrechten auswirkt. Das Fazit einer Datenanalyse von Myriam Douo, Luisa Izuzquiza und Margarida Silva.

Übersetzung von Elena Stingl

Im Mai 2018 äußerte sich eine Sprecherin der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (*Frontex*) gegenüber dem Medienunternehmen *EUobserver* über die glänzende Zukunft der Agentur: „Eine Menge Dinge werden passieren, und es ist gerade mal 2018“.

Aus der Begeisterung spricht das rasante Wachstum von *Frontex* in den letzten Jahren, dessen Budget, Personal und Befugnisse insbesondere seit 2015 – dem Höhepunkt der sogenannten EU-Flüchtlingskrise – massiv aufgestockt und ausgebaut wurden.

Traum für die Sicherheitsbranche, Albtraum für Demokratien

Zuletzt wurde *Frontex* im Jahr 2020 ein Budget von 5,6 Milliarden Euro bewilligt, das größte aller EU-Agenturen. Ein Teil davon soll der Agentur ermöglichen, endlich direkt Ausrüstung zu kaufen (zuvor war *Frontex* auf die Ausrüstung der Mitgliedsstaaten

angewiesen). Dazu kommt eine Armee von bis zu 10.000 Grenzschutzbeamten*innen, die Erweiterung der Befugnisse sowie die Erfüllung eines lang gehegten Wunsches: eine eigene Ausrüstung (Schiffe, Kraftfahrzeuge, Flugzeuge, Drohnen, Radargeräte usw.) erwerben und leasen zu können, um nicht mehr von Beiträgen der EU-Mitgliedstaaten abhängig zu sein.

Nicht nur für *Frontex* wird ein Traum wahr, sondern auch für die Sicherheitsbranche. Sie wittert ihre Chance auf einen neuen Großkunden. Seit 2010 wirbt diese Branche für eine Grenztruppe auf EU-Ebene, und zwar mit genau jenen Befugnissen, die sie nun erhält.

Ein entscheidender Aspekt wurde beim Ausbau von *Frontex* jedoch immer wieder übersehen: Welche Aufsichts- und Rechenschaftsmechanismen stellen die schnell wachsende Agentur unter eine angemessene demokratische Kontrolle? Dieses Manko macht sich inzwischen bemerkbar.

Im Laufe des vergangenen Jahres sind Skandale bekannt geworden, die *Frontex* in den Mittelpunkt von Menschenrechtsverletzungen und illegalen Pushbacks gerückt haben, was zu Empörung und sogar zu Forderungen führte, die Grenzschutzagentur abzuschaffen. Ferner soll sie dem Europäischen Parlament Auskunft vorenthalten haben und wird derzeit von der EU-Betrugsbekämpfungsbehörde *OLAF* wegen Missmanagement und Belästigungsfällen untersucht.

Auf Kuschelkurs mit Rüstungsplayern

Weniger Aufmerksamkeit erhielt der Skandal um die kuscheligen Beziehungen von *Frontex* mit der Waffen- und Überwachungsindustrie, die sich in den letzten Jahren hinter verschlossenen Türen abspielten. Schlüssel zur Ausweitung und Umsetzung eines immer umfangreicheren Mandats ist der technologie-versessene Ansatz der Agentur bei der Grenzkontrolle, den sie durch die Anwendung modernster Ausrüstung verfolgt.

Sicherheitskonzernen ist das wohl bewusst. Lobbyunterlagen aus drei Jahren zeigen, dass sie ständig neue Produkte und Dienstleistungen für *Frontex* entwickeln und anbieten, die von der Agentur genutzt werden können, um ihre Kontrolle über die EU-Grenzen zu verschärfen.

Corporate Europe Observatory hat inzwischen den ersten umfassenden Überblick über die entsprechende Lobbyarbeit der Industrie veröffentlicht, sowie eine Analyse der Beziehungen von *Frontex* zu Akteur*innen in den Unternehmen. Mehr als 130 Dokumente erhielt die NGO durch öffentliche Anfragen, die einen Einblick in 17 Treffen mit der Industrie zwischen 2017 und 2019 geben.

In diesem Zeitraum traf sich die EU-Grenzschutzagentur mit 108 Unternehmen, um Themen wie Waffen und Munition, Biometrie, Überwachung auf See und aus der Luft, Herzschlagdetektoren und Dokumentenkontrollsysteme zu besprechen. Auffallend ist, dass bei fast allen Gesprächen ausgelassen wurde, wie sich diese Technologien und Produkte auf Menschenrechte auswirken können, etwa das Grundrecht auf Privatsphäre, auf Unschuldsumutung und Freiheit.

Unsere Analysen ergeben, dass hier ein grenzübergreifender industrieller Komplex entsteht; eine mächtige und hochausgestattete EU-Grenzschutzagentur, deren enge Beziehung zur Waffen- und Überwachungsindustrie auf einem gemeinsamen Wunsch beruht: stärkere und besser

ausgestattete physische Grenzen mit aggressiver Überwachung, die allen auferlegt wird, die eine europäischen Außengrenze überschreiten möchten, einschließlich EU-Bürger*innen.

In diesem Win-Win-Szenario für Europas Grenzschutz und Industrie gleichermaßen, sowie in Ermangelung ausreichender demokratischer Aufsicht, werden die Rechte der Menschen – insbesondere die Grundrechte von Menschen, die migrieren – nicht nur missachtet, sondern dauerhaft gefährdet.

Das Who is Who der Verteidigungs- und Grenzkontrollindustrie

Von 2017 bis 2019 traf sich *Frontex* mit 138 privaten Organisationen: Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Think Tanks, Universitäten und einer NGO. Den Vorzug erhielten die europäischen Rüstungsunternehmen Airbus und Leonardo, sowie die Cybersicherheitsfirma Gemalto, inzwischen von der Verteidigungsgruppe Thales übernommen, die ebenfalls an Treffen mit Frontex teilnahm; ferner der IT-Service Atos, der Chipkarten-Konzern IDEMIA, der Hersteller biometrischer Geräte und Systeme Jenetric, das Unternehmen für IT-Hochsicherheit secunet und das multinationale Technologieunternehmen Vision-Box.

Die meisten Unternehmen sind europäisch, manche haben ihren Sitz in Japan (NEC), Kanada (Face4Systems) oder Israel (Elbit Systems, Shilat Optronics, Seraphim Optronics).

Die vorliegenden Dokumente zeigen, dass bei Treffen mit diesen Unternehmen mehrere Themen immer wiederkehren: Überwachungsinstrumente wie Sensoren, Drohnen, Kameras; aber auch die Nutzung biometrischer Daten sowie die Beschaffung von Handfeuerwaffen für *Frontex*-Beamte*innen. Seltener erwähnt wurden andere umstrittene Methoden wie der Zugriff auf soziale Medien, um Migrationsströme vorherzusehen, oder der Einsatz von Roboterschwärmen zur Grenzkontrolle.

Ein Motiv jedoch teilten alle Positionen der Industrie: Technologie gilt als Lösung für wirklich jedes Problem.

Wenig überraschend gibt es erhebliche Überschneidungen zwischen den Unternehmen, die Lobbyarbeit für *Frontex* machen, und den Unternehmen, die von der EU dabei profitieren, Europas Mauern zu bauen – die physischen wie die virtuellen.

Diese sowie zahlreiche weitere Dokumente können auf der Website corporateeurope.org eingesehen und heruntergeladen werden.



Wer bei den Treffen notorisch fehlte, waren Menschenrechtsorganisationen. Ein beratendes Forum für Menschenrechte, extra eingerichtet, um die Grenzschutzagentur zu beraten, wurde bezüglich der Themen, die *Frontex* mit der Industrie bespricht, nicht konsultiert. Dieses Gremium, das sich aus internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammensetzt, kann *Frontex* hinzuziehen – zu welchen Bereichen jedoch, ist der Grenzschutzagentur selbst überlassen.

Die *Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants*, ein ehemaliges Mitglied des Forums, kann sich nicht daran erinnern, je „irgendein Gespräch zwischen dem Beratungsforum und *Frontex* oder Zugang zu irgendwelchen Informationen in Bezug auf die Beschaffung von Technologien oder Beziehungen zu Sicherheitsfirmen“ gehabt zu haben. Die öffentlich einsehbaren Arbeitsprogramme des Forums von 2017 bis 2019 scheinen das zu bestätigen.

Transparenz à la *Frontex*

Die Beziehung zwischen *Frontex* und Lobbyist*innen hat die Aufmerksamkeit von Mitgliedern des Europäischen Parlaments erregt. Während des Verfahrens zur Genehmigung des Haushalts der Agentur für 2016 fragten Abgeordnete, wie *Frontex* mit Lobbytreffen umgehe. Die Antwort lautete, dass man „sich nur mit registrierten Lobbyisten trifft, die im EU-Transparenzregister eingetragen sind und jährlich eine Übersicht über die Treffen auf ihrer Website veröffentlichen; 2017 fanden keine Treffen statt“.

Diese Antwort passt allerdings nicht mit den Informationen aus den *Frontex*-Akten zusammen. Allein im Jahr 2017 hielt die Agentur mindestens vier Treffen mit Vertreter*innen der Industrie ab, bei denen sie über biometrische Bewegungsdaten, maritime Analysetools, automatische Untersuchungssysteme und Reiserisikobewertungen diskutierten. Von den 24 privaten Einrichtungen, die an diesen Treffen teilnahmen – die meisten Unternehmen – waren mehr als die Hälfte nicht im EU-Transparenzregister registriert.

Besagte und weitere Vertreter*innen wurden auch zum jährlichen *European Border and Coast Guard Day* eingeladen, einer Veranstaltung, die *Frontex* ausrichtet, um sich selbst zu feiern, aber auch, um „die Welten des öffentlichen Dienstes und der privaten Industrie zusammenzubringen“. Eine Teilnehmerliste wurde uns nicht zur Verfügung gestellt.

Die Diskrepanzen enden hier nicht. In den Jahren 2018 und 2019 tauchen 91 von 125 aller Lobbyist*innen, die *Frontex* traf, nicht im EU-Transparenzregister auf. Sie besaßen keine Registrierung. Auch die Jahresübersicht der Treffen und selbst die Webseite mit entsprechenden Einladungen scheint unvollständig zu sein. Wir stießen auf Treffen, die weder auf der Webseite veröffentlicht, noch auf Anfrage freigegeben wurden, etwa mit dem Rüstungsunternehmen Leonardo.

Lobbyarbeit: Eine Frage der Definition

Als wir bei *Frontex* nach der Diskrepanz zwischen den Mitteilungen ans Europäische Parlament und der Vorgehensweise im Umgang mit Lobbyarbeit gefragt haben, erhielten wir von der Pressestelle folgende Antwort:

„Frontex trifft sich nicht mit Lobbyisten. In Anbetracht unseres Mandats (Beitrag zur Umsetzung des integrierten Grenzmanagements an den Außengrenzen der EU) und der Tatsache, dass die Agentur keine Rolle im Entscheidungs- bzw. Gesetzgebungsprozess der EU spielt, zieht Frontex kein Interesse von Lobbyisten auf sich.“

Eine überraschende Antwort, bedenkt man die Zahl der Interaktionen zwischen *Frontex* und Vertreter*innen von Wirtschaftsinteressen. Tatsächlich werden laut EU-Transparenzregister (die Grundlage für Lobby-Verordnungen von EU-Institutionen) nicht nur alle Aktivitäten als ‚lobbying‘ definiert, die darauf abzielen, politische Entscheidungsprozesse „direkt oder indirekt zu beeinflussen“, sondern auch Aktivitäten zur Gestaltung ihrer Umsetzung.

Frontex erhält den Auftrag, die europäische Grenz- und Migrationspolitik umzusetzen, und hat Spielraum bei der Entscheidung, wie das gelingt. Jüngste Reformen haben der Grenzschutzagentur mehr Befugnisse in den Bereichen Einkauf, Forschung und Innovation übertragen. Es ist davon auszugehen, dass das Interesse von Unternehmenslobbys dem Budget und Verantwortungsbereich der Agentur entsprechend wächst.

Wir haben *Frontex* besagte Definition des EU-Transparenzregisters mitgeteilt und sie gebeten, zu klären, warum das nicht auf die Zusammenkünfte mit der Industrie zutreffe. Die Antwort ist alles andere als eindeutig. Erneut wurden Treffen bestritten, allerdings, indem die Agentur folgende Angaben hinzufügte:

Der Bericht auf Englisch und in voller Länge: <https://corporateeu-rop.eu/en/lobbying-fortress-europe>. Die vorliegende Version wurde mit freundlicher Genehmigung der Verfasserinnen gekürzt und teils umgestellt.

„Frontex lädt Unternehmensvertreter ein, an den *Industry Days* der Agentur teilzunehmen, die Grenzkontrollbeamten die Möglichkeit bieten sollen, sich über neue Technologien und Innovationen im Zusammenhang mit der Grenzkontrolle zu informieren. Frontex trifft sich auch während offener *Informative Meetings* (in Bezug auf das offene Vergabeverfahren) mit Beamten, sowie in der Phase der Vertragsumsetzung (u.a. *kick off meetings*).“

Weiter heißt es in der Antwort: „Während Treffen zur Vereinbarung der ‚Vertragsumsetzung‘ nicht als Lobbyarbeit angesehen werden sollten, da diese Unternehmen eine Dienstleistung erbringen, gibt es noch keinen Grund, warum die *Industry Days* der Agentur dies nicht würden. Von den 17 Treffen, die uns bekannt sind, bezogen sich nur drei auf EU-finanzierte Projekte oder Dienstleistungsverträge.“

Demokratische Kontrollmechanismen in der Warteschleife

Unabhängig davon, wie *Frontex* Interaktionen mit der Industrie selbst definiert, hat das Europäische Parlament nicht lockergelassen. Im Zuge von Verhandlungen über die Erweiterung von *Frontex*, forderte das Europäische Parlament die Agentur auf, ein System der Lobbytransparenz „mittels eines Transparenzregisters und der Offenlegung aller ihrer Treffen mit Drittparteien“ einzuführen. *Frontex* teilte *Statewatch* mit, dass ein solches Register „in Vorbereitung“ sei und man beabsichtige, „das Programm und ein voll umfängliches Verfahren bis spätestens Anfang 2021 zu entwickeln“. Bis jetzt (Februar 2021) ist dieses Verfahren immer noch nicht verfügbar.

Es scheint allerdings, dass noch einiges an Arbeit nötig sein wird, um für ein stabiles Register zu sorgen – angefangen damit, sich auf eine klare Definition zu einigen, was Lobbyarbeit ist, und zwar in Übereinstimmung mit der EU-Praxis.

Aus den uns vorliegenden Dokumenten geht hervor, dass die Agentur regelmäßig in Kontakt mit der Verteidigungs- und Überwachungsindustrie steht; eine Industrie, auf die *Frontex* für heutige Lösungen zur Umsetzung von EU-Grenz- und Migrationspolitik, aber auch zur Vorbereitung auf die Zukunft, angewiesen ist.

Das ist kein neutrales Phänomen. Ziel der Unternehmen ist es, „Grenzkontrollexperten“ zu werden – auf Kosten von Migrant*innen und Geflohenen, die sie oft als Bedrohung darstellen; eine Bedrohung, der nur durch die Investition öffentlicher

Gelder in die Überwachungs- und Verteidigungsprodukte dieser Konzerne vorgebeugt werden könne.

Das Werbematerial der Industrie hat ein Thema gemeinsam: Migrant*innen werden nicht als Subjekte betrachtet, die Grenzen überschreiten, sondern als Objekte, die verwaltet werden müssen; Migration wird als Bedrohung inszeniert, oft in Verbindung mit Terrorismus und Kriminalität. Diese Angstmacherei kann zu einer erhöhten Nachfrage nach Biotechnologien, Überwachungsinstrumenten und Schusswaffen führen. Die Waffenindustrie weiß das und nutzt es zu ihrem Vorteil.

Angesichts der wachsenden Macht von *Frontex* und dessen umfangreicheren Budget, ist davon auszugehen, dass sich auch die Beziehung zur Industrie intensivieren. Dasselbe sollte für die Kontrolle gelten. Der Druck des Europäischen Parlaments auf die Agentur, ein Register für Lobbytreffen zu erstellen, ist eine gute Entwicklung. Dass *Frontex* jedoch bestreitet, Lobbyarbeit überhaupt zu betreiben, zeigt bereits, wie wichtig die Details der Gestaltung und Umsetzung dieses Registers sein werden.

Beunruhigende Schlüsse

Die Schlüsse, die wir aus unserer Analyse ziehen, sind extrem besorgniserregend. Sie machen eine Migrationspolitik deutlich, die sich auf bewaffnete Polizeikräfte an den Grenzen und auf biometrische Überwachung von Menschen verlässt, ob EU-Bürger*in oder nicht.

Der Umgang der EU mit Reisenden, Migrant*innen und Geflohenen sollte vor allem durch den Schutz von Menschenrechten geprägt sein. Diese Aufgabe ist zu wichtig, um sie den profitorientierten Interessen von Rüstungsunternehmen zu überlassen.

Es ist dringend notwendig, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Migrationspolitik überarbeiten, einschließlich der Rolle von *Frontex*. Das mindeste wäre es, das unbändige Vorgehen von *Frontex* nicht länger zu tolerieren, und dafür müssen ernsthafte Rechenschafts- und Kontrollmechanismen eingeführt werden.<

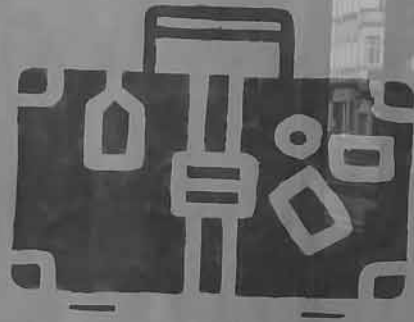
Myriam Douo ist Journalistin, Aktivistin und Mitglied der Equinox Initiative for Racial Justice.

Luisa Izuzquiza ist Aktivistin und Forscherin, u.a. für FragDenStaat und Corporate Europe Observatory.

Margarida Silva ist Aktivistin und Mitglied im Team von Corporate Europe Observatory.

Elena Stingl promoviert in Berlin mit einer Arbeit über die Geschichte der europäischen Arbeiter*innenbewegung.

**MANCHE LEUTE
REISEN ZUM SPAß**



**ANDERE,
UM ZU ÜBERLEBEN**

Flucht ist kein Verbrechen!

#seebruecke

Mit Sicherheit keine gute Idee

Dass es kommen wird, ist hochwahrscheinlich, wann und wie, ist aber noch unklar: das Sicherheitsdienstleistungsgesetz. Mit dem Gesetz würde die Privatisierung der Sicherheit gesetzlich verankert und weiter ausgebaut. Von Kontrolleur*innen in der S-Bahn, über Ordnungshelfer*innen an Badeseen, bis hin zum Security-Personal in Geflüchteten-Unterkünften – sie alle bekämen mehr Befugnisse. Anne-Marlen Engler und Walter Schlecht berichten darüber, wie schwierig es ist, an Informationen zum Gesetzgebungsverfahren zu kommen, was jetzt schon Praxis in Geflüchteten-Unterkünften ist und wie sie mit einer breiten Vernetzung versuchen, der Lobby der Sicherheitsfirmen etwas entgegenzusetzen.

Ein Interview von Katharina Grote und Agnes Andrae

Wie kam es dazu, dass ihr euch mit dem Sicherheitsdienstleistungsgesetz auseinandergesetzt habt und wie ist die bundesweite Vernetzung dazu entstanden?

Anne-Marlen Engler: Die privaten Sicherheitsfirmen spielen im Alltag der Geflüchteten-Unterkünfte jetzt schon eine große Rolle und haben eine starke Machtposition. Sie können viel über den Alltag der Bewohner*innen entscheiden. Und insofern ist die Frage ‚was dürfen die eigentlich und was nicht?‘ Rechtlich eine total relevante Frage – für mich in der Forschung, für NGOs, für Flüchtlingsräte, Anwält*innen und für Aktivist*innen. So sind wir bei dem Thema zusammengekommen und haben uns bundesweit vernetzt. Das Sicherheitsdienstleistungsgesetz ist insofern für uns relevant, weil es hier darum geht, ob potenziell die

Befugnisse der Sicherheitsfirmen in den Unterkünften ausgeweitet beziehungsweise das, was sie jetzt sowieso schon in der Praxis machen, verrechtlicht werden soll.

Wie seid ihr überhaupt darauf gekommen, dass es Planungen zu einem solchen Gesetz gibt?

Walter Schlecht: Seit 2018 existiert in Freiburg eine Landesaufnahmeeinrichtung, in der auch eine Hausordnung existiert. In dieser Hausordnung spielen die privaten Sicherheitsdienste bei der Durchsetzung von Grundrechtseinschränkungen eine zentrale Rolle. Sie sind auch mitverantwortlich für die Bedingungen, die in diesem Lager für die Menschen herrschen. Wir in Freiburg haben geforscht und gefragt: Wo ist eigentlich geregelt, was die Sicherheitsdienste dürfen? Wir mussten feststellen,

dass in der Forschung dazu wenig existiert. Dann sind wir auf die Gewerbeordnung gestoßen. Da ist nach unserer Meinung eigentlich eine Unterregulierung vorhanden. Was da steht, ist im Prinzip nur, dass die Angestellten von Sicherheitsfirmen nicht in Grundrechte eingreifen dürfen. Dann haben wir ein Rechtsgutachten zur Hausordnung in Auftrag gegeben, welches auch die Tätigkeit der Sicherheitsfirmen umfasst. Das waren die ersten Schritte, wie wir uns mit dem Thema beschäftigt haben.

Das heißt, ihr befindet euch hier immer noch in der Recherche-phase?

Walter Schlecht: Ja, wir sind per Zufall auf das Sicherheitsdienstleistungsgesetz gestoßen. Das *Deutsche Institut für Menschenrechte* hat zu Kindern in

Anne-Marlen Engler *promoviert in Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin zu Flüchtlingsunterbringung und forscht rechtssoziologisch zu der rechtlichen Regulierung von Geflüchteten-Unterkünften in Deutschland. Gemeinsam mit Anja Lederer hat sie ein Rechtsgutachten zu der Hausordnung der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Freiburg erstellt.*

Flüchtlingslagern eine Untersuchung gemacht. Wir haben nachgefragt, ob sie auch eine Untersuchung zu Sicherheitsdiensten in Flüchtlingslagern gemacht haben – doch in diese Richtung haben sie noch nicht gearbeitet. Das Institut hat uns aber eine Pressemitteilung vom Bundesinnenministerium weitergeleitet, über die wir erstmal darauf aufmerksam geworden sind, dass ein Sicherheitsdienstleistungsgesetz geplant wird – und dass das bereits im Koalitionsvertrag von CSU/CDU und SPD festgehalten ist. Im Rahmen der Planungen haben bereits Workshops stattgefunden, in denen die Fragen zu Sicherheitsdienstleistungen diskutiert wurden.

Anne-Marlen Engler: Von rechtswissenschaftlicher Seite her gibt es in der Literatur sehr wenig Auseinandersetzung damit, was Sicherheitsfirmen in Lagern für Geflüchtete dürfen. Das liegt einerseits daran, dass die Bewohner*innen keine Lobby haben. Das interessiert niemanden. Aber es liegt auch daran, dass das ein komplexes Thema ist. Die Frage des Hausrechts ist in der Rechtswissenschaft nicht unkompliziert, weil es sich um eine Mischung zwischen privaten Firmen und öffentlich-rechtlichem Hausrecht handelt. Ich glaube, die meisten Jurist*innen haben auch nicht richtig Lust, sich damit auseinanderzusetzen, weil sie nicht viel Prestige in der Jura-Community bekommen würden. Alleine die Recherche bis zu diesem Punkt ist total aufwändig für uns gewesen. Die *Aktion Bleiberecht* hat schon mal eine Broschüre erstellt, wie Grundrechte in den Lagern geschützt werden müssen. Und in diesem Zusammenhang hatten Walter und ich auch das erste Mal Kontakt. Dabei hat sich immer stärker herauskristallisiert, dass das Bedürfnis groß ist, in Erfahrung zu

bringen, was Sicherheitsfirmen rechtlich dürfen und was sie eben nicht dürfen.

Und wie ist euer Stand zur Recherche der weiteren Planungen bezüglich des Gesetzes?

Walter Schlecht: Wir haben über das Portal *fragdenstaat* eine Anfrage gestellt. Bei den Workshops, die in Vorbereitung zu dem Gesetz stattgefunden haben, gab es auch eine Frage, ob für bestimmte Branchen spezifische Regelungen erforderlich sind – und da werden auch tatsächlich Flüchtlingsunterkünfte genannt. Es gibt auch eine Antwort auf eine Anfrage vom Büro von Ulla Jelpke von den Linken im Bundestag. Sie fragt einerseits nach Protokollen aus den Workshops. Die Bundesregierung antwortet, es gebe keine Protokolle, lediglich Notizen. Diese seien nicht öffentlich zugänglich, würden aber aktuell ausgewertet. Diese Auswertung sei noch nicht abgeschlossen, die Ergebnisse würden aber in das Gesetzgebungsverfahren mit einfließen.

Anne-Marlen Engler: Wir haben Mitte Juni aus der Vernetzung heraus ein erstes Panel veranstaltet. Dort waren unterschiedliche Referent*innen geladen: Neben Walter und mir auch Andreas Abel von *Gangway*, und Hartmut Aden, ein Universitätsprofessor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin, der sich maßgeblich mit Sicherheit beschäftigt. Er hat bei den Workshops zu den Vorbereitungen des Gesetzes teilgenommen. Ich hatte das Gefühl, dass er der Meinung war, dass es hier nicht um eine Beleihung, also eine Erweiterung der gesetzlichen Befugnisse geht, sondern um eine Neuordnung oder Verbesserung der Gewerbeordnung. Gleichzeitig steht in den Lobbypapieren der großen privaten

Sicherheitsfirmen schon drin, dass sie mehr gesetzliche Befugnisse fordern.

Könnt ihr genauer erklären, was eine Beleihung ist?

Anne-Marlen Engler: Grundsätzlich ist das, was private Sicherheitsdienste auch unabhängig von Flüchtlingsunterkünften dürfen, das, was alle privaten Bürger*innen auf der Straße tagtäglich machen dürfen: nämlich die sogenannten Jedermannsrechte ausüben. Und wenn die Sicherheitsdienste mehr machen sollen, müssen sie diese Rechte entweder durch das Hausrecht von den Eigentümer*innen übertragen bekommen oder sie brauchen eine gesetzliche Befugnis dazu. Also ein Gesetz, das dann ganz konkret benennt, was die privaten Sicherheitsfirmen dürfen. Und das nennt man dann Beleihung. Das gibt es nicht nur bei Sicherheitsfirmen, sondern auch bei privaten anderen Akteur*innen, zum Beispiel beim TÜV. Kurz gesagt: Private Unternehmen übernehmen öffentliche Aufgaben und greifen dabei in Grundrechte ein und sind dazu gesetzlich befugt. Bei der Beleihung der privaten Sicherheitsfirmen geht es darum, ob sie mehr gesetzliche Befugnisse bekommen als die Jedermannsrechte. Zum Beispiel, ob sie Ausweiskontrollen durchführen oder Zimmer in Flüchtlingsunterkünften betreten dürfen.

Vorher gab es keine Regelungen, ob etwa Sicherheitsleute in die Zimmer in Geflüchteten-Unterkünfte dürfen. Soll das durch das Sicherheitsdienstleistungsgesetz nun gesetzlich geregelt werden?

Walter Schlecht: Also ich habe ein großes Fragezeichen, zu dem, was da gerade passiert. In der Praxis agieren die Securities so, als wenn

sie eine Beleihung hätten. Ich höre das von Geflüchteten. Von den Securities geht eine unglaubliche Macht in den Lagern aus und die Geflüchteten können das rechtlich nicht einschätzen. Müssen sie dem jetzt folgen oder nicht? Was dürfen die Sicherheitsdienste und was nicht? Das ist ein großes Problem in den Lagern.

Von der Praxis her wäre also die Beleihung der logische Schritt für die Betreiber. Dagegen würden wir uns natürlich vehement wehren. Aber sie findet jetzt schon praktisch statt. Da sind die Sicherheitsdienste vielleicht nicht einmal selber schuld, sondern die Regierung bringt sie in solche Positionen – und wahrscheinlich auch die Betreiber. Ich kann es nicht genau beantworten, mir ist komplett schleierhaft, in welche Richtung das alles geht. Ich bin der Meinung, wir thematisieren da gerade eine Grauzonenpraxis, die stattfindet.

Anne-Marlen Engler: Ich habe aber auch in meiner Forschung, als ich mich mit den rechtlichen Befugnissen von Sicherheitsfirmen auseinandergesetzt habe, gemerkt: Nicht nur in Geflüchteten-Unterkünften besteht so ein ganz krasses Auseinanderklaffen zwischen den rechtlichen Befugnissen und dem, was in der Praxis passiert. Insgesamt ist die Privatisierung von Sicherheit ein total komplexes Thema und es gibt so viele Graubereiche, was private Sicherheitsfirmen machen und was sie eigentlich dürfen. Die Situation in den Unterkünften ist dabei wirklich nochmal einzigartig, weil die Bewohner*innen keine Lobby haben und es niemanden interessiert.

Da passiert also konstant etwas Problematisches, und das Sicherheitsdienstleistungsgesetz könnte

hier nochmal ein Punkt sein, an dem man sich allgemein damit auseinandersetzen müsste. Was sind aus der Vernetzung heraus Versuche, Taktiken und Überlegungen, gegen die Probleme mit den Sicherheitsdiensten und das Gesetz weiter vorzugehen?

Walter Schlecht: Einmal müssen wir eine Position zum Einsatz der privaten Sicherheitsdienste in Geflüchtetenlagern entwickeln. Dazu muss man nur in die Hausordnungen schauen, was dort schiefläuft: Zugangskontrollen, Ausweiskontrollen am Eingang und auf dem Gelände, Betretung und stellenweise Durchsuchung von Zimmern, Durchsetzung vom Verbot der politischen Betätigung innerhalb der Einrichtung und so weiter. Das müssen wir alles genau anschauen und dazu eine klare und deutliche Position entwickeln.

Auch in anderen Bereichen müsste das passieren. Die privaten Sicherheitsfirmen drängen in die Gesellschaft, besetzen viele Felder, wie zum Beispiel in den Kommunen, in denen sie teils eine private Ordnungspolizei werden wollen. Das findet sich auch in den Positionspapieren der Sicherheitswirtschaft, in welche Richtung das gehen soll.

Es findet auch ein Paradigmenwechsel statt: Seit 93 Jahren war der Bereich beim Wirtschaftsministerium angesiedelt, jetzt beim Innenministerium. Seit 1990 wird ein Sicherheitsdienstleistungsgesetz gefordert, und jetzt sind sie da angekommen, das darüber diskutiert wird.

Anne-Marlen Engler: Es ist ja überhaupt ein Fortschritt, dass es die Vernetzung gibt, dass wir uns mit anderen Akteuren wie dem *Republikanischen Anwaltsverein* vernetzt haben. Ein Teil der

Strategie ist, wie Walter das gesagt hat, eine Position zu entwickeln und gleichzeitig überhaupt Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen, zum Beispiel über das Panel, das wir letztes organisiert haben. Wir planen auch, eine Broschüre herauszugeben, in der wir unsere Positionen veröffentlichen können, um eine Debatte anzustoßen, was ein Sicherheitsdienstleistungsgesetz leisten sollte oder wo Grenzen sein sollten – und wo Gefahren liegen.

Bei dem Thema stelle ich es mir schwierig vor, das an die Öffentlichkeit zu bringen. Wie kann das heruntergebrochen werden, sodass es viele Leute erreicht?

Anne-Marlen Engler: Auseinandersetzungen mit privaten Sicherheitsfirmen hatten schon mal alle von uns. Ich kenne keine Person, die nicht schon mal im Kaufhaus, in der U-bahnstation, im Club, auf einem öffentlichen Platz mit einem privaten Security aneinandergeraten ist. Und eigentlich wissen die meisten Leute nicht so richtig, was die dürfen und was nicht.

Walter Schlecht: Das kann ich nur bestätigen. Ich denke auch hinsichtlich der Auseinandersetzungen mit den Polizeigesetzen in den einzelnen Bundesländern oder den kommunalen Ordnungsdiensten ist das ein Thema, das viele angeht. Wenn wie in Freiburg nun Ordnungsdienste auch Platzverweise erteilen können sollen, dann entsteht hier eine allgemeinere Diskussion. Aus der Vernetzung und dem Panel heraus habe ich den Eindruck, dass in vielen Bereichen eine private Sicherheitswirtschaft eingesetzt wird, obwohl es sozialer Antworten bedarf. Zum Beispiel im Bereich der Obdachlosen, wie Andreas Abel von *Gangway* auf dem Panel dargestellt hat.

Walter Schlecht *ist schon lange im Bereich der Geflüchtetenunterstützung tätig. Er ist aktiv bei der Aktion Bleiberecht und Lea Watch Freiburg, die ein Rasthaus als Anlaufstelle für sans papiers aufgebaut haben und sich aktuell stark mit der Landeserstaufnahmestelle in Freiburg auseinandersetzen.*

Im Rahmen der Vernetzung zu grundrechtswidrigen Hausordnungen in Geflüchteten-Unterkünften recherchiert und arbeitet die AG-Security von Lager-Watch zum Vorhaben eines Sicherheitsdienstleistungsgesetzes. Es darf mitgemacht werden: lager-watch.org

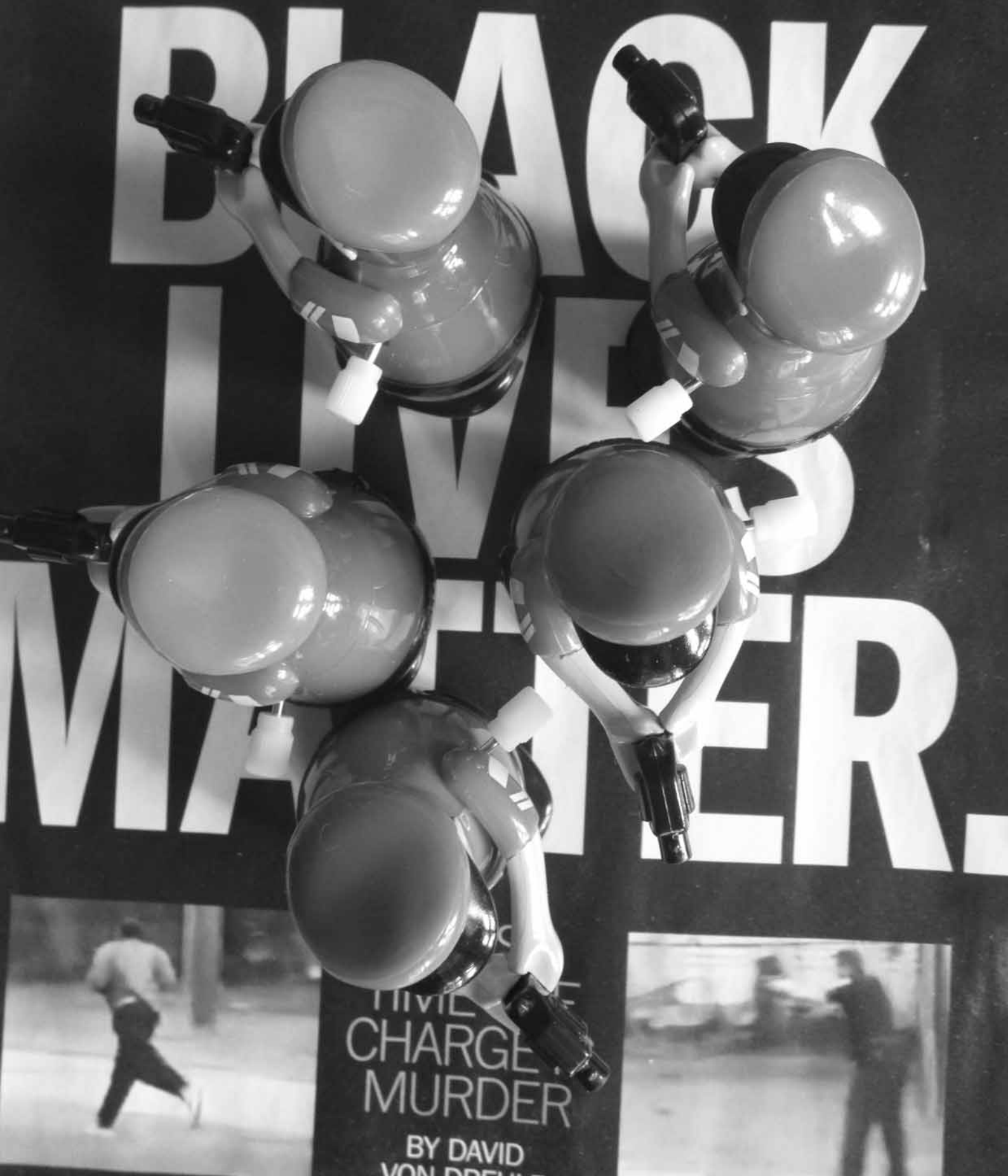
Ich glaube, es gibt zu dem Thema viel Diskussionsbedarf. Mit der Broschüre versuchen wir ein breites Spektrum an Stellungnahmen gegen die gesamte Entwicklung, dass Sicherheit in Deutschland privatisiert werden soll, zusammenzustellen.

Wenn das Gesetz nun nicht mehr verhindert werden kann, gibt es denn eine Chance, die sich durch so ein Gesetz ergibt? Der Status quo ist ja auch nicht befriedigend. Und was wären hier eure Positionen?

Anne-Marlen Engler: Ich sehe in diesem gesamten Prozess die Möglichkeit, Aufmerksamkeit für die jetzige Situation zu schaffen. Also darauf aufmerksam zu machen, dass zum Beispiel in Geflüchteten-Unterkünften Sicherheitsdienste Handlungen ausführen, zu denen sie rechtlich nicht befugt sind. Hier sehe ich tatsächlich eine ganz große Chance. Wir haben gerade die Befürchtung, dass bei den Planungen zum Gesetz ganz viel hinter verschlossenen Türen stattfindet. Und unsere Lobbyarbeit ist dann natürlich, dem regierenden Handeln die öffentliche Zivilgesellschaft entgegenzusetzen – in der Hoffnung, dass dann nicht grenzenlos Befugnisse übertragen werden.

Ich sehe die Gefahr, dass eine Privatisierung von Sicherheit entsteht. Durch das Sicherheitsdienstleistungsgesetz können aber diese alltäglichen Eingriffe, denen wir alle begegnen, nochmal thematisiert werden: also wie sich die Privatisierung von Sicherheit langsam in unseren Alltag einschleicht.<

Ein beliebtes Gimmick: Wachtmeister Fix (aus der Serie Wachtmeister Fix & seine Freunde) war über Monate der absolute Verkaufsschlager im Berliner Museumsshop des Gropius Bau. Innerhalb weniger Wochen mussten mehrere tausend Wachtmeister nachgeordert werden. Ein Polizeistaat wie man* ihn sich wünschen könnte.



Gefährliches Ringen um mehr Macht

Lobbyismus im kommerziellen Wach- und Sicherheitsgewerbe

Bedauernswert wie gefährlich: So lässt sich der Lobbyismus des kommerziellen Wach- und Sicherheitsgewerbes charakterisieren – 1901 gründet sich das erste deutsche Unternehmen. Schon 1926 hatte das Gewerbe behauptet, es scheue „den Kampf nicht“, wenn es denn „nur rechtzeitig und in ausreichender Stärke auf den Kampfplatz gerufen“ werde. Bereits im Ersten Weltkrieg und insbesondere im Zweiten beteiligte sich das Gewerbe, nachdem durch die Ausrüstung der Sicherheitsmarkt bereinigt war, entsprechend mit der Bewachung von Munitionsdepots und Kasernen, von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitenden sowie von Jüdinnen und Juden und weiteren Lagerinsassen am Kriegsgeschäft. Bis heute sind Kasernen und Lager Tätigkeitsfelder geblieben. Von Volker Eick

Aktuell fordert das Gewerbe beziehungsweise einer seiner Lobbyverbände, im Lichte der anstehenden Bundestagswahl im September 2021 unter anderem „die Schaffung von gesetzlich verankerten Minimalbefugnissen für private Sicherheitsdienstleister“, also das Recht zur Überprüfung von Personalien und zur Aussprache von Platzverweisen. Es sei auch „dem Streikrecht im Interesse der Allgemeinheit Grenzen zu setzen“, also bestimmten Berufsgruppen Streiks zu verbieten.

Mit einem solchen ‚Positionspapier‘ wie dem des *Bundesverbands der Deutschen Sicherheitswirtschaft* (BDSW) ist bereits eine Lobbyaktivität angesprochen. Es geht um Informationsgenerierung, -beschaffung und -austausch, Einflussnahme und, wo möglich, deren strategische Ausrichtung. Weil kein einheitliches Verständnis von Lobbyismus besteht, soll Lobbyismus hier die „systematische und kontinuierliche Einflussnahme von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen oder auch kulturellen Interessen auf den politischen Entscheidungsprozess“ bedeuten (Alemann & Eckert 2006).

Das ›weite Feld‹ der Lobbyist*innen im Wach- und Sicherheitsgewerbe

Die Lobbyverbände des Wach- und Sicherheitsgewerbes stehen vor verschiedenen Herausforderungen: Sie müssen (1) ein Versprechen verkaufen – namentlich, dass *nichts passiert* –, das, wenn erfolgreich eingelöst, wieder *nicht* zu sehen ist. Sie müssen – auch dem Staat und den Kommunen – den Eindruck vermitteln, dass es (2) überhaupt an einer ‚Sicherheit‘ fehlt. Wahlweise, weil sich der Staat (in Gestalt der Polizei) aus der Fläche zurückzieht oder neue ‚Sicherheitsaufgaben‘ hinzugekommen sind oder sie zumindest besser und billiger sind oder, oder, oder. Sie müssen (3) weitere zahlungsbereite und -fähige Kundschaft auch auf den staatlichen und kommunalen ‚Märkten‘ gewinnen beziehungsweise diese ‚Märkte‘ generieren. Die Standardformulierung hierzu lautet, die Herstellung von ‚Sicherheit‘ sei zwar eine staatliche Aufgabe, aber nicht alle Aufgaben müsse oder könne der Staat auch selbst erfüllen. Zudem (4) besteht für das Gewerbe die Notwendigkeit, die diversen staatlichen Polizei- und Sicherheitsbehörden von ihrer Effektivität und Effizienz zu überzeugen, denn nur so

lassen sich nachhaltig Profite generieren. Das geschieht etwa über Kooperationsvereinbarungen – mittlerweile über 120 Verträge – zwischen Polizei und Sicherheitsunternehmen. Sie beinhalten zwar keinerlei gegenseitige Verpflichtungen, aber sollen in der Öffentlichkeit eine Aura der Akzeptanz und Legitimität verbreiten. Dabei benötigen sie (5) auch eine Akzeptanz für ihr Auftreten bei Staat und Politik, denn ihr Tätigwerden – insbesondere im öffentlichen Raum – tangiert regelmäßig auch hoheitliche Rechte, die dem Gewerbe nicht zustehen. Ob die Akzeptanz in Gestalt des Wegsehens oder als rechtliche Absicherung ihres Tätigwerdens daherkommt, darum wird regelmäßig gerungen.

So sind neben der Gewerbe- und der Bewachungsverordnung lediglich die sogenannten Jedermanns- und Notwehrrechte (§ 127 StPO, § 32 StGB) für das Tätigwerden des Gewerbes relevant (ein Gesetz gibt es bisher nicht). Die genannten Rechte sind allerdings nur für Ausnahmesituationen ausgelegt und nicht für den regelhaften Gebrauch. Zudem erlaubt der Gesetzgeber auch nicht deren Einsatz, sondern verzichtet lediglich nachfolgend auf Strafe. Das Gewerbe bewegt sich also regelhaft auf juristisch dünnem Eis – das brüchig ist wie die Qualifikation des Personals. Das zeigen die Schlagzeilen zu ‚Fehlverhalten‘, zu ‚Folter‘, zu ‚Rassismus‘, zu ‚Nazibanden‘. Daraus ergibt sich (6) das Problem, dass in der Bevölkerung die Akzeptanz des Gewerbes nahe Null liegt. Schließlich geht es (7) um die Herausforderung, zu rechtfertigen, warum für ein so hohes Gut wie ‚Sicherheit‘ eigentlich extra bezahlt werden soll. Denn deren Gewährleistung ist grundgesetzlich fixierte Aufgabe. Also ein ‚weites Feld‘ für die Lobbyisten des Gewerbes, die sich zudem keineswegs einig sind.

Lobbyist*innen zwischen Kooperation, Kooptation und Konkurrenz

Neben dem bereits genannten BDSW (*1904, 1973 bis August 2011 als *Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen*, BDWS), der vor allem die Großen am Markt vertritt, bestehen die *Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste* (*1989, BDGW) sowie der *Bundesverband der Luftsicherheitsunternehmen* (*2017, BDLS) als bundesweite Tarif- und Fachverbände.

Der BDSW vertritt rund 1.000 von etwa 5.700 Wach- und Sicherheitsunternehmen, die 70 Prozent des Gesamtumsatzes auf sich vereinen. Der Sicherheitsmarkt ist oligopolistisch organisiert: Die zehn größten Unternehmen (0,2 % aller Unternehmen) halten einen

Umsatzanteil von knapp einem Drittel (32,7 %) des Gesamtumsatzes von 9,2 Milliarden Euro und beschäftigen gut ein Viertel (26,7 %) aller 262.000 Beschäftigten. Die BDGW hat zurzeit 29 ordentliche Mitgliedsunternehmen mit rund 11.000 Beschäftigten, die 600 Millionen Euro (2020) Umsatz mit Geld- und Werttransporten (7.300 Personen, bewaffnet) und der Geldbearbeitung (3.700, unbewaffnet) generieren. Im BDLS schließlich sind derzeit 29 Firmen organisiert (zur Gründung: 23), deren 23.000 Beschäftigte sogenannte Sicherheitsdienstleistungen an und auf Flughäfen erbringen (darunter Gepäck- und Personenkontrollen) und 637 Millionen Euro Umsatz 2020 erwirtschafteten.

Wie es dazu kommen konnte, lässt sich nur nachvollziehen, wenn man sich vor Augen hält, wie sich der Staat unter neoliberalen Vorzeichen aus Aufgaben und Verantwortlichkeiten zurückzieht (Eick et al. 2007) und so Lobbyarbeit erst Spielraum eröffnet: 1994 beseitigt Bundesinnenminister Kanther die Tarifbindung des Öffentlichen Dienstes bei der Fluggast- und Gepäckkontrolle, um Geld zu sparen. 2004 schafft der damalige Innenminister Otto Schily die Möglichkeit zur Beleihung von kommerziellen Sicherheitsdiensten zur Kontrolle auf Flughäfen. ‚Beleihung‘ bedeutet, dass Privatpersonen hoheitliche Verwaltungsaufgaben selbständig wahrnehmen dürfen und ihnen eigene Entscheidungskompetenzen übertragen werden. Dabei handelt es sich um eine Ausnahme vom Grundsatz, dass nur Beamten hoheitliche Befugnisse übertragen werden dürfen (Art. 33 Abs. 4 GG). 2014 weist die EU dem Gewerbe schwerwiegende Mängel bei Kontrollaufgaben auf Flughäfen nach.

Zu nennen ist weiter die *Allianz für Sicherheit der Wirtschaft* (*2015, ASW, ab 1983 als *Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit der Wirtschaft*). Die ASW versteht sich als Schaltstelle zwischen Sicherheitsbehörden und gewerblicher Wirtschaft. Nationale und internationale Industriespionage, Produktpiraterie und Betrug sind Kernthemen; dafür arbeitet die ASW „mit allen wichtigen Organisationen der nachrichtendienstlichen und polizeilichen Gemeinschaft und anderen Sicherheitsbehörden dauerhaft zusammen“, wie es auf ihrer Webseite heißt.

Weil der BDSW mit seiner aggressiven Lobbypolitik vor allem die Interessen der großen umsatzstarken Unternehmen vertritt, so jedenfalls die brancheninterne Kritik, gründeten 17 Unternehmen den *Bundesverband der mittelständischen Sicherheitsunternehmen* (BVMS, *2014) mit derzeit knapp 170 Mitgliedsunternehmen. Schließlich ist der *Bundesverband*

Deutscher Detektive (BDD) mit knapp 130 Mitgliedsunternehmen und rund 8.000 Beschäftigten zu nennen.

Auf europäischer Ebene ist als Dachverband des kommerziellen Sicherheitsgewerbes die *Confédération européenne des services de la sécurité* (*1989, CoESS) aktiv. 2020 bündelt CoESS nationale Verbände in 23 europäischen Ländern (darunter 17 EU-Staaten) mit über 45.000 Unternehmen, die rund zwei Millionen Wachleute beschäftigen und einen Umsatz von über 40 Milliarden Euro erwirtschaften.

Tauschen, Tarnen, Täuschen – Trauerspiele

Zur Generierung von Informationen dienen selbstgefertigte und beauftragte Statistiken, die der Versorgung der Medienöffentlichkeit mit Überblicken und Details zu Tätigkeiten dienen sollen; dazu gehören im Falle des BDSW auch Nachschlagewerke mit jeweils bis zu 1.000 Seiten. Die zunächst von der *Securitas Deutschland* finanzierte *Forschungsstelle Sicherheitsgewerbe* (*1999) wird 2020 als *Forschungsinstitut für Unternehmenssicherheit und Sicherheitswirtschaft* (FORSI) neugegründet und vom BDSW mitfinanziert. Zahlreiche Veröffentlichungen, Workshops und Seminare dienen dem Informationsaustausch, aber auch der Einflussnahme auf Polizei, Politik, Wissenschaft und Presse. So ist beispielsweise schon der Begriff ‚privat‘ erklärungsbedürftig beziehungsweise suggeriert, es gehe quasi um ‚Selbsthilfe‘, wo es tatsächlich um Profite und Geschäftsinteressen geht (vgl. Nogala, in Sack 1995).

Öffentliche Tagungen und Gesprächsrunden für Fach- und sonstige Öffentlichkeit dienen der Informationsverbreitung, der Imageverbesserung und der Ventilierung von Forderungen (indirektes Lobbying). Als effektivstes Lobby-Instrument gilt das persönliche Gespräch, gefolgt von Telefonaten und Anschreiben. Auch interne Arbeitsgruppen und -kreise mit Branchenvertreter*innen, Minister*innen beziehungsweise Staatssekretär*innen dienen diesem Ziel. Parlamentarische Abende dienen zur Aufrechterhaltung des Kommunikationsflusses mit den politischen Entscheider*innen (direktes Lobbying). Neben

dem sogenannten Beschaffungs-Lobbyismus spielt Gesetzes-Lobbyismus eine Rolle: Ersterer dient der direkten Akquirierung von Aufträgen und ist vor allem das Metier der Großunternehmen – *Kötter Security* etwa stellte einen damals im nordrhein-westfälischen Justizministerium tätigen Beamten in seine Dienste,

nachdem der Auftrag zur Bewachung teilprivatisierter Haftanstalten erteilt war.

Gesetzes-Lobbyismus zielt darauf, Gesetze zu beeinflussen

Ein neuer Paragraf und schon hatte die Branche ein neues Aufgabenfeld

und zu verhindern. Hier geht es darum, möglichst schon die jeweiligen Referentenentwürfe beeinflussen zu können. Generell gilt, dass Fachpolitiker*innen beziehungsweise Mitglieder des federführenden oder mitberatenden Ausschusses bevorzugt angesprochen werden. Als die Bundesregierung 2013 Handlungsbedarf durch die aufkommende Seepiraterie sah, fand Bundeskanzlerin Merkel eine Gesetzgebung „zu kompliziert“. So wurde kurzerhand intern mit der Branche getagt (die Hilfe zusagte), ein neuer Paragraf in die Bewachungsverordnung eingefügt, und schon hatte die Branche ein neues Aufgabenfeld. Auch so wird getauscht.

Das Positionspapier „Deutschland (noch) sicherer machen“ versucht zweierlei: Das Gewerbe soll als Garant nationaler ‚Sicherheit‘ wirken und einen Gesetzgebungsprozess vorantreiben. Es deutet dabei eigene Profitinteressen in zivilgesellschaftliches Engagement um. In dieser Logik betreibt es auch nicht sein Geschäft, sondern mutiert zum Diener der Gesellschaft.

Hauptgeschäftsführer des BDSW ist Dr. Harald Olschok. Mit seinem 2011 geprägten Satz, es gebe in Deutschland 4.000 Sicherheitsunternehmen, „das sind nach unseren Vorstellungen mindestens 3.000 zu viel“, sorgte er für einiges Aufsehen. Im Zuge dessen richtete Olschok Forderungen an Bundesregierung und Öffentlichkeit. Dem Grunde nach sagt er mit diesem Halbsatz, das Sicherheitsgewerbe übernehme faktisch staatliche Aufgaben und schaffe im Rahmen des politischen Neoliberalismus den Dreck von der Straße. Daher müsse die Bundesregierung als Gegenleistung den bestehenden Markt bereinigen. Zweitens bedeutet der Satz, wenn – wie 2009 geschehen – die Bundesregierung das Gewerbe zum „wichtigen Bestandteil

der Sicherheitsarchitektur“ weilt, dann sind die Sicherheitsdienste gefälligst dem Bundesinnenministerium zuzuordnen. Und, das meint der Halbsatz zudem, wir als Gewerbe brauchen auch der Polizei vergleichbare Befugnisse. All das meint dieser Halbsatz: Lobbyismus, aber nicht im Klartext. Die Botschaft kam gleichwohl an, zum 1. Juli 2020 ging die Zuständigkeit für das Gewerbe in das Bundesinnenministerium über.

Auch Personalpolitik kann Mittel für (in)direktes Lobbying sein: So arbeitete etwa in den 1990er-Jahren der Ex-Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich; für die *Industrie- und Handelsschutz GmbH*. Berlins Ex-Polizeipräsident Hagen Saberschinsky wechselte direkt nach Dienstende zum *Securitas Werkschutz*; der Ex-Staatsekretär und damalige Chef der Staatskanzlei unter Manfred Stolpe, Jürgen Linde, wirkte bis 2006 gar als Aufsichtsratsvorsitzender der *Securitas*. Auch heute sind solche Verflechtungen gang und gäbe. Nur ein Beispiel: 1999 stirbt Aamir Ageeb an einem Erstickungstod. Er wurde von drei BGS-Beamten während seiner Abschiebung umgebracht. Der damalige Chef des BGS am Frankfurter Flughafen, Udo Hansen, hatte als Zeuge dazu gesagt, für das Fesseln und Deportieren abgelehnter Asylbewerber reichten Kenntnisse aus der Grundausbildung. Vom Richter wurde er dafür mit den Worten „Abu Ghraib lässt grüßen“, gerügt, war da aber schon Leiter des Grenzschutzpräsidiums Ost, also in der Polizeihierarchie aufgestiegen. Man könnte mehr zu ihm sagen, hier nur das: Hansen ist heute Präsident des BDLS.

Transparenz

Die BDSW-Mitgliedsunternehmen wissen selbst, dass sie den Minimalanforderungen (auch an sich selbst) mit dem derzeitigen Ausbildungsstand nicht gerecht werden können, wollen aber diese Leerstellen nur bei anderen Unternehmen (den „3.000 zu viel“) erkennen. Sollte es zu einem Gesetz für das kommerzielle Sicherheitsgewerbe durch die nächste Bundesregierung kommen, dann wird es darauf ankommen, dass dieser Gesetzgebungsprozess transparent abläuft. Es wird aber auch darum gehen, den Einfluss des Gewerbes zurückzudrängen und seine Befugnisse zurückzuschrauben. Das gebietet allein die Zahl der Opfer.

In neoliberaler Logik haben Bundes- und Landesregierungen sowie Kommunen die abgehängten Stadtquartiere und den ländlichen Raum in die Hände des profitorientierten Wach- und Sicher-

heitsgewerbes gelegt. Sie sind damit den Lobbyist*innen der Branche über Jahre gefolgt, die nunmehr ‚echte‘ Befugnisse fordern. Im Ergebnis soll aus einem verlängerten staatlichen Gewaltmonopol ein Gewaltduopol werden.

Die sogenannte neue Sicherheitsarchitektur hat uns vor allem eine Auflösung von Grenzen beschert: zwischen Polizei und Geheimdiensten, zwischen innerer und äußerer Sicherheit, zwischen öffentlichen und privaten Räumen, zwischen am Gemeinwesen und am Profit orientierten Handlungslogiken. Die selektive Eingemeindung des kommerziellen Sicherheitsgewerbes in den Sicherheitsapparat ist Teil dieser Grenzauflösung – und für diesen Staat konstitutiv. Eine gesetzliche Regulierung des Gewerbes – allen Lobbyist*innen-Einflüsterungen zum Trotz – muss die Branche daher aus dem öffentlichen Raum und aus den öffentlichen Aufgaben zurückdrängen.<

Literaturauswahl

Alemann, U.v. & F. Eckert: *Lobbyismus als Schattenpolitik*, in: APuZ 54 (15/16), 2006.

Arndt, F. et al. (Hg.), *Ordnungen im Wandel*. Bielefeld 2015, <https://doi.org/10.14361/9783839407837-005>.

BDSW et al. (Hg.): *Deutschland (noch) sicherer machen*. Berlin/Bad Homburg 2021.

Eick, V., J. Sambale, E. Töpfer (Hg.): *Kontrollierte Urbanität*. Bielefeld 2007, <https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/e9/86/3b/oa9783839406762.pdf>.

Eick, V.: *Die Lage im Lager – Leerstellen zur Arbeit im Wach- und Sicherheitsgewerbe*, in: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 118–119 (Juli 2019), <https://www.cilip.de/2019/06/04/die-lage-im-lager-leerstellen-zur-arbeit-im-wach-und-sicherheitsgewerbe/>.

Kleinfeld, R., A. Zimmer, U. Willems (Hg.), *Lobbying*. Wiesbaden 2007.

Sack, F. et al. (Hg.), *Privatisierung staatlicher Kontrolle*. Baden-Baden 1995.

Schwaneck, S.: *Lobbyismus und Transparenz*. Wiesbaden 2019.

Stober, R., H. Olschok (Hg.): *Handbuch des Sicherheitsgewerberechts*. München 2004.

Volker Eick ist Politikwissenschaftler und arbeitet in Berlin. Weitere, für den Beitrag verwendete Literatur ist beim Autor dokumentiert und dort abrufbar (eickv@zedat.fu-berlin.de).

Eisenacher Weg

**DIE TABAKINDUSTRIE
TRIFFT GENAU
IHRE ZIELGRUPPE
VOR DER KITA**



34 | 10€
STK.

Wir müssen sie jung an den Haken kriegen -
und dann ein Leben lang.



KITA

Eisenach

Kein Herz für Kinder

Die Interessen von Kindern und Jugendlichen spielen in der Politik so gut wie keine Rolle – doch eine Lobby für Kinder wäre so wichtig. Für die junge genauso wie für die alte Generation. Von Sebastian Schulke

München, Mitte Juni. Ein großer Schulhof. Der Himmel ist grau. Die Stimmung gedämpft. Knapp 20 Kinder rennen herum. Sie toben, kreischen und holen immer wieder tief Luft. Dabei bewegen sich die Masken, die sie auf Mund und Nase tragen, wie alte, verstaubte Blasebalge, die sich immer wieder zusammenziehen und auseinanderdehnen. Wie ein Herz, das müde schlägt. Doch die Kids hören nicht auf, geben nicht auf. Sie rennen über den Platz. Nicht so verspielt und leicht wie sonst. Aber darüber machen sich die Kinder gerade keine großen Gedanken.

Die Hälfte ist schon rum. Fünf Minuten dauert die Pause noch. Da wird jede Sekunde genutzt. Einfach raus. Irgendwie raus aus dem schier grenzenlosen Corona-Käfig. Auch wenn die Maske drückt, der Atem schwer geht und die Politik beziehungsweise Corona unvermindert sein Unwesen treibt.

Die Kids müssen viel auf ihren kleinen Schultern tragen während der Corona-Pandemie – mit all ihren Lockdowns, Hygienevorschriften und ständigen Tests. Direkt gefragt hat sie niemand, was sie davon halten und wie es ihnen damit geht. Die Politik sagt an, die Eltern oder Lehrer*innen geben es weiter und die Kinder müssen es ausführen – wie es sich in einer zivilisierten Welt und modernen Gesellschaft gehört. Oder? Keine Widerrede. Hier geht es um das große Ganze. Das große Geschäft. Da haben Kinder doch keine Ahnung von, können Kinder nicht mitreden. Also brauchen Politiker*innen auch nicht mit ihnen reden. Die Männer und Frauen im Bundestag wissen doch auch so, was gut für uns und unsere Kinder ist. Nein! Eben nicht.

Zumal es hier nicht um bloßes Wissen geht, sondern um die Interessen der Kinder. Ihre Pläne, Sorgen und Ideen. Und natürlich ihre Zukunft – was einige Politiker*innen selbst immer wieder betonen: „Kinder sind unsere Zukunft“. Warum werden sie dann nicht gehört, gefragt und mit ins Boot geholt? Warum spielen die Interessen der Kinder eigentlich keine Rolle? Warum haben sie keine Lobby?

Bestimmte Gruppen bringen einseitig ihre Interessen in die Politik ein

„Eine Lobby ist eine Interessengruppe, was eigentlich von der Grundidee her etwas Positives ist“, sagt Johannes Wallacher. „Lobbyismus ist im Ideal eine legitime Form der Interessenvertretung und -artikulation in einem demokratischen Prozess. Dort treten verschiedene gesellschaftliche Gruppen auf, die ihre Interessen oder ihr spezifisches Wissen einbringen und sich in dieser Weise am politischen Willensbildungs- und Gestaltungsprozess beteiligen.“ Wallacher ist Sozialwissenschaftler, Wirtschaftsethiker und Präsident der Hochschule für Philosophie in München sowie Vater von drei Kindern.

Vom Ideal ist der reale Lobbyismus allerdings sehr weit entfernt. „Er hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten in eine Richtung entwickelt, wo bestimmte Gruppen aufgrund von größerer Macht und wirtschaftlichen Möglichkeiten einseitig ihre Interessen in den politischen Prozess einbringen“, sagt Wallacher. Und erläutert: „Das sind vor allem einflussreiche Lobbygruppen – wie zum Beispiel große Konzerne. Daraus entsteht ein Machtungleichgewicht. Zudem ist

die Einflussnahme nicht immer transparent. Schlimmstenfalls kann diese intransparente Einflussnahme bis hin zu Patronage und Korruption reichen.“

Doch dann sollte es doch umso mehr an der Zeit sein, diese schiefen Machtverhältnisse in ein Gleichgewicht zu bringen. Kinder könnten da ein gutes Gegengewicht darstellen. Nicht nur das. Gerade in Krisenzeiten müssten die Interessen und Nöte der Kinder gehört, gesehen und ernst genommen werden. Nicht nur der Wirtschaft mit all ihren kleinen und großen Konzernen geht es schlecht.

Angststörungen, Essstörungen bei Kindern haben seit Corona enorm zugenommen

Laut der *COPSY*-Studie (Corona und Psyche), die Forschende des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf durchgeführt haben, leidet fast jedes dritte Kind mittlerweile vermehrt an einer depressiven Symptomatik.

Angststörungen, Essstörungen und regelmäßige suizidale Gedanken haben danach erheblich zugenommen. Die *COPSY*-Studie ist bundesweit die erste und international eine der wenigen Längsschnittstudien ihrer Art. Mit alarmierenden Ergebnissen, die sich bereits Anfang des Jahres in vielen Kinder- und Jugendpsychiatrien abzeichneten. „Es gibt psychiatrische Erkrankungen in einem Ausmaß, wie wir es noch nie erlebt haben“, so Jakob Maske, der Sprecher des *Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte* (BVKJ), in der *Rheinischen Post*. „Die Kinder- und Jugendpsychiatrien sind voll, dort findet eine Triage statt.“ Wer nicht suizidgefährdet sei und „nur“ eine Depression habe, werde gar nicht mehr aufgenommen.

All das bewegt und interessiert die Politik jedoch nicht wirklich. Oder wie soll man sonst Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in einem Interview mit der *Bild am Sonntag* verstehen: „Das Leid der Kinder in der Pandemie beschäftigt mich sehr. Zu viele Vorsorgeuntersuchungen bei Kindern haben nicht stattgefunden, Impfungen gegen Kinderkrankheiten sind ausgefallen, dazu kommen psychische Belastungen. Ich möchte daher noch vor den Sommerferien mit Kinderärzten, Psychologen, Erziehungswissen-

schaftlern sprechen, wie wir diese Versäumnisse auffangen können.“

Damit schien der längst fällige und sogenannte „Kindergipfel“ greifbar nahe zu sein. „Das Thema war ja immer präsent“, so Spahn. Ach so? „Aber wir haben uns darauf konzentrieren müssen, das Virus zu bekämpfen. Aber wir sehen: Die Pandemie trifft Kinder besonders hart. In Deutschland muss der Grundsatz gelten: Jedes Kind hat das Recht auf eine faire Chance im Leben. Diese Chance darf Corona nicht kaputt machen. Da sind wir als Regierung in der Pflicht.“

Diese „Chance“ sollte aber auch nicht die Regierung kaputt machen. Diese kommt ihrer Pflicht nicht nach. So ist ein bundesweiter Kindergipfel auch nach eineinhalb Jahren Corona-Krise nicht in Sicht. In

Bayern gab es bereits zwei nette Versuche. Anfang März traf sich Bayerns Ministerpräsident Markus Söder höchstpersönlich mit

Wer nicht suizidgefährdet sei und „nur“ eine Depression habe, werde gar nicht mehr aufgenommen

Kindern und Jugendlichen in der Münchner Staatskanzlei. „Das war erfrischend“, sagte er danach breit grinsend in die TV-Kameras. Ja mei, die Kinder. Echt lustig. Wichtige Forderungen, die auch der *Bayerische Jugendring* (BJR) gestellt hatte – wie die Öffnung von Jugendtreffs und Jugendhäusern – bekamen jedoch eine Absage. Es gebe zwar gute Hygienekonzepte, aber angesichts der steigenden Inzidenzen wolle man vorsichtig agieren, erklärte Familienministerin Carolina Trautner, die Ende April erneut Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu einem digitalen Dialog einlud und überrascht war: „Ich bin beeindruckt, wie vielfältig sich die Kinder und jungen Menschen bereits engagieren und aktiv beteiligen.“ Ja mei, die Kinder und jungen Leute. Kaum zu glauben.

So blieben am Ende auch hier mehr Worte als Taten stehen. Und sogar eher ein „weiter so“: Kindergärten, Schulen und Kitas müssen „testen, testen, testen“. Dazu Distanzunterricht und Wechselunterricht, geschlossene Vereine und Sportplätze. Und so wollten Söder und Co. mit Geld punkten. 55 Millionen Euro sollen in Förderkonzepte und den Ausbau der Schulsozialarbeit, des Streetworkings, der Erziehungsberatungsstellen und des Ausbildungscoachings

EIN HERZ FÜR KINDER ARBEIT



Das Unternehmen hat sich verpflichtet, keine Kinderarbeit zu verwenden. Dies ist eine freiwillige Initiative und keine Garantie für die Einhaltung der Menschenrechte. Für weitere Informationen besuchen Sie bitte die Website von H&M.

DIES IRAE
FOR KIDS' LABOR

H&M ist ein Markenname von H&M Retail Group Ltd. © 2011 H&M Retail Group Ltd. Alle Rechte vorbehalten.

Tivoli



VERKEHRSBETRIEBE KARLSRUHE GMBH

Na dann lass ma's halt arbeiten...

gesteckt werden. Doch Schule und Ausbildung, um die es sich hier fast ausschließlich dreht, sind nicht alles im Leben eines jungen Menschen.

Es braucht mehr direkte und praktische Hilfe

Kinder und Jugendliche haben auch nicht viel davon, wenn, wie in Bayern, der *Bayerische Jugendring* oder andere Jugendhilfeeinrichtungen wie die *Deutsche Kinder- und Jugendstiftung* erst jetzt mehr Fördergelder zugesagt bekommen. Auf die schwierige Situation der jungen Menschen wird seit über einem Jahr immer wieder von Sozialarbeiter*innen, Ärzt*innen und Expert*innen hingewiesen.

Es braucht mehr direkte und praktische Hilfe. Die große Mehrheit der Kinder will spielen, Freund*innen treffen und draußen an der frischen Luft herumtoben. „Nein“, sagt die Politik. Das gehe nur unter Beachtung von Regeln. Nur sind diese alles andere als kindgerecht. Dabei leiden die Kinder am wenigsten unter einer Corona-Infektion, am meisten jedoch unter der Corona-Politik. Besonders Jugendliche. Sie werden wie Kriminelle behandelt und von der Polizei gejagt, wenn sie es wagen, trotz Lockdown auf einem Bolzplatz zu kicken. Auch wenn 50 Meter davon entfernt Kleinkinder mit ihren Mamas und Papas spielen und Freund*innen treffen. Oder in den Fabrikhallen großer Konzerne die Mitarbeiter ohne Maske und Testpflicht an Maschinen mit oder ohne Rädern herumschrauben dürfen. Das passt einfach nicht zusammen.

„Die Interessen der Kinder in einer Gesellschaft, die zunehmend älter wird, sind für Parteien und deren Politik nicht wirklich relevant“, meint Wallacher. „Um es einfacher und klarer zu sagen: Kinder haben keine Stimme, sind nicht wahlberechtigt und wahlentscheidend. Was gerade jetzt wieder vor der Bundestagswahl deutlich wird. In den einzelnen Wahlprogrammen stehen vor allem die Interessen der 60-Plus-Generation im Vordergrund.“ Er betont: „Dabei sind die Interessen der Kinder für unsere Gesellschaft so wichtig. Sie geben uns einen anderen Zugang zur Welt, zeigen neue Perspektiven auf und sichern unsere Zukunftsfähigkeit.“

Ein gutes Beispiel dafür sei die *Fridays-for-Future*-Bewegung, die sich für den Klimaschutz einsetze – von Greta Thunberg im Alter von 15 Jahren ins Rollen gebracht. Hier zeigen Kinder, Jugendliche und Studenten, dass sie politisch denken und handeln. Dass sie für Ihre Interessen eintreten und Ziele verfolgen. „Dafür braucht die junge Generation keine

klassischen Parteistrukturen. Über soziale Netzwerke im Internet tauschen sie sich weltweit aus, setzen durch ihre Demonstrationen schnell und direkt Impulse, die für eine gesellschaftliche Transformation sorgen“, sagt Wallacher.

Einen gewissen Einfluss hat diese Klima-Lobby dadurch schon auf die Politik, dieser ist nur leider nicht sehr nachhaltig. Die Interessen der Kinder und Jugendlichen geraten schnell in Vergessenheit, wenn sie den Politiker*innen nicht mehr nützen. „Und genau da liegt das strukturelle Problem einer Lobby für Kinder“, betont Wallacher. Natürlich könnten die jungen Menschen auf die Straße gehen. Wirklich etwas verändern könnten sie allerdings nur dann, wenn sich die Formen der Mitbestimmung und Mitwirkung in unserer Gesellschaft änderten. „Da müssten vor allem die Parteien ein Zeichen setzen, indem sie den Kindern eine Stimme geben.“

Den Kindern durchs Familienwahlrecht eine politische Stimme geben

Durch das schon lang diskutierte Familienwahlrecht wäre das möglich. Dieses bezeichnet eine Form der Beteiligung an Wahlen, bei der die Eltern eine Stimme für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder abgeben. Um so den Interessen der Kinder ein Gewicht bei Wahlen zu geben – und die politische Partizipation der Familien zu stärken. Bereits 2003 beantragten Abgeordnete mehrerer Fraktionen im Deutschen Bundestag „Mehr Demokratie wagen durch ein Wahlrecht von Geburt an“ – mit dabei auch der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) sowie seine beiden Stellvertreter*innen Hermann Otto Solms (FDP) und Antje Vollmer (Die Grünen). Der Antrag wurde abgelehnt. Wie auch 2008. So bleiben mehr als 13 Millionen Bundesbürger*innen, also Kinder und Jugendliche, von der Wahl ausgeschlossen.

Dafür wird gerade etwas lauter über das Wahlalter diskutiert – auf 16 oder sogar 14 Jahre möchten es einige senken. Bei Bundestagswahlen liegt es weiterhin bei 18 Jahren. Allerdings: In elf von 16 Bundesländern dürfen bereits Jugendliche ab 16 Jahren bei Landtags- und Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben, bei der Wahl von Bürgermeister*innen und Gemeinderat*innen mitentscheiden. Ein zaghafter Schritt in Richtung mehr Rechte, mehr Einfluss für Kinder.

Im Großen und Ganzen sträubt sich die Politik jedoch genau dagegen. Die junge Generation könnte ja das bei Politiker*innen weit verbreitete und beliebte Spiel

Sebastian Schulke
ist Papa von zwei wunderbaren Kindern, die sich gut durch das Corona-Abenteuer kämpfen. Und deren Herzen äußerst schnell und klar schlagen. Das ist schön.

um Macht, Geld und Gier stören, ja vielleicht sogar kaputt machen – Kinder als große Spielverderber*innen.

Die eigentlichen Spielverderber*innen haben allerdings ein Parteibuch in der Hand. Zuletzt scheiterte im Bundestag der Versuch, die Rechte von Kindern nachhaltig zu stärken und sie im Grundgesetz zu verankern. Nach den Plänen der Koalition sollte das Grundgesetz um folgende Passage ergänzt werden: „Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen. Das Wohl des Kindes ist angemessen zu berücksichtigen. Der verfassungsrechtliche Anspruch von Kindern auf rechtliches Gehör ist zu wahren. Die Erstverantwortung der Eltern bleibt unberührt.“ Doch die Parteien konnten sich nach langen Verhandlungen nicht auf eine Formulierung für eine entsprechende Verfassungsänderung einigen. Einigen ging der Entwurf nicht weit genug, andere lehnten ihn ab. Verlierer*innen dieses politischen Verwirrspiels: einmal mehr die Kinder.

Dabei hat sich Deutschland, wie fast alle Länder der Welt, der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet. Darin steht unter anderem: Kinder haben das Recht, sich zu informieren, sich mitzuteilen, gehört zu werden und sich zu versammeln. Im Klartext: Die Meinung von Kindern zählt.

Nicht in Deutschland. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) schreibt auf seiner Webseite politisch korrekt und äußerst schwammig: „Die Regierungsparteien haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Für die geplante Grundgesetzänderung ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat erforderlich. Im parlamentarischen Verfahren über das Vorhaben Anfang Juni 2021 konnte keine interfraktionelle Einigung erzielt werden.“

Den Kindern endlich auf Augenhöhe begegnen

Das *Aktionsbündnis Kinderrechte*, zu dem das *Deutsche Kinderhilfswerk*, der *Kinderschutzbund*, das *UN-Kinderhilfswerk*, *UNICEF* und die *Deutsche Liga für das Kind* gehören, hatten sich hier einmal mehr, wenn auch erfolglos, für die Belange und Rechte der Kinder eingesetzt. Das ist gut und wichtig. So stehen die Kinder nicht ganz allein auf der großen, weiten Politikbühne. Dazu kommen Elternverbände sowie diverse soziale Institutionen und Initiativen. Die Welt

besteht zum Glück nicht nur aus Geld und Gier allein. Doch bei einer Lobby für Kinder bringe es laut Wallacher nichts, wenn die Erwachsenen für die Kinder sprechen und deren Interessen vertreten würden. „Die Kinder setzen die Agenda-Punkte. Und die Politiker sollten sich ehrlich, offen und direkt mit den Ideen und Bedürfnissen der jungen Generation auseinandersetzen und mit ihnen gemeinsam politische Prozesse gestalten.“ Nur so kann eine gesellschaftliche Entfaltung entstehen und sich für die Kinder etwas verändern, verbessern und bewegen.

Wer sich für die Belange von Kindern einsetzen möchte, „muss ihnen auf Augenhöhe begegnen und sie fragen, was sie brauchen und sich wünschen“, meint Judith Greil, die Vorsitzende des *Kreisjugendrings München-Stadt*. Die zukünftigen Bürger*innen sollten ihre Themen und damit ihre Lobby eigenständig gestalten können. Damit hat Greil schon gute Erfahrungen in den KJR-Einrichtungen und Jugendverbänden gemacht – in Form von regelmäßigen Kinderatssitzungen und Kinderkonferenzen. „Allerdings brauchen sie dann auch verantwortungsvolle Paten in Politik und Verwaltung, die sie in ihren Anliegen ernstnehmen und unterstützen.“ Greil ist davon überzeugt: „So eine Kinder-Lobby wäre wahrscheinlich viel innovativer, weil Kinder weniger Denkschränken im Kopf haben. Da gäbe es bestimmt die eine oder andere Überraschung.“

Zurück auf den Schulhof. Der Himmel ist immer noch grau. Die Pause vorbei. Die Kids sitzen in ihren Klassenzimmern an ihren Tischen. Sie lernen. Dabei bewegen sich die Masken, die sie auf Mund und Nase tragen, immer noch wie alte, verstaubte Blasebalge, die sich zusammenziehen und auseinanderdehnen. Wie ein Herz, das müde schlägt. Doch die Kinder sind nicht müde. Ihre Herzen schlagen schneller und schneller. Wann wird das endlich die Politik versteinern?<

Ebendorfer Straße

**MENSCHEN
RECHTE**

— STATT —

**RECHTE
MENSCHEN**

Wählen gehen.
AfD verhindern.

HANAU HALLE CELLE

Das
waren keine
Einzelfälle

Rassisten entwaffnen!

#Konsequenzen

DIES
IRAE

STRÖER



Die Sprache der extremen Rechten

Für die extreme Rechte gehört Sprache zu den wichtigsten Waffen im Kampf um kulturelle Hegemonie. Dabei wird systematisch verschleiert, verzerrt, umgedeutet und entmenslicht. Was sind die Strategien der extremen Rechten – und was kann man ihnen entgegensetzen? Von Tobias Holl

Hetze gegen Geflüchtete, PEGIDA oder der Erfolg der AfD: Wer in den vergangenen fünf bis zehn Jahren den politischen Diskurs in Deutschland verfolgte, konnte genug Beispiele für einen medial so bezeichneten „Rechtsruck“ wahrnehmen. Dieser Begriff ist mindestens aus zweierlei Gesichtspunkten irreführend. Erstens zeigen verschiedene empirische Studien, etwa die Leipziger Autoritarismus Studien, schon viel länger die Verbreitung von nationalistischen, rassistischen, antifeministischen und antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung. Und zweitens handelt es sich hierbei um keine zufällige Konjunktur, die sich plötzlich und unerwartet – eben „ruckartig“ – Bahn bricht.

Vielmehr war die extreme Rechte sehr erfolgreich darin, genau diese verbreiteten menschenfeindlichen Einstellungen zu mobilisieren. Themen wie Flucht und Migration, der Islam, aber auch Gender und Feminismus wurden seit Jahrzehnten systematisch von rechts besetzt. Anhand stilisierter Momente der Krise und des Terrors konnte extrem rechtes Potenzial zunehmend entfesselt werden. Dahinter steht eine explizite Diskursstrategie – und Sprache wird zur Waffe im Kampf um die Deutungshoheit.

Metapolitik – oder der Kulturkampf von rechts

Dabei ist die gezielte Nutzung von Sprache im Kampf um rechte Diskurshoheit kein neues Phänomen. Für

die extreme Rechte, auch in Deutschland, ist hierbei die sogenannte „Nouvelle Droite“, die Neue Rechte in Frankreich, von zentraler Bedeutung. Nach Samuel Salzborn kann deren politisches Ziel als „die Intellektualisierung des Rechtsextremismus durch die Formierung einer intellektuellen Metapolitik und die Erringung einer (rechten) ‚kulturellen Hegemonie‘“, zusammengefasst werden. Die aktuelle Rechtsentwicklung ist nicht zu verstehen, ohne die Renaissance der Neuen Rechten einzubeziehen.

Im bundesrepublikanischen Kontext kann die Entstehung der Neuen Rechten auf die Krise der neonazistischen Sammelpartei NPD Ende der 1960er Jahre zurückgeführt werden. Hatte die NPD in den 60ern noch einige parlamentarische Erfolge auf Landesebene vorzuweisen, scheiterte sie bei der Bundestagswahl 1969 knapp an der 5 Prozent Hürde. In der darauffolgenden Debatte der extremen Rechten lassen sich grob zwei Strömungen unterscheiden: Die einen prangerten den parlamentarischen Weg als zu systemkonform und legalistisch an und sahen die Antwort in Subkultur, Militanz, Gewalt und Terror auf den Straßen. Die anderen verstanden Theorielosigkeit und mangelnde Intellektualität der Bewegung als Ursache ihrer Krise.

Es ging nicht mehr vorrangig um den parlamentarischen Wahlerfolg. Dem Kampf um die Straßen wurde der Kampf um die Köpfe entgegengestellt:

Menschen müssten in einem breit angelegten Kulturkampf von extrem rechten Ansichten überzeugt werden, der Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ mit neuen Mitteln ausgefochten werden.

Zentral ist hierbei der Begriff der „Metapolitik“. In einem internen Strategiepapier der Identitären Bewegung (IB) von 2015 heißt es dazu, dass „Kultur, Sprache, Ideen, Parolen, Emotionen und Moral“ die zentralen Elemente seien. „Während Politik das Territorium der Parteien und Wahlen bleibt, ist Metapolitik das Territorium von Bewegungen und Aktionen.“

Demnach

wirke

Metapolitik

„auf das

ideelle (sic!)

Umfeld mit

Bildern,

Parolen, Ideen

und ‚Erzählun-

gen‘, welche die Wahrnehmung der Realität in den Köpfen der Menschen ändert. Sie ist ein Informationskrieg, die die Legitimität der herrschenden Macht angreift.“ Metapolitik beschreibt also eine Strategie der Verschleierung und Anpassung von eigenen Begrifflichkeiten an die vorherrschende mediale Umgebung. Über das Besetzen von Themen in scheinbar vopolitischen Räumen wie der Kultur, der Kunst und der Musik sollen grundlegende Diskurse und Denkmuster verzerrt, beeinflusst und verschoben werden. Diese Modernisierungsbemühung der extremen Rechten wurde schon 1973 in *La Plata Ruf*, einer rechtsnationalen deutschsprachigen Zeitschrift aus Argentinien, auf den Begriff gebracht:

„Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, daß sie nicht mehr ins Klischee der ‘Ewig-Gestrigen’ passen. Eine Werbeagentur muß sich auch nach dem Geschmack des Publikums richten und nicht nach dem eigenen. Und wenn kariert Mode ist, darf man sein Produkt nicht mit Pünktchen anpreisen. Der Sinn unserer Aussage muß freilich der gleiche bleiben. Hier sind Zugeständnisse an die Mode zwecklos. In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation ‘Die sollen doch heimgehen’ nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: ‘Dem Großkapital muß verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden.’ Der Sinn bleibt der gleiche: ‘Fremdarbeiter Raus!’“

Das Ziel ist also die Erlangung einer rechten kulturellen Hegemonie, um die „Konservative Revolution“ vorzubereiten. Erst über eine gesellschaftliche Diskursverzerrung, so die Idee, ist es möglich, auch die politische Macht zu übernehmen.

Professionalisierung und Vernetzung

Inhaltlich bleiben die talking points der extremen Rechten gleich, auch wenn es immer wieder zu marginalen Anpassungen und aktualisierten Themenvariationen kommt. Das „Neue“ der Neuen Rechten

liegt also vor allem in der strategischen Wahl der Mittel. Inzwischen kann die extreme Rechte auf ein

Ziel ist die Erlangung einer rechten kulturellen Hegemonie

weitverzweigtes und professionalisiertes Netzwerk politischer Publikationsorgane zurückgreifen, das immer mehr Menschen erreicht und den politischen Diskurs auch jenseits dieser Organe nach rechts verschiebt. Das *Institut für Staatspolitik* um Götz Kubitschek etwa, der Antaios Verlag oder die Zeitschrift *Sezession* sowie die Wochenzeitung *Junge Freiheit* gehören zu den zentralen Sprachorganen der Neuen Rechten. Dazu kommen das neurechte und verschwörungsideologische *Compact Magazin* oder als seriöse Internetzeitungen getarnte Hetzplattformen wie *PI-News*, *Journalistenwatch* oder *anonymous.ru*.

Das vielfältige Angebot hat sich dauerhaft etabliert und kann auf eine gut organisierte, vernetzte, akademisch gebildete und bürgerlich situierte Personengruppe zählen. Hierbei ist es wesentlich, die Verbindungen zwischen rechtem Aktivismus, der parlamentarischen Verankerung und der Mobilisierung auf der Straße bis hin zu Gewalt und Terror in den Blick zu nehmen. In der *Sezession* schreiben Größen der deutschsprachigen IB, unter anderem Martin Sellner, regelmäßig über ihr extrem rechtes Weltbild und ziehen die Verbindung zu der Notwendigkeit, dieses aktivistisch auf der Straße umzusetzen.

Diese Strategie ist längst in den Bundestag eingezogen, das zeigen die sogenannten „Konferenzen der freien Medien“, zu denen die AfD-Fraktion 2019 und 2020 einlud. Hier fanden sich die größten Netzwerker*innen der rechten Medienlandschaft zum Austausch ein. Vertreten waren unter anderem das Ehepaar Götz

Kubitschek und Ellen Kositzka vom Institut für Staatspolitik, Thomas Böhm und Phillip Beyer von *Journalistenwatch* sowie der rechte Hetzer und Autor für *PI-News* Michael Stürzenberger. Anwesend waren auch IB-nahe Aktivist*innen wie Daniel Sebbin oder Lisa Licentia. Hinzu kommen das *Compact Magazin*, *kla.tv*, *Okzident Media*, *Philosophia Perrenis* oder der *Deutschland Kurier* – letztendlich waren die meisten extrem rechten „Alternativmedien“ vertreten. Dass die AfD als Partei von den Realitätsverzerrungen und der Hetze der genannten Publikationsplattformen in nicht geringem Maße profitiert hat, gibt sie in der Einladung zur ersten Konferenz unverblümt zu: Nach dem historischen Einzug der Partei in den Bundestag sei es nun an der Zeit, „sich mit denjenigen zu treffen und auszutauschen, die einen großen Teil der Arbeit im Vorfeld geleistet haben (...) und wichtige Informationsverbreitung leisten.“ Die Rolle der AfD ist hier durchaus paradox, verunglimpfte die Neue Rechte doch den legalistischen Weg der Machtergreifung über die Wahlurne. Doch als eine relativ junge Partei, die sich dezidiert gegen die „Altparteien“ in Stellung bringt, schafft es die AfD, dieses Paradoxon in sich zu vereinen: Die Partei will eben nicht ‚nur‘ Stimmen in der Wahlkabine für sich gewinnen – sie will auch explizit den gesellschaftlichen Diskurs verändern und die kulturelle Hegemonie von rechts vorbereiten. Dafür spricht auch die Nähe zu Bewegungen auf der Straße und die enge Vernetzung mit den Sprachrohren der Szene.

„Kein Stehplatz im Salon, sondern ein Ende des Diskurses“

Dabei darf die Sprachstrategie der extremen Rechten in diesem Kontext nicht als der Versuch verstanden werden, über offenen Austausch von Argumenten auf einem freien Markt der Ideen in den demokratischen Willensbildungsprozess einzutreten. „Unser Ziel“, schreibt Götz Kubitschek 2006 in einem Beitrag für die *Sezession*, „ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.“ Der Artikel trägt passenderweise den Titel „Provokation!“ und bringt damit auf den Punkt, in welcher Art und Weise die extreme Rechte die Sprachfähigkeit demokratischer Akteur*innen torpedieren will: Die Sprache der Neuen Rechten soll destruktiv wirken, den Diskurs vorbelasten und mithin zerstören. Die Destruktivität hat dabei System: Wenn zum Beispiel das Thema Flucht und Migration permanent mit Angst und Gefahr, einer Dauerkrise und des ‚Untergangs des Abendlandes‘ verbunden werden, so wird eine

rationale Auseinandersetzung mit diesem Thema verunmöglicht. Egal wo und egal in welchem Kontext öffentlich über das Thema gesprochen wird, man begibt sich auf vermintes Gelände.

Die Rede vom „Großen Austausch“ ist beispielhaft für Narrative, die von der extremen Rechten in Umlauf gebracht werden – inzwischen ein zentraler Kampfbegriff der gesamten extremen rechten Szene. In aller Kürze geht die Verschwörungserzählung davon aus, dass nach einem ausgeklügelten Plan die weiße Mehrheitsbevölkerung in westlichen Ländern gegen muslimische oder nicht-weiße Einwander*innen ausgetauscht werden soll. Dabei werden zentrale Elemente extrem rechter Ideologien verknüpft: Der Feminismus sei an sinkenden Geburtenraten schuld. Deswegen wollen globalistische und kulturmarxistische Eliten Migrationsströme lenken, um ausreichend Menschenmaterial ins Land zu schaffen. Das „Abendland“ verliere seine kulturelle Identität, mithin wird sogar vom „Volkstod“ gesprochen. Hinter all dem stecke das geheime Interesse der Eliten, eine amorphe und identitätslose Masse besser kontrollieren zu können. Antifeminismus beziehungsweise Misogynie, völkischer Rassismus und Antisemitismus finden sich zum klassischen Dreiklang extrem rechter Ideologie zusammen. Dabei funktioniert der „Große Austausch“ als Schlagwort und geraunte Erzählung zugleich. Die Verästelungen der einzelnen Motive müssen gar nicht im Detail nachvollzogen werden, um ein Bild immenser Bedrohung und das Gefühl absoluter Dringlichkeit zu erzeugen. Es geht um einen Krieg, um die Existenz Europas – und in einem Krieg ist alles erlaubt.

Sprachspiele mit mörderischen Konsequenzen

Damit das Narrativ vom „Großen Austausch“ zum Tragen kommt, bedient sich die extreme Rechte nun konkreter Sprachverwendungen, die an die Erzählung anschließen und ihr zur emotionalen und affektiven Geltung verhelfen. Dafür gibt es unzählige Beispiele: Begriffsbesetzungen wie „Invasion“ oder „Messermänner“ schaffen eine Wahrnehmung von Krieg und Abwehrkampf. Die Verbindung von Migration mit entmenslichenden Begriffen wie „Tsunami“, „Flut“ oder „Welle“ erzeugen das Bild großer Naturkatastrophen, während Neologismen wie „Asylindustrie“ oder „Asyltourismus“ in verächtlichmachender Weise eine scheinbare Verbindung zu einem geheimen Plan globalistischer Eliten herstellen.

Die Kriegsmetapher wird auch durch pseudo-historische Bezüge bedient. Die IB vereinnahmt etwa das

Tobias Holl ist Soziologe und Mitarbeiter bei der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern.

altgriechische „Lambda“ Zeichen, um den mythisch überhöhten Abwehrkampf heldenhafter und vor allem europäischer Spartaner gegen Horden von persischen Invasoren zu referenzieren. Auch Kreuzritter stehen hoch in der Symbolik der Neuen Rechten, sowie der Bezug auf historische Figuren wie Prinz Eugen. Weitere Neologismen versuchen, die Radikalität des eigenen Weltbildes zu verschleiern: Eine „Minusmigration“ oder „Remigration“ wird gefordert, um „ethnokulturelle Identität“ zu erhalten. Systematische Tabubrüche und permanente rhetorische Provokationen erweitern schrittweise den Raum des Sagbaren und verminen das diskursive Feld. Die ohnehin eher rhetorisch existierende Brandmauer zwischen Konservatismus und der extremen Rechte erodiert zunehmend. Das zeigt sich nicht zuletzt an den verschwörungsideologischen Entgleisungen eines Hans-Georg Maaßen.

Dabei handelt es sich hier nie lediglich um abstrakte Sprachspiele ohne weitere Konsequenz. Das, was erzählt wird, wird ernst genommen, um nicht zu sagen: todernst. Denn es geht aus der Perspektive der extremen Rechte um das Existenzielle, um einen letzten Abwehrkampf, um eine kollektive Notwehrsituation. Es geht um alles – und dann ist alles erlaubt. Der Attentäter im Neuseeländischen Christchurch 2019 betitelte die Rechtfertigung seines rassistischen Terroranschlags mit „The Great Replacement“ und stand erwiesenermaßen in Kontakt mit der Österreichischen IB. Im selben Jahr fasste der Attentäter von Halle seine mörderischen Beweggründe mit genau den Versatzstücken extrem rechter Ideologie zusammen, die im Narrativ des „Großen Austauschs“ zum Tragen kommen: „Feminism is the cause of declining birth rates in the West, which acts as a scapegoat for mass immigration, and the root of all these problems is the Jew.“

Was tun wider die Sprachlosigkeit?

Das Ziel extrem rechter Sprache ist also „nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform“, so Götz Kubitscheks unverblühte Worte. Ohne ihm über Gebühr Raum geben zu wollen, birgt dieser Satz jedoch eine wichtige Erkenntnis, um über mögliche Gegenstrategien nachzudenken. Oft erleben wir Sprachlosigkeit, wenn wir mit extrem rechter Sprachstrategie konfrontiert sind. Das ergibt sich daraus, dass wir häufig Diskurs als Konsensform bemühen und bewahren wollen. Genau damit begeben wir uns aber auf das Spielfeld der extremen Rechten. Ein offener Diskurs jedoch ist meist gar nicht möglich, geschweige denn im Interesse rechter

Akteur*innen. Sie sind sich des Kampfes um kulturelle Hegemonie oft bewusster als ihre Gesprächspartner*innen. Nicht mit anderen sprechen wollen sie, sondern sprechen, um Recht zu bekommen. Wo immer sie Macht gewinnen, delegitimieren und sanktionieren sie jeglichen Widerspruch. Dem darf kein Raum aus falsch verstandenem Pluralismus gegeben werden.

Es ist wichtig, die Strategie der extremen Rechten zu erkennen und zu benennen. Hier ist eine Auseinandersetzung mit deren menschenverachtenden Ideologien, Narrativen und Strategien essenziell – nicht die Debatte mit ihnen selbst. Und es braucht mehr professionelle Aufklärung über Akteur*innen und Netzwerke. Eigene Positionen müssen geschärft und Haltung gewahrt werden, um in aktuellen Debatten nicht immer nur reaktiv aufzutreten. Die Grenzen des demokratischen Diskurses sind nicht beliebig. Sie müssen sich an Menschenrechten und der Menschenwürde orientieren. So wichtig Widerspruch dabei in der konkreten Auseinandersetzung ist, sollte er sich in erster Linie nicht an rechte Akteur*innen richten, sondern an das weitere Publikum. Schließlich ist es zentral, statt beim Sprechen über die extreme Rechte nur auf Akteur*innen selbst einzugehen, immer die – mithin mörderischen – Konsequenzen ihres Handelns deutlich zu benennen. Das bedeutet, eine Perspektive einzunehmen, die sich mit den Betroffenen rechter Hetze und Gewalt solidarisiert.<

Die für den Beitrag verwendete Literatur ist beim Autor dokumentiert und abrufbar.

Fakten gegen Gerüchte: Arbeitslose Deutsche

Kein Flüchtling nimmt Dir den Job weg.

Asylbewerber dürfen in den ersten drei Monaten ihres Aufenthaltes gar nicht arbeiten. Danach müssen sie eine Arbeitsvermittlung beantragen, um arbeiten zu dürfen. Findet der Asylbewerber eine Arbeitsstelle, muss die Arbeitsagentur in jedem Fall zuerst prüfen, ob es keinen passenden Deutschen (oder EU) Bürger für diesen Job gibt. Diese Prüfung nennt sich Vorrangprüfung und gilt die ersten 18 Monate. Nur bei sogenannten Mangelberufen fällt diese Prüfung weg. Mangelberufe sind vor allem Handwerksberufe, bei denen es grundsätzlich einen Mangel an Arbeitskräften in Deutschland gibt - zum Beispiel Metallwerker oder Sanitärinstallateure. Einmal Land über, was heißt der Fachkräftemangel? Nachweise sind die ständigen Gegenden leidet unter dem massiven Wegzug der Jungen und gut Ausgebildeten. Gibt es da wirklich keinen Platz für die

mit Bildung überqualifizierte jungen Leute, wie denn jetzt Flüchtlinge einen Hochschulabschluss hat? Die Wahrheit ist also: Wenn man keinen Job findet, kann das viele Gründe haben - aber es liegt nicht an den Asylbewerbern.

Recherchiert und verfasst nach bestem Wissen und Gewissen.

STRÖER

**DAS INTERNET WURDE FÜR
KATZENVIDEOS ERFUNDEN!**

**NICHT ZUR VERBREITUNG FALSCHER
GERÜCHTE GEGEN GEFLÜCHTETE.**



**WWW.
HOAXMAP.
ORG**

**Wählen gehen.
AfD verhindern.**

It's the racket, stupid!

Der Kapitalismus ist eine Bandenherrschaft, heißt es in der Kritischen Theorie. Ein Einordnungsversuch des Lobbybegriffs und der Frage danach, für wen eine NGO spricht, auf Basis der Racket-Theorie.
Von Florian Feichtmeier

Lauscht man den Lagerfeuergesprächen im Kleingartenverein, sind es mächtige Lobbys, die eine im Grunde frei und demokratisch eingerichtete Nation mit unlauteren Mitteln stören und auf falsche Pfade führen würden. Diesen Lobbys sollte das Handwerk gelegt werden, ist zu hören. Zur Einordnung dieser Behauptung stellt sich die Frage, in welcher Sphäre Lobbys eigentlich unterwegs sind und wer letztendlich im herausgebildeten Kapitalismus herrscht.

Laut Marx herrschen jene, die den Schlüssel für gesellschaftlichen Reichtum in Händen halten. Die Besitzenden von Produktionsmitteln (Fabriken, Maschinen, Transportmitteln, et cetera) herrschen, wer nichts anderes hat als die eigene Arbeitskraft, wird beherrscht. Dem Staat fällt nach Marx die Rolle des „ideellen Gesamtkapitalisten“ zu, der dieses Verhältnis zu verwalten hat.

Transformation der Herrschaftsform

Horkheimer bemerkte die Tendenz, dass die Besitzenden der Produktionsmittel im Laufe des 20. Jahrhunderts zunehmend von der Leitung der Unternehmen getrennt und durch Management sowie Vorstand ersetzt wurden. Dies erfolgte unter anderem durch die Kapitalkonzentration – also dem Zusammenschluss vieler Unternehmen zu großen Konzernen.

Die Besitzenden der Konzerne haben nur noch selten die Verfügungsgewalt über die Unternehmen, sitzen häufig nur mehr im Aufsichtsrat oder erfahren über den Werdegang ihres Kapitalbesitzes aus der Aktienzeitschrift. Dagobert Duck: ein Auslaufmodell. Die Verfügungsgewalt habe laut Kritischer Theorie eine Bürokratie übernommen, die „Partner der herrschenden Klasse“ sei. Diese „Wandlung des Geschäfts zur Firma“ habe eine Elite aus „upper bureaucracy“ hervorgebracht, eine „Hierarchie der Rackets, jeweils vertreten durch immer ‚höhere‘ Bürokraten oder Businessmen“, notierte Friedrich Pollock dazu.

Die Verwaltung des Kapitals zieht sich bis tief in den Staatsapparat hinein. Nicht nur, weil Staaten oder Kommunen selbst häufig an Konzernen beteiligt sind oder jährlich viele milliardenschwere Kredite geben, sondern weil der gesamte Apparat von Wirtschaftsministerium bis Kommunalverwaltung an reibungsloser Kapitalverwertung interessiert ist. Wer herrscht also? Die Verwaltung, bestehend unter anderem aus „Bürokraten und Businessmen“ heißt es in der Kritischen Theorie. Es sei eine „verwaltete Welt“, fasst Theodor W. Adorno zusammen; die „totale Verwaltung“ nennt es Herbert Marcuse.

Wie lassen sich hier die kapitalseitigen Lobbys („Pharma-Lobby“, „Banken-Lobby“, Arbeitgeberverband, et cetera) einordnen? Sind sie Störenfriede, die von außen kommen? Laut Kritischer Theorie jedenfalls

nicht. Sie sind selbst Teil des kapitalverwaltenden Apparats, Teil der Ordnung.

Wer beherrscht die Verwaltung?

„Ich beherrsche doch nicht die Welt“, könnte sich eine Person für belanglos anmutende Verwaltungstätigkeiten der Stadt München beim Lesen dieser Absätze denken. Und das stimmt vermutlich. Die allermeisten Menschen der herrschenden Verwaltung werden selbst beherrscht. Das Strukturprinzip innerhalb der Verwaltung ist laut Kritischer Theorie das Racket, die Bande, der sich die Einzelnen unterzuordnen haben. Das liege am grundlegenden Prinzip dieser Gesellschaft, die über die Kategorie des Dazugehörens bestimmt sei, erläutert Otto Kirchheimer. Dies entscheide, „ob ein Individuum in dieser Hinsicht ein Erfolg oder ein Versager ist“.

Entgegen dem bürgerlichen Glücksversprechen von der Freiheit der Einzelnen, beruhe diese Gesellschaft nicht auf bewusster Zusammenarbeit für Dasein

und Glück ihrer Mitglieder, so Max Horkheimer. Wo aber die Allgemeinheit kein bewusstes Interesse der Menschen bilde, je stärker der Konkurrenzkampf sei, umso mehr komme der eigentümliche „Charakter der Kälte und Gleichgültigkeit“ zum Tragen. Vereinzelung und soziale Kälte zwingt die Menschen, sich zum Racket zusammenzuschließen und unterzuordnen, ins Kollektiv, in die verschworene Gruppe.

Rackets sind laut Horkheimer „nicht als eine Macht jenseits des Systems, sondern als die eigentliche bestimmende Form der Klassengesellschaft selber“ zu verstehen. Nicht einbrechende Gangster maßen sich „die Herrschaft über die Gesellschaft“ an, sondern „die gesellschaftliche Herrschaft“ gehe „aus ihrem eigenen ökonomischen Prinzip heraus in die Gangsterschaft über“. Die Ordnung des Liberalismus sei beim näheren Hinsehen eine Bandenherrschaft.

Wenn also der eingangs erwähnte Stammtisch im Kleingartenverein wüsste, dass sogenannte Lobbys a) zur totalen Verwaltung dazugehören und b) das Strukturprinzip der verwalteten Welt Banden sind: Wie

empörend ist dann noch, wenn eine Lobby irgendwo anklopft?

Die handelnden Personen in der höheren Bürokratie wandern in der Regel quer durch den Verwaltungsapparat. Studentenverbindung, Kanzlei, Bankvorstand, Bankenaufsicht, Ministerialbüro, und dann wieder freie Berater*innen. Die Karrieren entwickeln sich entlang des jeweiligen Racketverbands.

Besitzlose Rackets

Weil die Herrschenden als Ansammlung von Rackets organisiert sind, sind auch die Menschen ohne Produktionsmittel und Herrschaftszugang gezwungen, sich nach ihrem Bild zu organisieren. Anstatt Solidarität erscheine ihnen Konformität rationaler, fasst Thorsten Fuchshuber in seinem 2019 über die Racket-Theorie erschienenen Wälzer zusammen.

Der Druck der Herrschenden erzwingt „innerhalb der beherrschten [Masse] die Menschen dazu [...], Herrscher gegen die noch Ohn-

Besitzlose suchen ihr Heil ebenfalls im Kollektiv

mächtigeren zu werden. Der selbst Unterdrückte wird durch diese Vermittlung immer noch zum unmittelbaren Henker gegen die weiter unten Stehenden“, so Horkheimer in seinen Racket-Notizen. „Die abgetragenen Kostüme der Aristokraten leben als Volkstrachten fort, die Rackets der herrschenden Klasse als Brutalität der Stärkeren gegen die Schwächeren, also die unbeschreibliche Gemeinheit des Mobs gegen die Ohnmacht.“

Besitzlose, also Menschen ohne nennenswerte Produktionsmittel (Nähmaschine, Auto oder Laptop zählen da nicht dazu) suchen ihr Heil ebenfalls im Kollektiv beziehungsweise der Bande – und das ist auch nicht immer schön anzusehen. Banden aus Besitzlosen können sich ebenfalls – nach innen und außen – brutal ausagieren.

Laut Kritischer Theorie kommt es auf der Seite der Besitzlosen zu einer ähnlichen Abspaltung wie auf der Kapitalsseite. Erst seien die Gewerkschafts- und Arbeiterparteien zwar echte Schutzinstrumente gewesen, dann aber habe eine „Spaltung der Apparat-

interessen von den Interessen der Beschützten“ stattgefunden, kritisiert Friedrich Pollock.

Den Begriff „Arbeiteraristokratie“ wird Horkheimer in diesem Zusammenhang aufnehmen, der allerdings bereits auf Marx zurückgeht, als die „bestbezahlten Teile der Arbeiterklasse“ und Friedrich Engels, der seinerzeit bereits bemerkte, dass diese „bestbezahlten Teile der Arbeiterklasse“ häufig im Gewerkschaftsapparat zu finden seien. So laufen laut Kritischer Theorie Gewerkschafts- und sozialistische Parteiapparate im Spätkapitalismus zur Verwaltung über, die wiederum „Partner der Herrschenden“ ist.

Ein greifbares Beispiel dafür ist heute der ehemalige VW-Betriebsratschef Bernd Osterloh, der sich vom mächtigen IG-Metall Lohnabhängigen-Führer und gewinnbeteiligten Betriebsrat, zum Vorstand der VW-Tochter *Traton* mauserte. Oder Jürgen Dorn, der sich vom mächtigen IG-Metall Lohnabhängigen-Führer und Vorsitzenden des Konzernbetriebsrats der MAN, für den Posten als Personalmanager bei MAN qualifizierte. Das hat mit Racket-Strukturen zu tun, die in der deutschen Automobilindustrie in besonderem Maße herrschen. Aber auch damit, dass diese Personen schon zu Beginn der aufgezählten Karrierestufen der Verwaltung angehört haben.

Die Racket-Strukturen innerhalb dieser Verwaltung ermöglichten auch die Installation einer manipulativen Abgastechnik quer durch die deutschen Automarken sowie illegale Preisabsprachen, wie beispielsweise 2019 bezüglich des Stahlpreises zwischen Volkswagen, Daimler, BMW und der Stahlindustrie.

NGO-Rackets

Auf Nichtregierungsorganisationen (NGOs) hatten Horkheimer, Adorno, Marcuse, Pollock und Co. die Racket-Theorie nicht angewendet, da sie sich auf den Kernwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit konzentrierten, der einer vernünftigen Gesellschaft mündiger Menschen nach ihrem Dafürhalten entgegenstehe. Die Racket-Theorie auf NGOs angewendet, würde bedeuten, NGOs daraufhin zu untersuchen, ob sie a) Teil der verwalteten Welt sind oder ein echtes Schutzinstrument und b) ob sie aus Rackets bestehen oder sich ablösenden und demokratisch formierten Räten.

Diese Untersuchung dürfte ergeben, dass die allermeisten NGOs ebenfalls zur Bürokratie der verwalteten Welt gehören, die mit dem Staatsapparat selbst verwoben sind, sei es durch die Bindung an Staats-

Fördertöpfe, Kommunen oder dem Staat im Staat, der Kirche. Darüber hinaus sind viele NGOs Vermarktungsagenturen, die bereinigtes Gewissen in Warenform verkaufen.

Und freilich entstehen innerhalb von NGOs ebenfalls Rackets. Innerhalb derer lässt sich im jeweiligen Racket-Verbund ebenso herumspringen wie es die Vorstandsmitglieder des *Arbeitgeberverbands Gesamtmetall* in ihren Gefilden tun. Da pendeln die Karrieren zwar nicht so schillernd zwischen Kanzlei, Bank, AG-Vorstand und Arbeitgeberverband hin und her, aber immerhin zwischen NGO, AWO, SPD oder Gewerkschaft.

Dennoch verbessern einige NGOs die Situation von Menschen, die sie vertreten. So wie manche Gewerkschaftsarbeit einiges erreichen konnte für Lohnabhängige, so erreichen auch NGOs konkrete Erfolge – man denke nur an die von *Sea-Watch* aus dem Meer geretteten Menschen. Dagegen finden sich in der Kritischen Theorie keine Einwände. Sowohl Marx als auch die kritischen Theoretiker verweisen nur darauf, dass die Gesellschaft so einzurichten sei, dass das niemand tun muss.<

Literaturhinweis

*Die allermeisten Zitate und indirekten Zitate dieses Textes stammen aus dem 2019 im *ça ira* erschienen Werk „Rackets: Kritische Theorie der Bandenherrschaft“ von Thorsten Fuchshuber, der die zahlreichen Fragmente der Racket-Theorie, die leider nie abgeschlossen werden konnten, in einem Werk zusammengefasst hat.*

Ebenfalls empfohlen: Wolfgang Pohrt: „Brothers in Crime. Die Menschen im Zeitalter ihrer Überflüssigkeit. Über die Herkunft von Gruppen, Cliques, Banden, Rackets und Gangs.“

Florian Feichtmeier
*ist Gewerkschafter
und grübelt in München.*





Schlimmer geht immer

Hunderttausende Demonstrant*innen auf Bayerns Straßen, unerwartete politische Allianzen, eine breite Politisierung der Gesellschaft und am Ende ein paar kosmetische Korrekturen an einem zutiefst autoritären Gesetz. Drei Jahre Protest gegen das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz – was bleibt?
Von Laura Pöhler

Der Erfolg der ersten Münchner Demonstration gegen das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz, kurz PAG, war selbst für die Organisator*innen überwältigend: Als am 10. Mai 2018 die ersten Demonstrant*innen über den 13 Kilometer langen Kundgebungsweg am Münchner Odeonsplatz, dem Ort der Schlusskundgebung, angelangt waren, hatten die letzten noch nicht einmal den Ausgangspunkt am Marienplatz verlassen. Von der Bühne der Hauptkundgebung vor der Feldherrenhalle aus war das Ende der Versammlung, das sich irgendwo die Ludwigstraße hinunter an der Ludwig-Maximilians-Universität befand, nicht einmal zu erahnen.

Doch beeindruckend am Demonstrationszug in München war nicht nur dessen schiere Größe: Die „große *noPAG*-Demo“ war eine außergewöhnlich heterogene Versammlung – mit ausgesprochen guter Laune. Man muss im Freistaat erstmal ein politisches Anliegen finden, auf das sich neben Grünen, LINKE, Die Partei Die Partei und Mut, auch Piratenpartei, SPD, MLPD und FDP einigen können. Und das war bei Weitem nicht die ungewöhnlichste Allianz an diesem Tag: Da liefen Datenschützer*innen und Netzpolitik-Aktivist*innen mit Geflüchtetengruppen und Berufsverbänden von Geheimnisträger*innen. Journalist*innen, Anwalt*innen und Arzt*innen vorne, marxistisch-leninistische Kleingruppen hinten. Irgendwo am Rande der Versammlung, wo die Lautsprecher der Hauptbühne schon lange verhallt waren, wummerten die Bässe der *noPAG*-Jugend und vom Himmel regnete es Glitzer, während die Polizeiklasse, ein Zusammenschluss aus Studierenden der

Kunstakademie München, die Klamotten aller willigen Passant*innen mittels einer fahrenden Siebdruckmaschine mit der Aufschrift „NEIN“ bedruckte – ihre Antwort auf das neue PAG. Und für manche in München die vielleicht ungewöhnlichste Allianz, war der Schulterschluss von Ultras der großen Münchner Fußballvereine: *Schickeria* und *Löwenfans gegen Rechts*. Selbst junge Liberale sollen spontan in die umliegenden Sprechchöre eingestimmt und die gelb-rosa FDP-Fahne schwingend laut „A! Anti! Antikapitalista“ gerufen haben.

Es war dies die größte Demonstration Bayerns seit der Lichterkette im Jahr 1992, bei der rund 400.000 Menschen nach dem Mordanschlag von Mölln in München auf die Straße gegangen sind. Flankiert war sie von nicht minder beeindruckenden Protestversammlungen in Nürnberg, Augsburg und Regensburg sowie zahlreichen kleineren bayerischen Orten.

Zugriff auf Verdacht

Anlass für den Protest waren die von der Landesregierung geplanten Änderungen am Bayerischen PAG in den Jahren 2017 und 2018. Dieses Gesetz regelt die Aufgaben der Bayerischen Polizei zu Gefahrenvermeidung und Gefahrenabwehr. Bereits im Juli 2017 hatte man erste Änderungen am Gesetzestext vorgenommen – damals begleitet lediglich vom Protest einiger weniger linksradikaler Gruppen, der kaum Öffentlichkeit, aber umso mehr Repression eben durch die Bayerische Polizei erfuhr. Im Mai 2018 sollten nun die Befugnisse und Eingriffsrechte der Polizei massiv

ausgeweitet werden. Dabei ging es vor allem um die Kontrolle von Raum – also etwa das Verhängen von Aufenthaltsgeboten beziehungsweise -verboten sowie von einer zeitlich theoretisch unbegrenzt ausweitbaren Gefährderhaft. Auch die digitale Kommunikationsüberwachung sollte erweitert werden, sowie die materielle Ausstattung der Polizei: Body Cams, Drohnen und, wie es im ursprünglichen Gesetzesvorschlag angedacht war, Sprengmittel in Form von Handgranaten.

Für die von polizeilichen Maßnahmen Betroffenen sollte das neue PAG vor allem einen massiven Abbau der

Rechtsmittel bedeuten, welche Beschuldigten bis dahin zur Verfügung gestanden hatten: Die Novellierung sah vor, den richterlichen Vorbehalt stark abzuschwächen, die anwaltlichen Beistandsbefugnisse hingegen stark einzuschränken.

Neben diesen an sich schon hochproblematischen Einzelmaßnahmen kritisierte die Demonstration vor allem die Einführung einer neuen Gefahrenkategorie ins Polizeirecht: die der „drohenden Gefahr“. Die Polizei kann präventiv eine Vielzahl an Maßnahmen gegen Personen ergreifen – selbst wenn keine konkreten Anhaltspunkte für eine Bedrohung vorliegen. So kann sie Menschen außerhalb ihrer Wohnungen durch V-Leute oder Drohnen überwachen lassen, Bildaufnahmen anfertigen und sich Zugriff auf technische Geräte wie Handys und Computer verschaffen – nur weil die Bayerische Polizei den Verdacht hegt, dass von diesen Menschen zu einem unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft irgendeine Gefahr ausgehen könnte. Vereinfacht gesagt: Während die Polizei bisher beim Verdacht auf geschehene Straftaten ermittelt hatte, sollte sie sich nun mit der Bewertung von Menschen im Tatvorfeld beschäftigen.

Ein glücklicher Anfang

Journalist*innen, deren Spezialisierung im Bereich des Datenschutzes lag, wurden mit als erste auf die geplante Gesetzesänderungen aufmerksam. Sie warnten vor den verfassungsrechtlichen Folgen eines solchen Gesetzes, vor einer Aufweichung der Gewaltentrennung: Die Polizei werde durch das neue PAG mit geheimdienstlichen Befugnissen ausgestattet, die weit über das hinausgingen, was eine Exekutive

dürfen sollte. Ein Bündnis gegen das neue Bayerische PAG entstand im März 2018. Zuvor hatten Akteur*innen aus sonst in ihrer politischen Arbeit oft sehr disparat arbeitenden Gruppen aufgerufen: Menschen aus der antirassistischen Bewegung, die sich bereits gegen das 2016 von der CSU im Alleingang verabschiedete Integrationsgesetz engagiert hatten, das Bündnis *Freiheit statt Angst*, welches sich gegen Vorratsdatenspeicherung, digitale Überwachung und

für Datenschutz aussprach, sowie Menschen aus dem Umfeld der Proteste gegen die Münchner Sicherheits-

konferenz. Im Nachhinein ist diese – zumindest für Münchner Kontexte – außergewöhnliche Allianz kein Zufall. Alle drei Gruppen verband, dass sie aufgrund ihrer politischen Arbeit Bedeutung und Tragweite des neuen PAGs erkannten: nämlich als Ausdruck eines allgemeinen Trends autoritärer Verschärfung und zunehmender Repression von Minderheiten. Sie sollten recht behalten. Die ersten Betroffenen der im neuen PAG verlängerten Gefährderhaft waren Geflüchtete.

Wurden die Bündnisgrundsätze noch extrem konfliktreich diskutiert, kam es bereits kurz nach dem Auftakttreffen zu einer unerwarteten Koalition aus den bürgerlichen Parteien und autonomen Gruppen von FDP bis Marxistische Jugend – in Abgrenzung unter anderem auch zu Bestrebungen von Querfront-Akteur*innen, sich dem Bündnis anzuschließen. Glücklicherweise für das *noPAG*-Bündnis war sicher auch, dass die Extremismusdebatte – eine reflexhafte, jedoch grundlegend falsche Gleichsetzung von links und rechts, die oft zur Achillesferse linker Bündnisse wird – nur kurz angeschnitten wurde, aber nicht verfiel. Die im Bündnis vertretenen Mitglieder bürgerlicher Parteien waren klug genug, diese Debatte nicht wieder aufzubringen. Im *noPAG*-Bündnis fand statt, was man sich bei so vielen anderen politischen Anlässen wünschen würde: Solidarisierung der bürgerlichen Parteien und der Linksliberalen mit antirassistischer, antifaschistischer und progressiv-linker Zivilgesellschaft.

Neben diesem glücklichen Anfang des Bündnisses fußt die Konjunktur des Themas und damit der Erfolg der *noPAG*-Bewegung vermutlich auf einer Mischung aus

Die ersten Betroffenen der im neuen PAG verlängerten Gefährderhaft waren Geflüchtete

Zufällen und langer politischer Vorarbeit einzelner, später auch im Bündnis aktiver Akteur*innen: Die Landtagswahl 2018 stand an, die Angst vor einem Einzug der AfD beschäftigte inzwischen auch viele im bürgerlichen Lager. Der Kreuzerlass, die Einrichtung von Ankerzentren und die Debatte um eine „deutsche Leitkultur“ hatte die liberalen Gemüter vieler Menschen in Bayern bereits im Vorfeld erregt und nicht wenige fragten sich im Frühjahr 2018, wie autoritär und faschistoid die CSU eigentlich noch werden würde. Der G20-Gipfel war eben vorbei, die Berichterstattung über die Proteste in Hamburg und das juristische Nachspiel hatte Polizeigewalt für viele im Alltag nicht Betroffene zum ersten Mal sichtbar gemacht. Organisationen wie *Digitalcourage* und Piratenpartei, Medien wie *Süddeutsche Zeitung* und *Netzpolitik* hatten in den vergangenen Jahren immer wieder auf mögliche Eingriffe in die digitale Privatsphäre hingewiesen und die Angst vor Überwachung war im liberalen Lager angekommen.

Kosmetische Korrekturen

Wenn man zum Protest gegen die Bayerische Landesregierung aufruft und es gehen binnen weniger Tage hunderttausende Menschen auf die Straße, kann man sich schon mal ein paar Minuten lang einbilden, die CSU gerate in ihrem radikalen Regierungsparadigma vielleicht ins Taumeln. Es sollte am Ende nur ein Stottern bleiben: Das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz trat nur wenige Tage nach der Großdemonstration vorläufig in Kraft. Erfolglos waren die Proteste jedoch nicht: In Erklärungsnot geraten, kündigte die CSU die Überprüfung des Gesetzes durch eine „unabhängige Kommission“ an. Diese widmete sich letztendlich ausschließlich der praktischen Umsetzung des neuen PAG und dabei lediglich einigen besonders umstrittenen Elementen. Nicht überprüft wurde die Vereinbarkeit der neuen Bestimmungen mit dem Grundgesetz. Auch Einzelfallprüfungen wurden nicht vorgenommen, obwohl zu dem Zeitpunkt, als die Kommission ihre Arbeit aufnahm, bereits ein skandalöser Anwendungsfall des neuen PAG an die Öffentlichkeit gelangt war. Auch ließ die Besetzung der Kommission Zweifel an ihrer angebe-

lichen Unabhängigkeit aufkommen. Vertreter*innen der Zivilgesellschaft oder Betroffene waren beispielsweise nicht vertreten, die beiden Polizeigewerkschaften hingegen wurden intensiv befragt.

Im August 2019 legte die Kommission einen – aus Sicht des Bündnisses – überraschend kritischen Bericht vor, in der sie unter anderem Kritik an der Regelung zum Präventivgewahrsam übte. Dieser betreffe in überwiegendem Maße Migrant*innen, woran deutliche Kritik geübt wurde. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann kündigte daraufhin eine Korrektur an. Die grundlegende Kritik der Zivilgesellschaft an dem Gesetz konnte durch die im Dezember 2020 vorgelegten Änderungen jedoch nicht ausgeräumt werden. Trotz der Ankündigung Joachim Herrmanns,

die Anregungen aus dem Abschlussbericht der PAG-Kommission „eins zu eins“ umzusetzen, wurde der neue Gesetzesentwurf dem

Was feststeht: Das nächste autoritäre Gesetz kommt sicher

Kommissionsbericht nur in Teilen gerecht. Das PAG bleibt ein im Kern verfassungswidriges Gesetz, das die Bayerische Polizei mit unverhältnismäßigen und weit ins Gefahrenvorfeld reichenden Befugnissen ausstattet. Mittlerweile ist auch klar, dass der Bayerische Innenminister sowie Polizeivertreter*innen die Öffentlichkeit 2018 über die geplanten Änderungen belogen haben. So wurden trotz anderslautender Behauptungen Menschen ohne anwaltlichen Beistand mehrere Wochen in Haft gehalten.

Wie geht es jetzt weiter? Das PAG wurde am 20. Juli 2021 endgültig verabschiedet, und alles spricht dafür, dass es uns in seiner jetzigen Form bleibt – übrigens auch nach einem möglichen Regierungswechsel: Die letzten 30 Jahre haben gezeigt, dass autoritäre Verschärfungen im Bereich Innere Sicherheit kaum je zurückgenommen werden, auch nicht im Falle eines Regierungswechsels zugunsten einer liberaleren Regierung.

Schlimmer geht immer: PAG 2.0

Die Novellierungen des Bayerischen PAG sind inzwischen zu einer Randnotiz in den Medien geworden und es steht zu befürchten, dass die endgültige Verabschiedung eine kritische Berichterstattung in der

breiten Öffentlichkeit gänzlich verschwinden lassen wird.

Auch im Bündnis ist es ruhig geworden. Das kann man bedauern, aber Bewegungen dieser Form müssen vermutlich zerfallen, wenn sie nicht Institutionen werden wollen – und Institutionen haben stets eine Tendenz zur Undurchlässigkeit, Trägheit und vor allem Blindheit für marginalisierte Stimmen. Gerade diese Gruppen – das haben die Erkenntnisse über das neue PAG gezeigt – sind als erste von autoritären Sicherheitsgesetzen betroffen. Es bleibt zu hoffen, dass alle Bündnispartner*innen den Mehrwert eines breiten Bündnisses sehen und dass die Kontakte, die hier geknüpft werden konnten, auch in Zukunft tragen und schnell aktiviert werden können.

Was feststeht: Das nächste autoritäre Gesetz kommt sicher. Denn das neue Bayerische PAG ist weitaus mehr als das Hirngespinnst einer machtdusseligen konservativen Partei. In allen anderen Ländern, außer Thüringen, wurden seit 2017 ähnliche Gesetze beschlossen, nur mancherorts konnten sie verhindert werden. Sie sind Ausdruck eines allgemeinen Trends autoritärer Verschärfung, zunehmender Repression und sozialer Kontrolle. Sie haben nichts mit der Realität zu tun. Denn, wohlgemerkt, aus Behörden-sicht ist Deutschland so sicher wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr. Warum nehmen Repressionen und soziale Kontrolle trotzdem immer weiter zu? Das hat wohl einiges mit der Krise zu tun, in welcher das System Kapitalismus steckt, und dem verzweiferten Versuch dieses Systems, sich selbst zu erhalten. Auch Rassismus und die Abschottung Europas sind damit eng verbunden. Dazu passt, dass das neue PAG der Polizei die Ermächtigung erteilt, die Identität von Personen festzustellen, die sich an einem Ort aufhalten, „der als Unterkunft oder dem sonstigen, auch vorübergehenden Aufenthalt von Asylbewerbern und unerlaubt Aufhältigen dient“. Die Asylbewerberunterkunft wird hier pauschal zum gefährlichen Ort erklärt.

Aus Bewegungsperspektive nicht irrelevant sind auch Erfolge anderer Art, die das Bündnis gegen das Polizeiaufgabengesetz mit sich gebracht hat: Es war ein Vernetzungsort innerhalb der linken Bewegung in Bayern. Viel deutet darauf hin, dass es nicht nur ein innerlinker Bildungsort zu polizeikritischen Themen war, sondern dass es junge Menschen politisiert hat, die heute wichtige Bewegungen wie *Black Lives Matter* und *Fridays for Future* mittragen.

Kurz vor der endgültigen Beschlussfassung, im Juni 2021, brachte die CSU einen Änderungsantrag in den Innenausschuss des Landtages ein, der abermals eine neue Änderung am Polizeiaufgabengesetz vorsah. Selbst für das Organisationsteam des *noPAG*-Bündnisses, die das Gesetzgebungsverfahren seit nunmehr drei Jahren intensiv beobachten, kam diese Änderung überraschend. Wir verdanken es aufmerksamen Mitarbeitenden im Landtag sowie einem Artikel in der *Süddeutschen Zeitung*, dass diese Änderung nicht komplett übersehen wurde.

Die Bayerische Polizei soll künftig befugt sein, „bei Anlässen, die mit erheblichen Sicherheitsrisiken verbunden sind“ eine sogenannte Zuverlässigkeitsüberprüfung durchzuführen und somit personenbezogene Daten von Einzelnen „bei öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen erheben“ zu können. Diese „Zuverlässigkeitsüberprüfungen“ soll für jede Art von Veranstaltung gelten. Eine mögliche Anwendung auf Demonstrationen halten Jurist*innen nicht für ausgeschlossen. Die Landesregierung aus CSU und Freien Wählern streitet das ab. Und dennoch: Die neuerliche Änderung wurde bei der Verabschiedung des neuen PAG im vergangenen Juli übernommen.<

Laura Pöhler *ist seit der Gründung 2018 Sprecherin des Bündnisses gegen das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz. Die Antifaschistin lebt in München.*



To the world politicians

A letter waiting for an answer

Mit ihrem Blog bringt Parwana Amiri die Stimmen Geflüchteter aus dem Lager in Ritsona in alle Welt. In der Nummer 21 berichtet sie, wie das alltägliche Leben im Lager einem großen Gefängnis gleicht, das Menschen wahllos festhält. Von Parwana Amiri

My name is Parwana Amiri. I am currently living in Ritsona camp with 3000 more people, hundreds of whom are young girls, like me. I am writing to you, not because I trust or believe you, but because I must give voice to many people around me who still place their hopes in you. I discern this hope in their faces when they laugh, I touch this hope in their veins when I hold their hands, I witness this hope in the sparkle of their eyes as they meet mine. I can feel this hope while all along I can also sense the silent ocean of anger that they are trying to keep under control.

Can you understand, what I am talking about? We are here, thousands of wounded people, asked to prove our vulnerability. Yet, no one really sees us, no one really listens to us, no one really tries to understand our wound let alone heal it.

Have you ever written a letter and been waiting for an answer? It does not matter what the letter is about. You write and you expect an answer; a simple answer would do. We, too, expect an answer to our letters to you. A small change in our condition, even vague distant attention truly directed to our appeals would be

enough to give us hope, hope that, despite our being different, we are still accepted, that the dream of integration will not be achieved by forcing us to become and behave in ways alien to us, but by accepting to live with us, respecting us as authentic human beings.

I live on a no man's land determined to listen and record thousands of different life stories every day. Meanwhile, the only thing you are prepared to do is to pass ever more restrictive legislation regarding us, legislation based on the most limited knowledge of us acquired through the most superficial and short meetings with us. You write those legislations with a pen, but we feel them on our skin, in our bones, and our soul, every day and every night!

I am writing to you from a house inside the camp, looking out of my window at the wall surrounding us. Children are playing outside my window and I am certain that neither you nor anyone else would accept such conditions for their own children.

The sense of confinement is becoming oppressive. Our eyes are prevented from seeing the outside world. People pass by the camp in their cars every day and I wonder if they, too, share a similar oppressive sense of being kept in the dark about what goes on in the camp behind the walls.

I can see the wall from my window. It is 3 meters high. This image will persist in my mind for all time to come, reminding me that I have been forced to live as a prisoner, behind this wall.

We are told that the wall is for our own safety, but we have never been threatened by the people outside. Even if we were threatened, imprisoning us cannot be the answer. That's what social justice dictates, not I.

I never imagined that, in Europe, people get confined and locked up because they are threatened from the outside and because imprisonment provides them with safety, a safety they will never truly have. Even the police do not come into this prison. I am not asking you to put yourself in our shoes. What I am asking is that, as you pass by alongside the camp, you stop and reflect. What are the feelings inside you when you consider that people are kept prisoners in your land, while you, as a citizen of that same land, have no clear idea as to who these people are, what their lives have been, or the reasons that made them flee their homes? What do you make of these people dumped in the margins of the capital city, people you do not visit

even once per month, or talk to once per season, or see even once per year – rights that even criminals in prison can count on?

I suffer from this imprisonment. Immensely. And I struggle to go to school, to learn, to grow, always afraid of what others will think of me, of my life....

Ritsona is a reflection of the prison system that is part of the industrial complex, rooted in slavery, colonialism, and racist capitalism. The money spent on the wall is the citizen's money. It is the money for the development of Europe. It should not be spent to maintain old systems of oppressive domination. They should, instead, be invested in improving the quality of life of the entire European society, so that every human being can thrive.

We are demanding our rights to a decent living, to decent jobs, to decent housing, to health care, and to education. As long as we are deprived of these rights, we will continue to challenge the fundamental structure of your society.

We are challenging the world to understand the complex ways race, class, nation, and ability are intertwined and how, only by addressing this complexity we can find the means to move beyond divisive categories, to understand the inter-relationships of ideas and processes that are presented as separate and unrelated and, together, fight for our common good.

From a mountain of strength and carried by a wave of force, I, Parwana Amiri<

Parwana Amiri, *eine junge afghanische Frau, verbrachte Monate im völlig überfüllten Flüchtlingslager Moria, bevor sie mit ihrer Familie in das kleinere Lager Ritsona aufs Festland ziehen konnte, weil ihr Vater schwer erkrankte. Sie veröffentlicht Geschichten über Menschen, die in den Lagern in Moria und Ritsona leben müssen, unter anderem in den Büchern „Der Olivenbaum und die alte Frau“ sowie „My pen wont break, but borders“. Weitere Texte findet ihr hier: <http://birdsofimmigrants.jogspace.net/>*

SAID

Wie hat es eigentlich angefangen mit SAID und der *Hinterland*? Das weiß eigentlich keiner mehr so genau. Fakt ist, dass wir vor jeder neuen *Hinterland*-Ausgabe eine Rundmail mit einem Call for Paper verschicken und da landete irgendwann einmal auch eine Mail eines gewissen SAID in unserem Postfach. Geschrieben hat er damals nur ein paar wenige Zeilen und im Anhang befand sich ein Gedicht, das er uns zur Veröffentlichung anbot. Ein Gedicht für die *Hinterland*? Wir hatten bis dahin wenige Berührungspunkte mit Poesie, aber das angehängte Gedicht hat uns durch seinen trockenen Zauber spontan gefallen und wir nahmen es ins Heft – viele SAID-Gedichte sollten ihm noch folgen.

Anfangs haben wir unseren Haus-Dichter weder gesehen noch gesprochen, doch es lief prächtig, denn regelmäßig wurde nach einem Aufruf Lyrik geliefert. Nie gefällige Texte – meist sperrig und verstörend, aber immer waren wir uns schnell einig, dass sie verdammt gut in unser Heft passen.

So lief es Ausgabe für Ausgabe, bis wir die großartige Idee hatten zu unseren Hefttaufen auch die Gastautor*innen einzuladen. Da saß er plötzlich mit uns an einem Maxvorstädter Kneipentisch. Er fügte sich in wunderbarer Weise in unsere *Hinterland* Kneipenrunde, ein charmanter Mann um die siebzig, der wunderbar erzählen konnte. Im Gespräch stießen wir auf einen gemeinsamen Freund, der kürzlich verstorben war. SAID verstand es eindrucksvoll, diesen Freund wieder lebendig werden zu lassen, indem er Anekdoten auspackte und zum Beispiel schilderte wie eben dieser Freund am Ende seines Lebens vom Judentum zum Islam übergetreten war, in wallenden weißen Gewändern auftauchte – was ihn aber in keiner Weise davon abhielt, in diesem Outfit sowohl die Moschee als auch die Synagoge zum Gebet

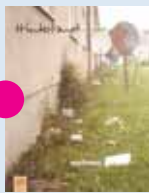
aufzusuchen. Hinter den vier Großbuchstaben SAID kam eine interessante, sehr unterhaltsame, leidenschaftliche Person zum Vorschein.

Die nächste Begegnung mit SAID ereignete sich auf der Jubiläumsfeier vom Bayerischen Flüchtlingsrat. Zur großen Feier war auch Ali Moradi, ein sehr geschätzter Kollege vom sächsischen Flüchtlingsrat, angereist, der – wie SAID – ursprünglich aus dem Iran flüchten musste. Ich stand neben Ali, als er plötzlich SAID unter den Gästen ausmachte. Er stürmte auf ihn zu und, obwohl sie sich noch nie gesehen haben durften, sprach er ihn an und begrüßte ihn, wie einen alten Bekannten, den er endlich wieder getroffen hat. Die Männer umarmten sich und da standen sie, wie zwei alte Herbst-Bäume inmitten einer trubeligen Festgesellschaft. Ein tolles Bild.

Dann vergingen wieder Jahre ohne Begegnungen, aber es blieb alles beim Alten – SAID lieferte und wir druckten. Zuletzt sandte er uns einen Text per Mail für unsere aktuelle *Hinterland*-Ausgabe. Wir fanden den Text sehr gut, aber auch krass – es ging um das Thema Vergewaltigung – dem wir unbedingt ein paar einordnende Worte voranstellen wollten. Hierfür wollte ich Kontakt zu ihm aufnehmen und er schickte mir seine Telefonnummer. Ich rief ihn an, ließ es ungewöhnlich lange läuten. Nach einer kleinen Ewigkeit hob er ab. Ich stellte mich vor und stammelte mein Anliegen hervor. Er war wortkarg und wirkte, als habe ich ihn aus einem Mittagsschlaf gerissen. Er beschied mir, sich an mich zu erinnern und Nein, er möchte nicht, dass erklärende Sätze vor seinem Text abgedruckt würden. Nach wenigen Sätzen war unser kurzes Telefonat am Ende. Ich hatte nichts erreicht und blieb mit einem seltsamen Gefühl zurück.

Das Nächste was ich von SAID erfuhr, war sein Tod.<





1
Wohnen



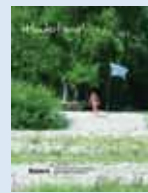
2
Nachbarn



3
Anziehsachen



4
Sex



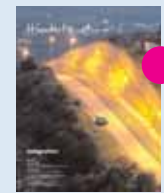
5
Bayern



6
Essen



7
Rassismus



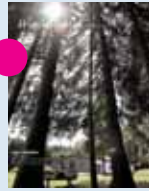
8
Integration



9
Arbeit



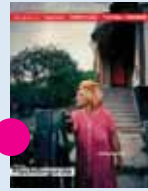
10
Polizei



11
Lager



12
Links



13
Antiziganismus



14
Alter



15
Afrika



16
Sortieren



17
Jubiläum



18
Grenze



19
Abschiebung



20
Paternalismus



21
Unterhaltung



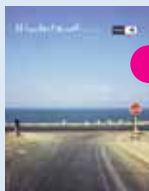
22
Vernetzung



23
Reisen



24
Sprache



25
Asyl



26
Liebe



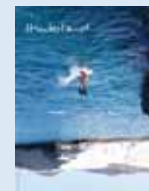
27
Fluchthilfe



28
Was tun?



29
Dublin III



30
Was geht?



31
Mob



32
Sicher



33
Kaputt



34
Privat



35
Abschiebung



36
Strategie



37
Stadt, Land,
Flucht



38
Gender



39
Europa



40
Bildung



41
Abschiebehaft



42
zweiundvierzig



43
kriminalisierung



44
behinderung



45
zuhause



46
jung sein



47
systemrelevant



48
Raum

Hinterland

Die markierten Ausgaben sind
leider bereits vergriffen

Sie ist kritisch, parteiisch und außerdem schön anzusehen - so wie ihre Leser*innen. Das menschenfreundliche Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrats kreist immer wieder um die Themen Flucht und Migration, aber eben nicht nur. Die Hinterland gibt es nicht am Kiosk, also holt euch gleich ein Abo auf www.hinterland-magazin.de/bestellen/



MAKE LOVE

NOT DEUTSCHLAND NORMAL.